

Volkswacht

für Schlessen · Organ für die werktätige Proletariat

AKTIVITÄT
DISZIPLIN
REINHEIT
Hilferbarone
Gegen Hitler

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Furtstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,33 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 10 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernspre. Postfachkonto: Breslau 5852. D.

1 Pf. auswärts 12 Pf. Anzeigen unter der Woche, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer der Expedition Furtstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21735, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt.

10 beiliegend

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Montag, den 18. Juli 1932

Nr. 166

Wieder ein Blutsonntag

Die Verurteilten des gestrigen Sonntags verzeichnet nicht weniger als 15 Tote und 107 Verletzte
Blutige Straßenkämpfe in Altona und Greifswald

In Altona gab es bei blutigen Straßenkämpfen 12 Tote, 55 Verletzte; in Greifswald 2 Tote, 17 Verletzte; in Berlin 1 Tote, 12 Verletzte; in Fürstentum 5 Verletzte; in Kurisch ebenfalls 5 Verletzte; in Lüdowalde 10 Verletzte und in Chemnitz 3 Verletzte. In den meisten Fällen sind die Verletzungen schwer. Außerdem sind noch viele Leichtverletzte zu verzeichnen.

Altona, 18. Juli. (Eig. Funkber.)

In Altona kam es am Sonntag zu schweren blutigen Zusammenstößen, die bisher 12 Todesopfer und etwa 55 Verletzte gefordert haben. Außerdem gab es zahlreiche Leichtverletzte. Ein Teil der Schwer- und Leichtverletzten wurde von Parteigenossen fortgeschafft.

Zahlreiche Gewalttaten der SA-Leute in Hamburg

Hamburg, 18. Juli (Eigener Funkbericht).

Im Verlauf der blutigen Auseinandersetzungen des gestrigen Sonntags in Altona hat auch die SA mit Schusswaffen gegen die Kommunisten eingegriffen. Die Hilferbarone schossen blindlings in die auf den Bürgersteigen befindlichen Leute hinein. Bezeichnend ist auch, daß von den Toten zwei der SA angehören, während die übrigen, von drei Frauen abgesehen, Kommunisten bzw. unbeteiligte Passanten sind.

SA-Horden, die sich von Altona auf dem Heimweg nach Elmshorn befanden, überschritten in Pinneberg das Verkehrslokal der Arbeiterschaft.

In dem Lokal wurde zurzeit des Überfalls ein Tanzvergnügen abgehalten. Zunächst gaben die Notverordnungsjaden mehrere Schüsse ab, durch die zwei Personen schwer und fünfzehn leicht verletzt wurden. Nach dieser Tat schlugen sie auf die anwesenden Personen ein und demolierten sämtliche Scheiben und das Mobiliar.

Ein Wagen mit Reichsbannerleuten, der sich von Dörfte auf dem Rückweg nach Hamburg befand, wurde von SA-Leuten, die an der SA-Rundgebung in Altona teilgenommen hatten, mit Steinen und Flaschen beworfen.

Die Nationalsozialisten hatten für Sonntag nachmittag in Altona einen großen Werbemarsh angelegt, an dem Tausende von SA-Leuten teilnahmen, die aus dem ganzen südlichen Schleswig-Holstein zusammengezogen worden waren. Als der Demonstrationzug der uniformierten SA-Leute das Altona-Hamburger Grenzübergangspassierte, fielen plötzlich in der Nähe der Großen Bergstraße und der Großen Johannisstraße von Dächern, Balkonen und aus Fenstern Schüsse. Die SA-Leute wurden als Angehörige des kommunistischen Antifaschistischen Kampfbundes festgehalten. Schon bei den ersten Zusammenstößen wurden etwa 150 Schüsse abgegeben. Ein SA-Mann namens Koch wurde sofort tödlich getroffen. Eine Frau Wialler so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus an innerer Verblutung starb.

Die Polizeimannschaften, die den SA-Formationen zur Sicherung beigegeben waren, erwiderten sofort das Feuer. Ferner wurde gleich nach Beginn der Schießerei umfangreiche Absperzungen vorgenommen. Die Häuser, in denen die Schützen postiert waren, wurden von der Polizei durchsucht. In kurzer Zeit waren sechzig Personen so schwer verletzt, daß sie in die Krankenhäuser eingeliefert werden mußten. Fünf der Verwundeten haben unter den Händen der Ärzte. Unterdessen dehnten sich die Kämpfe bis auf das Hamburger Stadtgebiet aus, so daß auch die Hamburger Polizei alarmiert wurde, zumal die Altonaer Beamten trotz Einstellung aller Kräfte nicht mehr in der Lage waren, der Unruhe Herr zu werden. Schließlich wurden auch Panzerwagen eingesetzt.

In der Kleinen Freiheit hatten die Kommunisten zur Abwehr gegen die gemeinsam gegen sie vorgehenden Altonaer und Hamburger Schupo eine Barrikade errichtet. In der Adolphstraße war ein Straßenbahnwagen umgekippt worden. Als die Beamten die unbesetzten Straßen gesäubert hatten, mußten sie bereits wieder an anderer Stelle eingesetzt werden. Sie mußten das letzte an Kraft hergeben, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die Aktion ist nach den Ermittlungen der Polizei auf den Antifaschistischen Kampfbund zurückzuführen, der bereits am Sonnabend zu Störungen der SA-Jugend angefordert hat. Unter dem Verdacht der Mithäterlichkeit wurden bisher hundert Personen verhaftet. Das Haupt-Krankenhaus in Altona gleicht

einem Kriegslazarett. Die Verzte hatten bis spät in die Nacht hinein alle Hände voll zu tun.

Greifswald, 18. Juli. (Eig. Funkbericht.)

In Greifswald versuchte die SA am Sonntag während eines Ständartenaufmarsches sich Polizeigewalt anzumachen. In einer doppelten Sperrle sperre sie die Straße in der langen Reihe ab. Die Anweisung der Notverordnungsjaden führte zu einer Schlägerei, bei der neun Personen schwer verletzt wurden und ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Als später SA-Leute aus Demmin auf einem Lastkraftwagen in der Pönerer Straße die von Kommunisten bewohnten Wohnbaracken passierten, soll auf sie geschossen worden sein. Die SA-Leute sprangen von ihrem Wagen und drangen in die Baracken ein. Die in der Stadt befindlichen SA-Leute wurden unterdessen als Verhärterung herbeigerufen. Es kam zu einem regelrechten Feuergefecht. Zwei Personen wurden getötet, ein Verletzter befindet sich in unmittelbarer Lebensgefahr. Einer der Toten ist ein Student, der der SA angehört.

Greifswalder Polizei und ein Polizeihilfskommando aus Stralsund stellten schließlich die Ruhe wieder her. 30 Personen, in der Hauptsache Kommunisten, wurden ebenfalls festgenommen. Die SA erdreistete sich ebenfalls Festnahmen.

In Berlin kam es in der Nacht zum Sonntag zu Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die einem Nationalsozialisten das Leben kosteten. Sieben Personen mit Hieb- und Stichverletzungen wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Im Laufe des Sonntags ereigneten sich weitere politische Zwischenfälle. Etwa 70 Personen, hauptsächlich Kommunisten und Nationalsozialisten wurden festgenommen.

Der schwerste Zwischenfall des Sonntags spielte sich im Osten Berlins an der Frucht-Ede-Palaisstraße ab, wo ein angeblich nicht parteipolitisch organisierter Mann von Kommunisten überfallen wurde. Als das Ueberfallkommando eintraf, wurde es aus den Fenstern heraus mit Blumentöpfen und anderen Gegenständen beworfen. Die Beamten antworteten mit Schreckschüssen. Eine 38-jährige Frau aus der Palaisstraße wurde durch einen Oberarmschuß verletzt.

Reudsburg, 18. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Ein Lastauto mit kommunistischen Frauen ist in Baden im Kreise Reudsburg von Nationalsozialisten beschossen worden. Da die Landjäger sich weigerten, die in ein Haus geflüchteten SA-Leute herauszuholen, drangen die Kommunisten in das Haus ein und zerrten die sich in Schränken und unter dem Sofa versteckten haltenden Nazis heraus. Ein Ueberfallkommando der Altonaer Schutzpolizei nahm die drei Nazis fest.

Frankfurt a. M., 18. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nacht zum Sonnabend kam es zwischen Kommunisten und Polizei in einer kommunistischen Erwerbslosen-Versammlung in dem kleinen Städtchen

Langenselbold im Kreise Hanau zu einem schweren Zusammenstoß. Als die Polizei die Versammlung auflöste, verließ die Hälfte der Versammelten den Saal, während die andere Hälfte das Licht ausdachte und mit Messern und Stühlen über die sechs anwesenden Polizeibeamten herfiel. Drei Beamte wurden zum Teil erheblich verletzt. In der Notwehr schossen die Polizeibeamten und töteten in der Dunkelheit zwei noch im Saal anwesende Frauen. Ein Arbeiter erhielt einen Bauchschuß.

Großenhain, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nacht zu Sonnabend wurden drei dem Reichsbanner angehörende Arbeiter-Fußballer, die eine Versammlung besucht hatten, auf dem Heimwege von Nazis überfallen und niedergebissen. Die Nazis sind den Arbeiter-Sportlern, die auf Rädern fuhren, in einem Mietauto von Großenhain aus nachgefahren. Die Ueberfallenen erhielten Messerstiche im Rücken und am Kopf. Bei einem der Verletzten besteht Gefahr für das Augenlicht. Nach den Angaben der Verletzten sind die Täter bekannte Großenhainer Nazis.

In Berlin wurde ein dreißigjähriger Nationalsozialist Paul Hermann in Haft genommen. Dieser Verbrecher hat nicht weniger als zwei Menschenleben auf dem Gewissen. Drei Personen hat er schwer verwundet. Der Vorfall spielte sich am Mittwoch-Abend in Berlin-Siemensstadt ab.

Die Zahl der blutigen Zwischenfälle am gestrigen Sonntag ist so groß, daß es unmöglich ist, über jeden einzelnen Fall ausführlich zu berichten. Wir begnügen uns deshalb damit, die einzelnen Vorkommnisse kurz zu registrieren:

In Chemnitz wurden im Verlauf einer Schlägerei zwischen roten Sportlern und Nationalsozialisten zwei SA-Leute verletzt. Zwei Kommunisten, die von den Notverordnungsjaden in den Schloßleisch geworfen worden waren, konnten gerettet werden. Am Café Corso wandten sich die Kommunisten gegen die Polizei. Ein Beamter wurde verletzt.

In Lüdowalde, auf das es die Notverordnungsjaden am Sonntag abgesehen hatten, waren ebenfalls blutige Zusammenstöße zu verzeichnen. Als die Nationalsozialisten in Lüdowalde, das eine sozialistische Mehrheit besitzt, in ihren Braunjaden mit Fahnen und Musik einmarchierten, kam es überall zu Anfeindungen. Es entstanden Tumulte, die sich nach und nach in heftige Krawalle auswählten. Die feindlichen Parteien gingen schließlich mit Steinen aufeinander los. Auch Stöße, Koppel und Messer wurden benutzt. Auf beiden Seiten gab es so-für-sich-Schwerverletzte. Die Auseinandersetzungen dauerten bis in die späten Abendstunden.

In Kurisch (Ost-Friesland) wurden SA-Leute, die in Lastkraftwagen und auf Motorrädern eine Demonstration veranstalteten, aus einer Gastwirtschaft beschossen. Fünf Nationalsozialisten wurden verletzt. Die Polizei nahm mehrere mutmaßliche Täter fest.

In Bayern waren gleichfalls eine ganze Reihe von Zwischenfällen zu verzeichnen. In München gab ein Kommunist auf einen Nationalsozialisten einen

Hitler ist verantwortlich!

Hitlernotverordnung, Notverordnungsjaden und Reichstagsauflösung

Hitler zappelt wie der Fuchs im Eisen. Er und seine Leute versuchen, die Schuld der NSDAP am Hungerdittat hinwegzulenken und zu bestreiten, daß Hitler das Kabinett der Barone ausdrücklich gebilligt hat!

Die Ablenkungsversuche sind umsonst! Es ist ein neuer Zeuge gegen ihn aufgefunden. Der deutschnationale Spitzenkandidat für Oldannover, Hauptmann a. D. Schmidt, ein besonderer Vertrauensmann Hugenburgs, der gute Beziehungen zu dem Kreis um den Reichspräsidenten hat, hat eine Rede gehalten, über die der „Tag“ Nr. 164 berichtet:

„Der Redner (Hauptmann Schmidt-Hannover) beschäftigte sich dann ausführlich mit der NSDAP und erklärte, sie stehe auf Grund besonderer Abmachungen der Regierung Bayern erheblich näher als die DNVP, denn sie habe dieser Regierung Tolerierung zugesagt und dafür die Aufhebung des Uniformverbotes und die Auflösung des Reichstages erhalten. Schmidt sagte dabei wörtlich: „Ich fordere die Führung der NSDAP, hierdurch auf, den Gegenbeweis hierfür anzutreten.“

Schmidt behauptet also ebenso wie Heinrich von Gleichen vom Herrenklub, daß besondere Abmachungen zwischen der Reichsregierung und der NSDAP bestehen!

Da hilft kein Beglecken mehr! Hitler ist verantwortlich für das Hungerdittat!

Fort mit der Hitler-Notverordnung! Wählt sozialdemokratisch!

Schutz ab. Der Kommunist wurde verhaftet. In Rempten sah sich die Polizei gezwungen, mit der blauen Waffe gegen Kommunisten vorzugehen. In Göttern bei Rempten hatten Kommunisten gegen ankommende SA-Truppen Hindernisse aus Ästecken und Döllfässern aufgebaut. Sie wurden von der Polizei gezwungen, diese Hindernisse eigenhändig zu beseitigen. In der Nähe von Fürtzenwalde verhafteten Kommunisten in der Nacht vom Sonntag auf der Chaussee von Langenwahl nach Keilchenhauz ein Lastauto mit Nationalsozialisten durch Teerfässer zum Halten zu bringen. Es entstand eine große Schlägerei. Vier Nationalsozialisten wurden erheblich verletzt. Ein Kommunist soll durch einen Schuß verletzt worden sein.

Die Kommunisten zogen sich später nach Keilchenhauz zurück, wo ihr Versammlungsort im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten in Wotsdam von einem Zug der ersten Eskadron des Reiterregiments 9 in Fürtzenwalde mit drei leichten Maschinengewehren umstellt wurde. Die Polizeiverhaftung aus Keilchenhauz war eingetroffen war. Die Polizei nahm eine Durchsuchung des Waldes vor. Die Leibesvisitation von 145 Kommunisten verlief negativ. In dem Wald wurden drei Revolver, fünf Gummikugeln und eine Eisenklinge gefunden und beschlagnahmt. Die Kommunisten wurden zwecks polizeilicher Feststellung sämtlich nach Fürtzenwalde geschafft.

Ueber politische Streitfragen könne kein Entgegenkommen und kein Landbericht befinden. Das ist auch nicht ihre Aufgabe. Es sei ein Mißbrauch der Justiz, was mit dem Antrag der NSDAP erfolgt sei. Er habe nur den Zweck, die Propaganda eines politischen Gegners, gegen den man sich abweisend politisch nicht genügend verteidigen könne, zu unterbinden. Der Nazianwalt ließ in seinen Worten deutlich die große Verlegenheit erkennen, in die er und seine Auftraggeber durch den Einspruch und die wohlüberlegte Begründung des Einspruches geraten war. Der Nazianwalt vertrat den Standpunkt, daß die Behauptungen, die NSDAP, toleriere die Reichsregierung und habe einen Pakt mit ihr geschlossen, geeignet seien, die Partei in den Augen der Wähler herabzusetzen und die Wähler diffamieren. Im übrigen sei die NSDAP identisch mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein e. V. Ein von dem Nazianwalt genannter Zeuge, ein stellvertretender Geschäftsführer der NSDAP, gab aber ausdrücklich zu Protokoll, daß es sich um zwei verschiedene Organisationen handle.

Gayl gegen die Reichsbannerzeitung

Er will sie verboten wissen

Der Reichsminister des Innern hat die preussische Regierung um ein Verbot der „Reichsbannerzeitung“ ersucht. Das Ersuchen stützt sich auf eine Zeichnung. Das bekannteste Bild ist in Anlehnung an das wirksame Hindenburg-Plakat aus dem zweiten Wahlgang gehalten. Auf diesem Plakat war eine große Menschenmenge zu sehen, über die der Schatten Hindenburgs fiel. Das bekannteste Bild läßt nunmehr den Schatten über eine Reihe Särgen, die Opfer des in Deutschland tohrenden Bürgerkrieges symbolisierend, fallen und trägt die Unterschrift: „Die Treue ist das Mark der Ehre — Unsere Treue ward uns zum Leichnam“. Das Verbot ist auf zwei Wochen in Aussicht genommen.

wählt, da wir in ihn das Vertrauen setzen, daß er unter allen Umständen, seinem Eid getreu, die Verfassung schützen wird. Für den Schutz dieser Verfassung aber sind die Männer gefallen, deren Särge auf dem beabsichtigten Bild zu sehen sind. Reichspräsident Hindenburg und unsere Kameraden kämpften für das gleiche Ziel. Wir verwahren uns dagegen, daß man uns unterstellt, mit diesem Bild dem Herrn Reichspräsidenten den Vorwurf der Treulosigkeit und damit der Ehrlosigkeit gemacht zu haben. Diese Unterstellung ist eine Annahme, die nach unserer Ansicht in dem Bild selbst keine Stütze finden kann.“

Reichsbannerzeitung verboten

Die in Magdeburg erscheinende Wochenzeitschrift „Das Reichsbanner“ ist auf Ersuchen des Reichsinnenministers auf zwei Wochen verboten worden.

In der Begründung des Urteils erklärte der Vorsitzende u. a.: Es ist geprüft worden, ob die NSDAP zur Führung des Prozesses befugt gewesen ist. Nach § 56 der Zivilprozedur müsse diese Frage verneint werden, da es in der Rechtsprechung nur natürliche Personen und juristische Persönlichkeiten gibt. Die NSDAP kann aber nicht als juristische Person betrachtet werden. Wenn auch in dem Antrag von einer Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei e. V. die Rede ist, so wurde aber bewiesen, daß diese Partei nicht in das Vereinsregister eingetragen sei und damit nicht die Rechtsfähigkeit besitzt. Der von der Antragstellerin angeführte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein e. V. ist nicht identisch mit der NSDAP. Das wird bewiesen durch die Satzungen dieses Vereins und auch bestätigt durch die Ausführungen des in der Verhandlung vernommenen Zeugen. Daraus ergibt sich, daß ein Gebilde klagte, das nicht die Rechtsfähigkeit besaß und deshalb auch nicht prozessfähig war.

Die Wahrheit dringt durch

Das Gericht bescheinigt der NSDAP. Mißbrauch des Gesetzes zur Unterdrückung der Wahrheit

Hamburg, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht). Die Zivilkammer 7 des Altonaer Landgerichtes hat auf Einspruch des preussischen Landtagsabgeordneten und Redakteurs im „Hamburger Echo“ Bugdahn die am letzten Montag vom Altonaer Amtsgericht erlassene einstweilige Verfügung aufschoben, nach der verboten war zu verbreiten, Hitler bilde das Kabinett Papen, die NSDAP oder ihre Führer seien für die Einführung der Salzfiscer verantwortlich und die NSDAP habe als Gegenleistung für die Aufhebung des SA-Verbots und des Uniformverbots in eine Kürzung der Renten und in eine neue Befestigung der Werkstätten eingewilligt.

Strafverfolgung geschützt sind, solange nicht die Immunität aufgehoben sei. Wenn schon bei den härteren strafrechtlichen Delikten eine Verfolgung nicht möglich sei, dann müsse bei den schwächeren zivilrechtlichen Ansprüchen die Immunität ebenfalls Geltung besitzen. Schließlich ist überhaup zu bezweifeln, daß eine Voraussetzung für den Unterlassungsanspruch, der im Wege der einstweiligen Verfügung geltend gemacht werde, vorliege. Dieser Unterlassungsanspruch könne im vorliegenden Falle nur geltend gemacht werden, wenn eine Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches vorliege. Eine Beleidigung sei in dem von Bugdahn verantwortlichen geschriebenen Blatt nicht enthalten, sondern es seien lediglich gegenüber der NSDAP, Feststellungen über die politische Haltung der NSDAP, getroffen worden. Ober wollten der Antragsteller und das Amtsgericht etwa behaupten, daß die Feststellung, die NSDAP unterstütze die Reichsregierung oder deren Politik eine Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches darstelle?

Das Gericht betont ausdrücklich, daß diese Feststellungen kein Verhängen hinter juristische Formalien bedeuten, sondern daß sie den klaren Vorschriften des Zivilrechts entsprechen. Aus allen diesen Gründen müßte die einstweilige Verfügung fallen. Da aber anzunehmen ist, daß in der politischen bewegten Zeit die Meinung in der Bevölkerung entstehen könnte, daß das Gericht mit dem Hinweis auf formale Bestimmungen der rechtlichen Prüfung aus dem Wege gegangen sei, so habe auch das Gericht die anderen Voraussetzungen der einstweiligen Verfügung, auf die sich die Antragstellerin stützt, geprüft. Es habe deshalb zu der Frage Stellung genommen, ob es zutreffend sei, daß eine Partei die andere im Wahlkampf mit den Mitteln der einstweiligen Verfügung bekämpfen könne.

Die Kosten des Verfahrens wurden der antragstellenden Partei (Hitler) auferlegt. Die Entscheidung des Landgerichtes wurde gefällt nach einer mehrstündigen Verhandlung, in der die beiden Parteien Gelegenheit hatten, eingehend ihre Standpunkte darzulegen.

Rak behauptete sich dann mit der grundsätzlichen Seite der Frage, d. h. ob mit einstweiligen Verfügungen überhaupt in der von der Nazi-Partei erstrebten Weise in den politischen Kampf eingegriffen werden dürfe. Solche politische Fragen und Auseinandersetzungen könnten nicht durch Gerichte, sondern nur durch die Geschichte entschieden werden. Einstweilige Verfügungen aber seien nur zulässig und angebracht in reinen Rechtsfällen.

Aus dem § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuches läßt sich ein solches Recht nicht herleiten. Auch der § 940 der Zivilprozedurordnung, der einen Rechtsschutz für natürliche und juristische Personen vorsieht, konnte nicht in Anwendung gebracht werden, dadurch die Behauptungen des Plakates weder ein Vermögensschaden entstanden ist, noch entstehen könnte und deshalb weder ein Schadensersatzanspruch noch ein Unterlassungsanspruch besteht. Denn der NSDAP geht es nicht um vermögensrechtliche Auseinandersetzungen, sondern sie verfolgt das Ziel der Erringung der politischen Macht. Wenn durch die Behauptung des Plakates dieses Ziel der NSDAP geschädigt wurde, so gibt es aber hierfür keine rechtliche Rechtfertigung. Nach allen diesen Gründen müßte das Gericht zur Aufhebung der einstweiligen Verfügung kommen. Es brauchte deshalb nicht in die Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit die Behauptung des Plakates des Antraggegners zutreffend sind. Der Zweck einer einstweiligen Verfügung kann nur darin bestehen, bestehende Hilfsbedürftigkeit zu schügen. Im Wahlkampf ist aber jede Partei auf sich selbst angewiesen und muß sich gegen alle Angriffe der gegnerischen Partei selbst wahren. Es ist nicht einzusehen, weshalb mit der NSDAP hier eine Ausnahme gemacht werden soll. Eine Rechtsschutzbedürftigkeit muß verneint werden. Darüber hinaus hätte es unabsehbare Konsequenzen, wenn die Gerichte alle Behauptungen der politischen Parteien gegeneinander durch einstweilige Verfügungen unterbinden wollten, ihre Arbeit würde ins Unermessliche wachsen.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme war für die Hitlerpartei in jeder Beziehung katastrophal.

Die Angst der Nazis vor der Wahrheit

Fried will keine Debatte des Auswärtigen Ausschusses

Wie Nazi-Straffer wegen der engen Beziehungen zwischen der Papen-Regierung und den Hitlerianern die Einberufung des Ueberwachungsausschusses ohne Erfolg zu sabotieren versuchte. So versuchte jetzt Nazi-Fried aus dem gleichen Grunde die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses zu verhindern. Der Senat ist die Angst, das den Nazis von berater Stelle aus die Nase vom Gesicht gerissen und bewiesen werden könnte, daß sie zwar gegen Lausanne weiterrufen, aber das Abkommen von der Regierung der Nazi-Barone geschlossen und unterschrieben worden ist. Aber ob der Auswärtige Ausschuss noch vor den Wahlen tagt oder nicht: Wie die Nazis für die Hungernotverordnung der Papen-Regierung verantwortlich sind, so tragen sie auch die Verantwortung für Lausanne mit, und wenn diese Betrüger hundertmal das Gegenteil behaupten.

Der Vertreter Bugdahns, Rechtsanwalt Dr. Rak-Altona, leitete in überzeugenden Ausführungen die rechtliche und politische Unmöglichkeit der einstweiligen Verfügung dar. Schon aus rein formalen Gründen habe das Amtsgericht die einstweilige Verfügung nicht erlassen dürfen. Der Antrag sei von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei e. V. in München gestellt, tatsächlich aber existiere eine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei e. V. nicht. In München existiere jedoch ein Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein e. V., der neben der Partei als besondere Einrichtung bestehe. Dieser Verein habe aber keinen Antrag gestellt. Auch die Vollmacht, die von Hitler für die Altonaer Rechtsanwältin der NSDAP, ausgestellt sei und bereits aus dem letzten Jahre 1930 stamme und eine Generalvollmacht für alle zukünftigen Prozesse darstelle, sei unzureichend, da sie nur persönlich für Adolf Hitler, nicht aber für den eingetragenen Verein ausgestellt worden sei. Weiter sei zu bezweifeln, ob solche Sprechverbote, wie sie diese einstweilige Verfügung praktisch bedeute, gegen Abgeordnete erlassen werden dürften, da Abgeordnete nach Artikel 36 der Reichsverfassung in Ausübung ihrer politischen Tätigkeit sogar bei strafrechtlichen Verbrechen vor

Frauen im Gefängnis

Von Guy de Téramond

„Wann haben Sie den Nord entdeckt, Madame?“ Sie sprach leise, wie unter einem Alpdruck, als dränge ihre Stimme aus weiter Ferne her: „Soeben — das heißt vor einer halben Stunde etwa. Wie ich hier eintra: Mein erster Gang heute morgen war in meine Zimmer. Wir schlafen getrennt. Sein Bett war unbenutzt. Da sah ich hier in seinem Kabinett nach — und fand ihn so, wie er da ist.“ Sie war freudig geworden, ihren einen Dämonen nahe. „Wann haben Sie sich gestern Abend von Ihrem Gatten getrennt?“ fragte der Kommissar. „Um zehn Uhr. Ich weiß es genau, weil ich zufällig beim Schreiben des Zimmers auf die auf dem Kamin stehende Stuhluhr blickte.“ „Sie waren zu der Zeit mit Ihrem Mann allein in der Wohnung?“ „Allein? ... Ja! ... Unsere Leute schlafen nicht hier, Aline, meine Kammerfrau, war weggegangen, die Köchin hatte schon eine Stunde vorher die Wohnung verlassen.“ Der Sekretär der Frau bemerkte entfernt hatte, hatte in diesem Augenblick zurück. „Ich habe einem Arzt telephoniert. In fünf Minuten wird er hier sein. An und für sich wird er ja nicht gebraucht, aber ich meinte, bei den ersten Komplikationen.“ „Sie haben richtig gehandelt“, erklärte der Kommissar. „Madame, beachten Sie denn gar nicht daran, einen Arzt zu rufen?“ „Ja“, sagte er etwas verwundert hinzu. „Nein, daran dachte ich nicht! Wie ich ihn tot sah, war ich so hoffungslos. Keine Kammerfrau sagte, ich solle ihn telephonieren — weiter habe ich mich an niemand gewandt.“ „In der Nacht hörten Sie nichts?“ „Nein. Mein Zimmer liegt an andern Ende der Wohnung, dann folgt ein kleiner Salon, daran grenzt das Schlafzimmer meines Mannes, an das dieses Kabinett folgt. Aber wenn es

Geräusche, einen Kampf gegeben hätte, dann wäre ich sicher aufgewacht — ich habe einen sehr leisen Schlaf.“ „Einen Kampf hat es wohl nicht gegeben, aber an eine Abwehr ist gedacht worden. Sehen Sie...“ Mit diesen Worten hatte sich Inspektor Fernand eingemischt. Er zeigte auf ein halb herausgezogenes Schubfach zur rechten Hand des Toten. Ein Revolver lag darin. „Gehörte diese Waffe Ihrem Gatten?“ fragte der Inspektor. „Ja — ich glaube... ich weiß, daß er in einem Fach seines Arbeitszimmers einen Revolver verwahrte... ja, das hat er mir gesagt.“ „Das Fach war geschlossen?“ „O ja, mein Mann hielt auf Ordnung — in solchen Sachen. Jetzt hätte ich es nicht lassen!“ „Es heißt ja so aus“, erwiderte der Inspektor, dessen Augen anblickten in dem etwas verwirrten Gesicht, „als hätte Herr Mongenet, von einem oder mehreren Mordbuben überfallen, eine Bewegung auszuführen versucht, die er nicht mehr beenden konnte: der Stich der Kawaja erfolgte rascher als sein Griff nach dem Revolver.“ „Wenn nicht“, verzogte der Kommissar, „der Stof mit der Kawaja die Antwort gewesen ist auf die Gehe des Handöffners.“ In diesem Moment schrie die Köchin. Die Kammerfrau erschien und ihr folgte ein eleganter, bester junger Mann von großer Statur, der eine Gebärde des Schockens nicht unterdrücken konnte. „Er stellte sich vor: „Dr. Pasquet.“ Dem Leichnam sah nähernd, sagte er: „Ich kann dem Unglücklichen nicht mehr helfen.“ „Aber Sie können uns helfen, das zu entscheiden, der ihn ermordet hat“, bemerkte der Kommissar. Der Arzt hatte die Waffe gesucht und zog sie langsam aus der Wunde. „Eine schwache Hand hat den Stof geführt. Ein Unfall, ein unglücklicher, hat es verursacht, daß ein wichtiges Organ getroffen wurde. Ließ ich der Dolch nicht eingebunden, es war keine tragliche Person, die die furchtbare Waffe gehandhabt hat.“ „Sie meinen, es ist eine Frau?“ „Ja“, fragte der Kommissar, der, ohne sich darüber zu äußern, sich eine Meinung zu bilden schien. „Man möchte es beinahe sagen“, erwiderte der Doktor Pas-

quet mit der Zurückhaltung eines Mannes, welcher zögert, zu sicher eine Ansicht zu vertreten, von der er annehmen muß, daß sie in der Zukunft entscheidend und bestimmend wirken könnte. „Diese Kawaja! ... Sollte die nicht hier weggenommen worden sein?“ fragte plötzlich der Sekretär. „Er wies auf eine Sammlung an der Wand befestigter alter Waffen — gegenüber dem Schreibtisch; offenbar fehlte dort ein Stück.“ Der Inspektor ging zu Frau Mongenet, die in einem Stuhl auf dem Korridor gesunken war; es schien ihre Kräfte zu übersteigen, dem Vorgang länger beizuwohnen. Er sagte langsam zu ihr: „Ich begreife, daß unsere Fragen Sie in diesem Augenblick graulich berühren. Es gibt aber bei den meisten Fragen immer Punkte, die nicht rasch genug aufgeklärt werden können. Der Dolch, den der Mörder benutzte, scheint zu der Waffensammlung an der Wand gehört zu haben. Schauen Sie bitte nach und sagen Sie mir, ob an der Wand, an der jetzt leeren Stelle ein Dolch sich befand.“ „Dort hing eine Kawaja! ... Die Kawaja!“ sagte erschauernnd die junge Frau. „Etwas war festgestelt“, dachte sich der Inspektor. „Wahrscheinlich hat jemand die Tat begangen, den die Umstände zum Mörder machten. Um anzugreifen oder sich zu verteidigen, nahm er die erste Waffe, die er fand.“ Die Erschöpfung, die Waffe der Frau Mongenet mochten ihm leid tun — er sagte zu ihr: „Ich glaube, es wird nicht nötig sein, daß Sie bei den Feststellungen des Arztes zugegen sind. Ihre Nerven würden einer zu harten Probe ausgesetzt sein; erlauben Sie, daß ich Sie in Ihr Zimmer führe. Wenn wir Sie brauchen, rufen wir.“ Dem Inspektor folgte — süßsam, widerstandslos, ging sie den Korridor entlang, in welchem alle Zimmer mitbaldeten. Eine Sonnambulante gleichend, wie unter einem Zwange eines Instinkts, bewegte sie sich den Korridor entlang in der Richtung auf ihr Zimmer und betrat dieses. Es unterlag keinem Zweifel, Geräusche aus dem entfernteren Raum konnten kaum bis hierher dringen. Der Inspektor sah sich flüchtig, aber dennoch genau in dem Zimmer um; er pflegte mit einem einzigen Blick das Wesentliche einer Verhaftung zu erfassen; die junge Frau sank auf einem Divan nieder und er setzte zu den anderen zurück. (Fortsetzung folgt.)

Eiserne Nacht

Die Nationalsozialistische Partei hat die Reichsregierung zum offenen Staatsstreik aufgefordert. Sie hat auf Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen gedrängt. Was die Nationalsozialisten von der Reichsregierung verlangen, ist die Ausschaltung der Polizei, die absolute Terrorfreiheit für die braunen Bürgerkriegsbanden, die Herstellung eines freies und geschlossenen Zustandes, in dem nur noch die brutale Gewalt entscheidet. Wie sie es meinen und was sie von der Reichsregierung fordern, hat der Naziführer Goering im Berliner Sportpalast enthüllt. Ein nationalsozialistischer Reichsführer — so sagte er — würde den süddeutschen Ländern gegenüber folgendermaßen verfahren: Er werde zunächst Reichswehr und Polizei aus den Ländern herausziehen und dann 100 000 Kampfmänner einmarschieren lassen, die den Aufrührern die Häuden zerben würden.

Dazu sagen wir: Ein Nazireichskanzler, der nach dem Rezept Goerings handeln würde, wäre ein Verbrecher, und das gesamte arbeitende und freiheitsliebende Volk würde voll weihrauchenden Jorns mit einem solchen Verbrecher und seinen Banden zu brechen!

Die Reichsregierung ist den Forderungen der Nationalsozialisten nicht nachgekommen. Deshalb lassen nun die Bürgerkriegsbeher die Maske völlig fallen! Sie haben ein Ultimatum an die Reichsregierung gerichtet, in dem sie drohen, daß wenn nicht binnen 24 Stunden die Reichsregierung ihren Wünschen nachkommen würde, die Nationalsozialistische Partei ihre Bürgerkriegsarmee bewaffnen und ein Blutbad begehen würde! Dies Ultimatum zeigt, daß die Nationalsozialisten glauben, daß ihnen das Kabinett der Barone so verfaßt sei, daß für die Nazis das Gesetz tatsächlich außer Kraft bleibt! Dies Ultimatum ist mit blutrünstigen Reden der nationalsozialistischen Führer begleitet worden, die in jedem geordneten Staatswesen zur sofortigen Verhaftung der Leute führen würde, die es wagen, ein solches Verbrechen gegen den Staat und gegen die Bevölkerung anzuländigen!

Mit der Drohung des allgemeinen blutigen inneren Krieges soll die Reichsregierung zur Verhängung des Ausnahmezustandes, zur Erfüllung der Diktaturforderungen der Nationalsozialisten, gezwungen werden. Die Reichsregierung soll sich zur Verhinderung der Reichstagswahl und damit zum offenen Verfassungsbruch gezwungen werden!

Wir zweifeln nicht daran, daß die nationalsozialistischen Führer das Geklüfte haben, ihre blutrünstigen Deklamationen in die Tat umzusetzen. Ihre Bürgerkriegsbanden haben bisher schon blutig genug gehaust. Der ganze Haß dieser Bürgerkriegsbeher richtet sich gegen die organisierte Arbeiterschaft, gegen den stärksten Hort des Friedens und der Sicherheit, den Deutschland besitzt. Die Terrorakte der braunen Banden richten sich systematisch gegen die Einrichtungen der Arbeiterschaft. Der Haß, der darauf spricht, ist der Haß der Klassenrenegaten, der Proleten, die sich der Reaktion und dem Scharfmachertum zum Kampfe gegen ihre Klassenbrüder verkauft haben. Sie sind Landsknechte gegen die Freiheit geworden, die das Brot des Soldners gegen ihre Klassenossen essen. Sie hassen uns, sie hassen unsere Disziplin, sie hassen das, was wir geschaffen haben, weil es eine dauernde Mahnung, eine dauernde Peitsche für ihr Gewissen ist!

Dieser Haß wollen die nationalsozialistischen Blutprediger benutzen, um Deutschland in ein allgemeines Schlachtfeld, in einen Trümmerhaufen zu verwandeln! Wenn sie dieses Spiel spielen wollen, so werden sie es verlieren! Wir sind eine Macht, deren Geschlossenheit, deren Wucht und deren Unüberwindlichkeit sie erkennen werden, wenn sie eingesetzt wird! Beim Sturm auf das Jugendlager der SA, in Schmieberg, beim Sturm auf das „Vorwärts“-Gebäude, beim Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Halle haben sich die Angreifer blutige Köpfe geholt! Sie fühlen es, und sie müssen es fühlen, daß die Eiserne Front wirklich von Eisen ist und über eiserne Säule verfügt!

Wer uns angreift, der wird auf eine Abwehr stoßen, die er nicht erwartet hat! Wenn die nationalsozialistischen Blutredner von einem Blutbad reden, das sie anrichten wollen, und über das man nach tausend Jahren noch reden werde, so sagen wir ihnen lächelnd und nüchtern: Der Versuch, eines solchen Verbrechens wird eine vernichtende Abrechnung zur Folge haben!

Die Masse der freiheitsliebenden Arbeiterschaft in Deutschland ist ein festgeschmiedeter Block, an dem das Heer der Mitläufer der Nationalsozialisten zerbrechen wird wie Spreu im Winde! Das Heer der Mitläufer, das den Blutreden der nationalsozialistischen Führer Beifall klatscht, mag sich hüten! Wer glaubt, daß mit einem Heer von Bürgerkriegssoldnern, das zum großen Teil aus Klassenrenegaten besteht, der festgeschmiedete Block der freiheitsliebenden Arbeiterschaft vernichtet werden könnte, der wird ein fürchtbares Erwachen erleben!

Wir drohen nicht. Wir wollen den inneren Frieden. Aber wie sagen allen, die zum Bürgerkrieg gehen, mit allem Nachdruck, im Bewußtsein unserer eiserne Macht: Seid gewarnt!

Herriot über Lausanne

Paris, 18. Juli. (Eig. Funkenbericht.)

Vor der Verlesung des Schlüsselschlusses in der Kammer, die am Sonntag früh um 130 Uhr erfolgte, sah sich Herriot gezwungen, während der Beratung über die Steuerpostlage auf mehrere Fragen des nationalsozialistischen Abgeordneten Marin hin eine Erklärung über die Lausanner Konferenz abzugeben.

Herriot bestritt zunächst die Behauptung Marins, daß das Prinzip der Lösung der Verträge in Lausanne mit Füssen getreten worden sei. Herriot bezeichnete es als Erfolg für Frankreich, eine Schuldenlast von 2 Milliarden Mark abzugeben zu haben, während England, Italien und Deutschland die völlige Streichung der Reparationen verlangten. Der Ministerpräsident fuhr dann fort:

„Was die Verbindung zwischen den Reparationen und Schulden anbelangt, so hat bisher eine solche nicht bestanden. Durch das Gentlemen-Abkommen sind jetzt beide Fragen miteinander verknüpft. Diese Vereinbarung besagt, daß das Gentlemen-Abkommen nur prozessfähig ist. Erst wenn eine verbindliche Regelung des Schuldenproblems erreicht ist, wird es verbindlich werden. Wenn die Regelung nicht verbindlich wird, tritt der Youngplan wieder in Kraft. (Zwischenrufe des Sozialisten Fantanier: Glauben Sie, daß der Youngplan nach drei Jahren wieder anwendbar sein wird?) Herriot: Man darf niemals die Verantwortung auf sich nehmen, die eine gerechte Teilung der Schulden zu bewerkstelligen. Wenn das Lausanner Abkommen und die Schuldenregelung dem französischen Parlament nicht gefallen, hat Frankreich das Recht, alle in dem Haager Abkommen vorgesehenen Bestimmungen anzurufen, vor allem jenen Artikel 15, der die

Die Schuftigkeit der Nazis eingestanden

Sie ziehen unter dem Druck der allgemeinen Empörung ihren hundsgemeinen Antrag gegen Frau Weiß zurück

Der Führer der Nazi-Fraktion des Preussischen Landtags hat den gemeinen Antrag seiner Horde, der sich mit der Ehefrau des Berliner Polizeivizepräsidenten beschäftigte, zurückgezogen. Angeblich hat Rubbe von dem Antrag nichts gewußt. Nachträglich mißbilligt er ihn.

An dem Tatbestand einer unglaublichen Gemeinheit, gegenüber einer Frau, begangen durch die

Nazi-Fraktion des Preussischen Landtags, ändert der Zurückzieher des Herrn Rubbe nichts. Daß ein derartiger Antrag überhaupt möglich war und von dem Nazi-Präsidenten des Preussischen Landtags ohne ein Wort der Beanstandung zugelassen wurde — das ist und bleibt bezeichnend für die Moral unserer Nazi-Größen. Angehts dieser Horde kann ein anständiger Mensch, welcher politischen Gesinnung er auch sei, nur ausspucken!

Der Sieg der belgischen Arbeiter

Die Lohnsenkung rückgängig gemacht Bis 1. November bleiben die Löhne stabil

Der große Kampf der belgischen Arbeiterklasse ist mit einem vollen Siege beendet. Zwei Tage heriet der Generalrat der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften in einer Atmosphäre der höchsten Spannung und schon sowohl für die Bergarbeiter in direkten wirtschaftlichen Verhandlungen als auch für die Arbeiterklasse im allgemeinen durch ein Votum des Parlamentes sehr erhebliche Erfolge erzielt worden waren, wollte und konnte die zentrale Instanz der Arbeiterbewegung die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht ausgeben, ehe über die Forderungen der Metall- und Eisenindustrie keine Gewißheit bestand. Die Unternehmer dieser Gruppe kämpften aber mit der größten Hartnäckigkeit.

Freitag und Sonnabend wurde in großer Aufregung verhandelt. Die Regierung, die wußte, warum es ging, übte einen starken Druck auf die Eisenindustriellen aus, aber diese wollten nicht locker lassen. Mit der Begründung, daß die Wirtschaftskrise sie selbst in eine unhaltbare Lage gebracht habe, aus der sie ohne Lohnsenkungen nicht herauskommen könnten, widerstehen sie sich verweigert gegen die geforderte Stabilisierung der Löhne. 24 Stunden lang stand der Ausgang des Kampfes auf des Messers Schneide. Zuletzt gaben die Maschinenbau- und Kleinindustriellen nach. Das war am Sonnabend vormittags. Über die Schwerindustrie

widerlegte sich noch immer. Der um 2 Uhr nachmittags zusammengetretene Generalrat konnte unter diesen Umständen noch immer keinen Beschluß fassen und mußte sich vertagen. Der Druck auf die Schwerindustriellen wurde verstärkt. Endlich im Laufe des Nachmittags kapitulierten sie. Sie erklärten, daß sie „im Hinblick auf die Befriedung“ bis 1. November keinerlei Lohnherabsetzungen mehr vornehmen würden und die bereits beschlossenen und in den Fabriken bereits bekanntgegebene Lohnsenkungen rückgängig machte. Es handelt sich hier um die in mehreren Distrikten tarifvertragsmäßig vorgenommene Lohnsenkung von 2½ Prozent, zu der auch die Gewerkschaften bereits ihre Zustimmung gegeben hatten. Nur sollen darüber die im August zusammengetretenen paritätischen Kommissionen noch einmal beschließen. Dieser Beschluß wurde dem Generalrat um 4 Uhr nachmittags zur Kenntnis gebracht und mit begeistelter Genehmigung begrüßt. Er konnte darauf ohne weitere Debatte die Wiederaufnahme der Arbeit für Montag bei 4 Stimmthaltungen beschließen.

Der Beschluß wird der Arbeiterschaft in einem Manifest zur Kenntnis gebracht, in dem der nach keinem Kampfe erfochtene glänzende Sieg im einzelnen erklärt und unterstrichen wird. Die belgische Arbeiterklasse darf einen schwer errungenen, aber großen Sieg feiern, der auf die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung in Belgien nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Wieder Linksmehrheit in Frankreich

Einigung zwischen Sozialisten und Radikalen in der Finanzfrage

Paris, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Sonntagsberatung des französischen Parlamentes ist am Sonnabend abend abgeschlossen worden. Die Linksparteien stimmten, wie zu Beginn des vorigen Monats, geschlossen für die Regierung, während Mitte und die Rechte gegen die Regierung stimmten bzw. Stimmhaltung übten. Das Votum der Sozialisten gegen die Regierung in der Frage der Abschaffung der Reservistenübungen, das Abgeordneter Vincent-Auriol in der Schlussführung der Kammer als ein bedauerliches Mißverständnis bezeichnete, ist also aus der Welt geschafft.

Die plötzliche Wiederauferstehung des linken Blodes vollzog sich während der Debatte über den von uns angeforderten Gelehtentwurf über die Ermächtigung zur Ausgabe neuer Schatzbonds in Höhe von zwei Milliarden Francs zur Deckung der Bedürfnisse der Staatskasse, den die Regierung in der Schlussführung der Kammer mit der Bitte um sofortige Verabschiedung einbrachte. Der Gelehtentwurf wurde zur sofortigen Prüfung der Finanzkommission überwiesen, der der Finanzminister bereits in einer Vormittagsitzung die Gründe für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen auseinandergesetzt hatte. Zu gleicher Zeit traten die Kammerfraktionen zusammen, um ihre Haltung zu der Vorlage festzulegen. Vorher hatten bereits Besprechungen zwischen Vertretern der Radikalen, der Sozialisten und der übrigen Fraktionen stattgefunden, aus denen sich eine vollkommene Übereinstimmung der Ansichten ergab. Auf Grund dessen beschloß die radikale Fraktion einstimmig, in Verbindung mit anderen Parlamentariergruppen die Regierung zu bitten, die Verantwortung für die gegenwärtige Finanzlage, für die die Ausgabe neuer Schatzbonds notwendig ist, genau festzulegen und ihre Absicht kundzugeben, die weiteren Bedürfnisse der Staatskasse durch eine entschieden demokratische Finanzpolitik zu befriedigen. Unter dieser Voraussetzung würde die Fraktion für die Vorlage stimmen. Die sozialistische Fraktion sprach sich im gleichen Sinne aus.

Unter dem Eindruck dieser Beschlüsse, die der Regierung mitgeteilt wurden, begann die Debatte im Plenum, nachdem sich die Finanzkommission in einstündiger Beratung für die Annahme des Gelehtentwurfes entschieden hatte. Der Generalberichterstatter der Kommission, Abgeordneter Lamoureux, setzte die Beschlüsse der Kommission und die Gründe auseinander, die die Regierung zur Vorlage des Gelehtentwurfes veranlaßt haben. Die Finanzkommission, so erklärte er, bittet die Kammer, die Vorlage zu genehmigen, unter der Voraussetzung, daß die Regierung die Verpflichtung übernimmt, mit der Einbringung des Budget für das Jahr 1933 ein umfangreiches Finanzsanierungsprogramm vorzulegen. Im Anschluß daran gab Finanzminister Germain Martin die von den Radikalen und Sozialisten erwarteten Erklärungen ab. Er versprach im Namen der Regierung, daß er eine Finanzreform, bei der die kleinen Sparer geschützt werden sollen, ausarbeiten werde und er erklärte, daß für die gegenwärtige Finanzlage, die die Ausfindung neuer Mittel notwendig mache, nicht die jetzige Regierung verantwortlich wäre, sondern daß sie diese Sache als Gelehtentwurf übernommen habe. Diese Erklärung wurde von der gesamten Linken mit ungeheurer Beifall aufgenommen, während die Rechte teils schwieg, teils protestierte.

Auf eine Intervention des nationalsozialistischen Abgeordneten Marin, der die Neuausgabe von Schatzbonds als eine Inflation bezeichnete und dem Ministerpräsidenten vorwarf, er habe das während der Wahlkampagne gegebene Versprechen, eine Deflation des Budgets vorzunehmen, nicht gehalten, antwortete Herriot unter großem Beifall der Linken mit einer ähnlichen Erklärung wie der Finanzminister sie abgegeben hatte. Die Regierung, sagte er, sei für das Budget 1932 nicht verantwortlich. Für das von ihr aufzustellende Budget für 1933 werde sie, wenn es ein Defizit aufweise, das gegen die Verantwortung voll und ganz übernehmen.

Im Namen der Sozialisten erklärte Abg. Vincent-Auriol, daß die Fraktion mit den Erklärungen Germain-Martins und Herriots zufrieden sei. Sie mache der Regierung nur den Vorwurf, daß sie nicht gleich bei der Übernahme ihres Amtes die Bilanz der Finanzwirtschaft der früheren Regierungen aufgestellt habe. Im übrigen aber habe in der heutigen Zeit kein Budget ins Gewicht gebracht werden, wenn nicht eine umfangreiche Abklärung vorgenommen werde. Die sozialistische Fraktion sei nicht bereit, so schloß Vincent-Auriol, an einer neuen nationalen Einigkeit zur Liquidation der Bergangenszeit teilzunehmen, dagegen sei sie bereit, an der Einigkeit der Linksparteien teilzunehmen, die durch die Wahlen vom Mai geschaffen worden sei. (Großer Beifall auf der gesamten Linken.)

Die Vorlage wurde schließlich mit 321 Stimmen gegen 39 Stimmen der Kommunisten und einiger Nationalisten angenommen. Die übrigen 200 Abgeordneten der Mitte und Rechtsparteien enthielten sich der Stimme. Nachdem auch der Senat die Vorlage angenommen hatte, konnten in später Nachtstunden Ministerpräsident Herriot in der Kammer und Justizminister Renaud in Senat das Schlüsselschlüssel für die Tagung verlesen.

Eine auswärtige Debatte fand nicht statt, da die Interpellanten auf Wunsch der Regierung auf die Beantwortung ihrer Interpellationen verzichteten.

Parteibuchwirtschaft der Nazis

Genève, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Sie blühen ihre Parteibücher auf amtlichen Gebäuden. Der hiesige Naziführer Schimler ist von der obenburgenländischen Nazi-Regierung zum Regierungspräsidenten des Landbestimmtes Ulbed ernannt worden. Der neue Parteibuchbeamte hatte zur Feier seines Antritts die SA- und SS-Mitglieder lassen. Am Flaggentag des Rathauses wurde die Naziführer gebildet, ebenso am Regierungsgelände, wo mit dem Schriftsteller Dietrich das Schauspiel der Fahnenheiligung wiederholt wurde.

Mit dieser einseitigen Einführung des neuen Regierungspräsidenten haben die Nazis bewiesen, wie die Parteibuchwirtschaft in Wirklichkeit aussieht.

Vor dem englisch-irischen Zollkrieg

London, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der Zollkrieg zwischen England und Irland ist kaum noch zu umgehen. Besprechungen, die zwischen Macdonald und dem irischen Präsidenten Deaseleera zur Beilegung des Konfliktes stattfanden, haben ergebnislos verlautet.

Schutz ab. Der Kommunist wurde verhaftet. In Rempten sah sich die Polizei gezwungen, mit der blanken Waffe gegen Kommunisten vorzugehen. In Rempten bei Rempten hatten Kommunisten gegen anrückende SA-Truppen Hindernisse aus Äpfeln und Desinfektoren aufgebaut. Sie wurden von der Polizei gezwungen, diese Hindernisse eigenhändig zu beseitigen. In der Nähe von Kalken wald wurde verhaftet. Kommunisten, in der Nacht vom Sonntag auf der Chaussee von Langenwahl nach Kalkendorf ein Lastauto mit Nationalsozialisten durch Trepphäuser zum Halten zu bringen. Es entstand eine große Schlägerei. Vier Nationalsozialisten wurden erheblich verletzt. Ein Kommunist soll durch einen Schuß verletzt worden sein.

Die Kommunisten zogen sich später nach Kalkendorf zurück, wo ihr Versammlungsort im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten in Potsdam von einem Zug der ersten Eskadron des Reiterregiments 9 in Kalkendorf mit drei leichten Maschinengewehren umstellt wurde. Die Polizei unterstützung aus Kalken wurde eingetroffen war. Die Polizei nahm eine Durchsuchung des Waldes vor. Die Verhaftung von über 145 Kommunisten verlief negativ. In dem Wald wurden drei Revolver, Dolche, fünf Gummiknäuel und eine Eisenkugel gefunden und beschlagnahmt. Die Kommunisten wurden zwecks polizeilicher Feststellung sämtlich nach Kalkenwald geschafft.

Ueber politische Streitfragen keine Amtsgerichte und kein Landgericht bestehen. Das sei auch nicht ihre Aufgabe. Es sei ein Mißbrauch der Justiz, was mit dem Antrag der NSDAP erfolgt sei. Er habe nur den Zweck, die Propaganda eines politischen Gegners, gegen den man sich ansehend politisch nicht genügend verteidigen könne, zu unterbinden. Der Nazianwalt ließ in seinen Worten deutlich die große Verlegenheit erkennen, in die er und seine Auftraggeber durch den Einspruch und die hochfundierte Begründung des Einspruches geraten war. Der Nazianwalt vertat den Standpunkt, daß die Behauptungen, die NSDAP toleriere die Reichsregierung und habe einen Pakt mit ihr geschlossen, geeignet seien, die Partei in den Augen der Wähler herabzusetzen und die Führer diffamieren. Im übrigen sei die NSDAP identisch mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein e. V. Ein von dem Nazianwalt genannter Zeuge, ein stellvertretender Gaugeschäftsführer der NSDAP, gab aber ausdrücklich zu Protokoll, daß es sich um zwei verschiedene Organisationen handele. In der Begründung des Urteils erklärte der Vorsitzende u. a.: Es ist geprüft worden, ob die NSDAP zur Führung des Prozesses befugt gewesen ist. Nach § 56 der Zivilprozessordnung müßte diese Frage verneint werden, da es in der Rechtsprechung nur natürliche Personen und juristische Rechtspersonen gibt. Die NSDAP kann aber nicht als juristische Person betrachtet werden. Wenn auch in dem Antrag von einer Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei e. V. die Rede ist, so wurde aber bewiesen, daß diese Partei nicht in das Vereinsregister eingetragen sei und damit nicht die Rechtsfähigkeit besitzt. Der von der Antragstellerin angeführte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein e. V. ist nicht identisch mit der NSDAP. Das wird bewiesen durch die Satzungen dieses Vereins und auch bestätigt durch die Ausführungen des in der Verhandlung vernommenen Zeugen. Daraus ergibt sich, daß ein Gebilde lagte, das nicht die Rechtsfähigkeit besitzt und deshalb auch nicht protestfähig war.

Gaule gegen die Reichsbannerzeitung

Er will sie verboten wissen

Der Reichsminister des Innern hat die preussische Regierung um ein Verbot der „Reichsbannerzeitung“ ersucht. Das Ersuchen stützt sich auf eine Zeichnung, die eine veränderte Ansicht an das Bild der Hindenburg-Plakate aus dem zweiten Wahlgang gehalten. Auf diesem Plakat war eine große Menschenmenge zu sehen, über die der Schatten Hindenburgs fiel. Das veränderte Bild läßt nunmehr den Schatten über eine Reihe von Bürgern, die Opfer des Nationalsozialismus sind, fallen und trägt die Unterschrift: „Die Treue ist das Mark der Ehre — Unsere Treue ward uns zum Leichtsinn“. Das Verbot ist auf zwei Wochen in Aussicht genommen.

Wählt, da wir in ihr das Vertrauen setzen, daß er unter allen Umständen, seinem Eid getreu, die Verfassung schützen wird. Für den Schutz dieser Verfassung aber sind die Männer gefallen, deren Särge auf dem beanstandeten Bild zu sehen sind. Reichspräsident Hindenburg und unsere Kameraden kämpften für das gleiche Ziel. Wir verwahren uns dagegen, daß man uns unterstellt, mit diesem Bild dem Herrn Reichspräsidenten den Vorwurf der Treulosigkeit und damit der Christlosigkeit gemacht zu haben. Diese Unterstellung ist eine Annahme, die nach unserer Ansicht in dem Bild selbst keine Stütze finden kann.“

Reichsbannerzeitung verboten

Die in Magdeburg erscheinende Wochenzeitschrift „Das Reichsbanner“ ist auf Ersuchen des Reichsinnenministers auf zwei Wochen verboten worden.

Die Wahrheit dringt durch

Das Gericht bescheinigt der NSDAP. Mißbrauch des Gesetzes zur Unterdrückung der Wahrheit

Hamburg, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht). Die Zivilkammer 7 des Altonaer Landgerichtes hat auf Einspruch des preussischen Landtagsabgeordneten und Redakteurs im „Hamburger Echo“ Bugdahn die am letzten Montag vom Altonaer Amtsgericht erlassene einstweilige Verfügung aufgehoben, nach der verboten war zu verbreiten, Sittler hätte das Kabinett Bayern, die NSDAP, oder ihre Führer seien für die Einführung der Salzsteuer verantwortlich und die NSDAP habe als Gegenleistung für die Aufhebung des SA-Verbots und des Uniformverbots in eine Rührung der Steuern und in eine neue Bekämpfung der Werkstätten eingewilligt.

Strafverfolgung geschützt

solange nicht die Immunität aufgehoben sei. Wenn schon bei den härteren strafrechtlichen Delikten eine Verfolgung nicht möglich sei, dann müsse bei den schwächeren zivilrechtlichen Ansprüchen die Immunität ebenfalls Geltung besitzen. Schließlich sei überhaupt zu bestreiten, daß eine Voraussetzung für den Unterlassungsanspruch, der im Wege der einstweiligen Verfügung geltend gemacht werde, vorliege. Dieser Unterlassungsanspruch könne im vorliegenden Falle nur geltend gemacht werden, wenn eine Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches vorliege. Eine Beleidigung sei in dem von Bugdahn verantwortlichen bezeichneten Blatt nicht enthalten, sondern es seien lediglich gegenüber der NSDAP Feststellungen über die politische Haltung der NSDAP getroffen worden. Oder wollten der Antragsteller und das Amtsgericht etwa behaupten, daß die Feststellung, die NSDAP unterstütze die Reichsregierung oder deren Politik eine Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches darstelle?

Die Kosten des Verfahrens wurden der antragstellenden Partei (Sittler) auferlegt. Die Entscheidung des Landgerichtes wurde gefällt nach einer mehrstündigen Verhandlung, in der die beiden Parteien Gelegenheit hatten, eingehend ihre Standpunkte darzulegen.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme war für die Sittlerpartei in jeder Beziehung katastrophal. Der Vertreter Bugdahns, Rechtsanwalt Dr. Kalkmann, legte in überzeugenden Ausführungen die rechtliche und politische Unmöglichkeit der einstweiligen Verfügung dar. Schon aus rein formalen Gründen habe das Amtsgericht die einstweilige Verfügung nicht erlassen dürfen. Der Antrag sei von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei e. V. in München gestellt, tatsächlich aber existiere eine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei e. V. nicht. In München existiere jedoch ein Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein e. V., der neben der Partei als besondere Einrichtung bestünde. Dieser Verein habe aber keinen Antrag gestellt. Auch die Vollmacht, die von Sittler für die Altonaer Rechtsanwälte der NSDAP ausgestellt sei und bereits aus dem letzten Jahre 1930 stamme und eine Generalvollmacht für alle zukünftigen Prozesse darstelle, sei unzureichend, da sie nur persönlich für Adolf Sittler, nicht aber für den eingetragenen Verein ausgestellt worden sei.

Rab behauptet, daß man mit der grundsätzlichen Seite der Frage, ob mit einstweiligen Verfügungen überhaupt in der von der Nazi-Partei erprobten Weise in den politischen Kampf eingegriffen werden dürfe. Solche politische Fragen und Auseinandersetzungen könnten nicht durch Gerichte, sondern nur durch die Gerichte entschieden werden. Einstweilige Verfügungen aber seien nur zulässig und angebracht in reinen Rechtsgefällen.

Weiter sei zu bezweifeln, ob solche Sprechverbote, wie sie diese einstweilige Verfügung praktisch bedeute, gegen Abgeordnete erlassen werden dürften, da Abgeordnete nach Artikel 36 der Reichsverfassung in Ausübung ihrer politischen Tätigkeit sogar bei strafrechtlichen Verträgen vor Gericht geschützt sind. Straftaten gegen Abgeordnete sind straflos, solange nicht die Immunität aufgehoben sei. Wenn schon bei den härteren strafrechtlichen Delikten eine Verfolgung nicht möglich sei, dann müsse bei den schwächeren zivilrechtlichen Ansprüchen die Immunität ebenfalls Geltung besitzen. Schließlich sei überhaupt zu bestreiten, daß eine Voraussetzung für den Unterlassungsanspruch, der im Wege der einstweiligen Verfügung geltend gemacht werde, vorliege. Dieser Unterlassungsanspruch könne im vorliegenden Falle nur geltend gemacht werden, wenn eine Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches vorliege. Eine Beleidigung sei in dem von Bugdahn verantwortlichen bezeichneten Blatt nicht enthalten, sondern es seien lediglich gegenüber der NSDAP Feststellungen über die politische Haltung der NSDAP getroffen worden. Oder wollten der Antragsteller und das Amtsgericht etwa behaupten, daß die Feststellung, die NSDAP unterstütze die Reichsregierung oder deren Politik eine Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches darstelle?

Die Angst der Nazis vor der Wahrheit

Fried will keine Debatte des Auswärtigen Ausschusses

Wie Nazi-Strasser wegen der engen Beziehungen zwischen der Papen-Regierung und den Sittlerianern die Einberufung des Überwachungs Ausschusses ohne Erfolg zu sabotieren versuchte. Er verzichtete jetzt Nazi-Fried aus dem gleichen Grunde die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses zu verhindern. Der Grund ist die Angst, das den Nazis von Berufsener Stelle aus die Nase vom Gesicht gerissen und bewiesen werden könnte, daß sie zwar gegen Kaufmann weinern, aber das Abkommen von der Regierung der Nazi-Barone geschlossen und unterschrieben worden ist. Aber ob der Auswärtige Ausschuss noch vor den Wahlen tagt oder nicht? Wie die Nazis für die Hungernotverordnung der Papen-Regierung verantwortlich sind, so tragen sie auch die Verantwortung für Kaufmann mit, und wenn diese Betrüger hundertmal das Gegenteil behaupten.

Frauen im Gefängnis

Von Guy de Téramond

„Wann haben Sie den Mord entdeckt, Madame?“
 Sie sprach leise, wie unter einem Alpdruck, als dränge ihre Stimme aus weiter Ferne her:
 Goeben — das heißt vor einer halben Stunde etwa. Wie ich hier eintrat. Mein erster Gang heute mochte mir in meine Zimmer. Wir schlafen getrennt. Sein Bett war unbenutzt. Da sah ich hier in seinem Kabinett nach — und fand ihn so, wie er da ist.“
 Sie war freudig geworden, ihren einen Ohnmacht hatte. „Wann haben Sie ihn getötet?“
 „Am 19. Juli. Ich weiß es genau, weil ich zufällig beim Betreten des Zimmers auf die auf dem Kamin stehende Stuhluhr blickte.“
 „Sie waren zu der Zeit mit Ihrem Mann allein in der Wohnung?“
 „Allein? ... Ja! ... Unsere Leute schlafen nicht hier. Meine Kammerfrau war weggegangen, die Köchin hatte schon eine Stunde vorher die Wohnung verlassen.“
 Der Sekretär, der sich bemerkbar gemacht hatte, war in diesem Augenblick nicht da.
 „Ich habe einem Arzt telephont. In fünf Minuten wird er hier sein. In und für sich wird er ja nicht gebraucht, aber ich meinte, bei den ersten Komplikationen.“
 „Sie haben richtig gehandelt“, erklärte der Kommissar. „Madame, hielten Sie denn gar nicht daran, einen Arzt zu rufen?“
 „Nein, daran dachte ich nicht! Wie ich ihn sah, war ich so hoffnungslos.“
 „Meine Kammerfrau sagte, ich solle Ihnen telephonieren — weiter habe ich mich an niemand gemandt.“
 „In der Nacht hörten Sie nichts?“
 „Nein. Mein Zimmer liegt an der äußeren Ecke der Wohnung, dann folgt ein kleiner Salon; daran grenzt das Schlafzimmer meines Mannes, an das dieses Kabinett folgt. Aber wenn es

Geräusche, einen Kampf gegeben hätte, dann wäre ich sicher aufgewacht. — Ich habe einen sehr leisen Schlaf.“
 „Einen Kampf hat es wohl nicht gegeben, aber an eine Abwehr ist gedacht worden. Sehen Sie.“
 Mit diesen Worten hatte sich Inspektor Fernand eingemischt. Er zeigte auf ein halb herausgezogenes Schubfach zur rechten Hand des Toten.
 „Ein Revolver lag darin.“
 „Gehörte diese Waffe Ihrem Mann?“ fragte der Inspektor.
 „Ja — ich glaube ... ich weiß, daß er in einem Fach seines Arbeitszimmers einen Revolver verwahrt.“
 „Das Fach war geschlossen?“
 „O ja, mein Mann hielt auf Ordnung — in solchen Sachen. Drei halbes Jahr hat er das nicht verlassen.“
 „Es steht ja so aus“, erwiderte der Inspektor, dessen Augen aufhielten in dem etwas perspektivierten Blick, „als hätte Herr Mangenot, von einem oberirdischen Mordmörder überrascht, eine Bewegung auszuführen versucht, die er nicht mehr beenden konnte; der Stuhl der Kawaja erfolgte rascher als sein Griff nach dem Revolver.“
 „Wann nicht?“
 „Wann nicht?“
 „Wann nicht?“
 „Wann nicht?“
 „Wann nicht?“
 „Wann nicht?“

quet mit der Zurückhaltung eines Mannes, welcher zögert, zu sicher eine Ansicht zu vertreten, von der er annehmen muß, daß sie in der Zukunft entscheidend und bestimmend wirken könnte. „Diese Kawaja!“
 „Er wies auf eine Sammlung an der Wand befestigter alter Waffen — gegenüber dem Schreibtisch; offenbar fehlte dort ein Stuhl.“
 „Der Inspektor ging zu Frau Mangenot, die in einem Stuhl auf dem Korridor gesunken war; es schien ihre Kräfte zu übersteigen, dem Vorgang länger beiwohnen. Er sagte schonend zu ihr: „Ich begreife, daß unsere Fragen Sie in diesem Augenblick graulich berühren. Es gibt aber bei denartigen Fragen immer Punkte, die nicht rasch genug aufgeklärt werden können. Der Dolch, den der Mörder benutzte, scheint zu der Waffenammlung an der Wand gehört zu haben. Schauen Sie bitte nach und sagen Sie mir, ob an der Wand, an der jetzt leeren Stelle ein Dolch sich befand?“
 „Dort hing eine Kawaja!“
 „Die Kawaja!“
 „Die Kawaja!“
 „Die Kawaja!“
 „Die Kawaja!“
 „Die Kawaja!“
 „Die Kawaja!“
 „Die Kawaja!“
 „Die Kawaja!“

Eiserne Macht

Die Nationalsozialistische Partei hat die Reichsregierung zum offenen Staatsstreich aufgefordert. Sie hat auf Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen gedrängt. Was die Nationalsozialisten von der Reichsregierung verlangen, ist die Ausschaltung der Polizei, die absolute Terrorfreiheit für die braunen Bürgerkriegsbanden, die Herstellung eines rechts und gesetzbunden Zustandes, in dem nur noch die brutale Gewalt entscheidet. Wie sie es meinen und was sie von der Reichsregierung fordern, hat der Nazi-Führer Goering im Berliner Sportpalast enthüllt. Ein nationalsozialistischer Reichstagskammer — so sagte er — würde den süddeutschen Ländern gegenfolgendermaßen verfahren: Er werde zunächst Reichswehr und Polizei aus den Ländern herausziehen und dann 100.000 Braunschweigern einmarschieren lassen, die den Kufflügen die Mägen geben würden.

Dazu sagen wir: Ein Nazireichstagskammer, der nach dem Rezept Goerings handeln würde, wäre ein Verbrecher, und das gesamte arbeitende und freiheitsliebende Volk würde voll weihrauchenden Jorns mit einem solchen Verbrecher und seinen Banden abrechnen!

Die Reichsregierung ist den Forderungen der Nationalsozialisten nicht nachgekommen. Deshalb lassen nun die Bürgerkriegsheer die Masse völlig fallen! Sie haben ein Ultimatum an die Reichsregierung gerichtet, in dem sie drohen, daß wenn nicht binnen 24 Stunden die Reichsregierung ihren Wünschen nachkommen würde, die Nationalsozialistische Partei ihre Bürgerkriegsarmee bewaffnen und ein Blutbad begehen würde! Dies Ultimatum zeigt, daß die Nationalsozialisten glauben, daß ihnen das Kabinett der Barone so verfaßt sei, daß für die Nazis das Gesetz tatsächlich außer Kraft gesetzt sei. Dies Ultimatum ist mit blutigen Reden der nationalsozialistischen Führer begleitet worden, die in jedem geordneten Staatswesen zur sofortigen Verhaftung der Leute führen würde, die es wagen, ein solches Verbrechen gegen den Staat und gegen die Bevölkerung anzutun!

Mit der Drohung des allgemeinen blutigen inneren Krieges soll die Reichsregierung zur Verhängung des Ausnahmezustandes, zur Erfüllung der Diktatorforderungen der Nationalsozialisten, gezwungen werden.

Wir weisen nicht daran, daß die nationalsozialistischen Führer das Geklörre haben, ihre blutigen Deklamationen in die Tat umzusetzen. Ihre Bürgerkriegsbanden haben bisher schon blutig genug gehandelt. Der ganze Haß dieser Bürgerkriegsheer richtet sich gegen die organisierte Arbeiterschaft, gegen den stärksten Hort des Friedens und der Sicherheit, den Deutschland besitzt. Die Terrorakte der braunen Banden richten sich systematisch gegen die Einrichtungen der Arbeiterschaft. Der Haß, der darauf beruht, ist der Haß der Klassenrenegaten, der Profeten, die sich der Reaktion und dem Scharfmachertum zum Kampfe gegen ihre Klassenbrüder verkauft haben. Sie sind Landsknechte gegen die Freiheit geworden, die das Brot des Sündners gegen ihre Klassenbrüder essen. Sie hassen uns, sie hassen unsere Disziplin, sie hassen das, was wir geschaffen haben, weil es eine dauernde Mahnung, eine dauernde Pein für ihr Gewissen ist!

Diesen Haß wollen die nationalsozialistischen Blutprediger benutzen, um Deutschland in ein allgemeines Schlachtfeld, in einen Trümmerhaufen zu verwandeln! Wenn sie dieses Spiel spielen wollen, so werden sie es verlieren! Wir sind eine Macht, deren Geschlossenheit, deren Wucht und deren Unüberwindlichkeit sie erkennen werden, wenn sie eingeleitet wird! Beim Sturm auf das Jugendlager der SA in Schmiedeburg, beim Sturm auf das „Vorwärts“-Gebäude, beim Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Halle haben sich die Angreifer blutige Köpfe geholt! Sie fühlen es, und sie müssen es fühlen, daß die Eiserne Front wirklich von Eisen ist und über eiserne Klauke verfügt!

Wer uns angreift, der wird auf eine Abwehr stoßen, die er nicht erwartet hat! Wenn die nationalsozialistischen Blutprediger von einem Blutbad reden, das sie anrichten wollen, und über das man nach-tausend Jahren noch reden werde, so sagen wir ihnen nicht und nicht! Der Versuch eines solchen Verbrechens wird eine vernichtende Abrechnung zur Folge haben!

Die Masse der freiheitsliebenden Arbeiterschaft in Deutschland ist ein festgeschmiedetes Blut, an dem das Heer der Nationalsozialistischen zerschellen wird wie Spreu im Winde! Das Heer der Mittläufer, das den Blutreden der nationalsozialistischen Führer Beifall klatscht, mag sich hüten! Wer glaubt, daß mit einem Heer von Bürgerkriegsblondinen, das zum großen Teil aus Klassenrenegaten besteht, der festgeschmiedete Blut der freiheitsliebenden Arbeiterschaft vernichtet werden könnte, der wird ein lurchtbares Erwachen erleben!

Wir drohen nicht. Wir wollen den inneren Frieden. Aber wie jagen allen, die zum Bürgerkrieg hegen, mit allem Nachdruck, im Bewußtsein unserer eisernen Macht: Seid gewarnt!

Herriot über Lausanne

Paris, 18. Juli. (Eig. Funterbericht.)

Vor der Verlesung des Schlusdekrets in der Kammer, die am Sonntag früh um 1.30 Uhr erfolgte, sah Herr Herriot gezwungen, während der Beratung über die Steueranfrage auf mehrere Fragen des nationalsozialistischen Abgeordneten Marin hin eine Erklärung über die Lausanner Konferenz abzugeben.

Herriot bestritt zunächst die Behauptung Marins, daß das Prinzip der Vorkauf der Verträge in Lausanne mit Füssen getreten worden sei. Herriot bezeichnete es als Erfolg der Verhandlungen, eine Einigung zwischen den vier Mächten erzielt zu haben, während England, Italien und Deutschland die völlige Streichung der Reparationen verlangten. Der Ministerpräsident fuhr dann fort:

„Was die Verbindung zwischen den Reparationen und Schulden anbetrifft, so hat bisher eine solche nicht bestanden. Durch das Gentlemen-Abkommen sind jetzt beide Fragen miteinander verknüpft. Diese Vereinbarung besagt, daß das Gentlemen-Abkommen nur dann in Kraft tritt, wenn eine einvernehmliche Regelung des Schuldenproblems erzielt ist, und es unzulässig werden. Wenn die Regelung nicht beendigt wird, tritt der Youngplan wieder in Kraft. (Zwischenrufe des Sozialisten Fautanier: Glauben Sie, daß der Youngplan nach drei Jahren wieder anwendbar sein wird?) Herriot: Man darf niemals die Verantwortung auf andere schieben, die eine gerechte Sache verfolgen. Wenn das Lausanner Abkommen und die Schuldenregelung dem französischen Parlament nicht gefallen, hat Frankreich das Recht, alle in dem Youngplan enthaltenen Bestimmungen anzufordern, vor allem jene Artikel 15, der die

Die Schufftigkeit der Nazis eingestanden

Es ziehen unter dem Druck der allgemeinen Empörung ihren hunds-gemeinen Antrag gegen Frau Weib zurück

Der Führer der Nazi-Fraktion des Preussischen Landtags hat den gemeinen Antrag seiner Horde, der sich mit der Ehefrau des Berliner Polizeivizepräsidenten beschäftigte, zurückgezogen. Angeblich hat Kube von dem Antrag nichts gewußt. Nachträglich mißbilligt er ihn.

An dem Tatbestand einer unglaublichen Gemeinheit, gegenüber einer Frau, begangen durch die

Nazi-Fraktion des Preussischen Landtags, ändert der Zurückzieher des Herrn Kube nichts. Daß ein derartiger Antrag überhaupt möglich war und von dem Nazi-Präsidenten des Preussischen Landtags ohne ein Wort der Beanstandung zugelassen wurde — das ist und bleibt bezeichnend für die Moral unserer Nazi-Großen. Angesichts dieser Horde kann ein anständiger Mensch, welcher politischen Gesinnung er auch sei, nur aussprechen!

Der Sieg der belgischen Arbeiter

Die Lohnsenkung rückgängig gemacht Bis 1. November bleiben die Löhne stabil

Der große Kampf der belgischen Arbeiterklasse ist mit einem vollen Siege beendet. Zwei Tage heriet der Generalrat der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften in einer Atmosphäre der höchsten Spannung, und schon sowohl für die Bergarbeiter in direkten wirtschaftlichen Verhandlungen als auch für die Arbeiterklasse im allgemeinen durch ein Votum des Parlamentes sehr erhebliche Erfolge erzielt worden waren, wollte und konnte die zentrale Instanz der Arbeiterbewegung die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht ausgeben, ehe über die Forderungen der Metall- und Eisenindustrie keine Gewißheit bestand. Die Unternehmer dieser Gruppe kämpften aber mit der größten Hartnäckigkeit.

Freitag und Sonnabend wurde in großer Aufregung verhandelt. Die Regierung, die wußte, wozu es ging, übte einen starken Druck auf die Eisenindustriellen aus, aber diese wollten nicht locker lassen. Mit der Begründung, daß die Wirtschaftslage sie selbst in eine unhaltbare Lage gebracht habe, aus der sie ohne Lohnsenkungen nicht herauskommen könnten, widerlegten sie sich verweirte gegen die geforderte Stabilisierung der Löhne. 24 Stunden lang stand der Ausgang des Kampfes auf dem Messers Schneide. Zuerst gaben die Maschinenbau- und Kleinindustriellen nach. Das war am Sonnabend vormittag. Über die Schwerindustrie

widerlegte sich noch immer. Der um 2 Uhr nachmittags zusammengesetzte Generalrat konnte unter diesen Umständen noch immer seinen Beschluß lassen und mußte sich vertagen. Der Druck auf die Schwerindustriellen wurde verstärkt. Endlich im Laufe des Nachmittags kapitulierten sie. Sie erklärten, daß sie im Hinblick auf die „Betriebs“ bis 1. November keinerlei Lohnsenkungen mehr vornehmen würden und die bereits beschlossene und in den Fabriken bereits bekanntgegebene letzte Lohnreduktion zurückgezogen würde. Es handelt sich hierbei um die in mehreren Distrikten tarifvertragsmäßig vorgenommene Lohnsenkung von 2 1/2 Prozent, zu der auch die Gewerkschaften bereits ihre Zustimmung gegeben hatten. Nun sollen darüber die im August zusammentretenden paritätischen Kommissionen noch einmal beschließen. Dieser Beschluß wurde dem Generalrat um 4 Uhr nachmittags zur Kenntnis gebracht und mit begrifflicher Genugtuung begrüßt. Er konnte darauf ohne weitere Debatte die Wiederaufnahme der Arbeit für Montag bei 4 Stimmhaltungen beschließen.

Der Beschluß wird der Arbeiterschaft in einem Manifest zur Kenntnis gebracht, in dem der nach heißem Kampfe erzielte glänzende Sieg im einzelnen erklärt und unterstrichen wird. Die belgische Arbeiterklasse darf einen schwer erlangenen, aber großen Sieg feiern, der auf die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung in Belgien nicht ohne Einfluß bleibt wird.

Wieder Linksmehrheit in Frankreich

Einigung zwischen Sozialisten und Radikalen in der Finanzfrage

Paris, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Sommertagung des französischen Parlamentes ist am Sonnabend abends abgeschlossen worden. Die Linksparteien stimmten, wie zu Beginn des vorigen Monats, geschlossen für die Regierung, während Mitte und die Rechte gegen die Regierung stimmten bzw. Stimmenthaltung übten. Das Votum der Sozialisten gegen die Regierung in der Frage der Abschaffung der Referendumsübungen, das Abgeordneter Vincent-Auriol in der Schlussprüfung der Kammer als ein bedauerliches Mißverständnis bezeichnete, ist also aus der Welt geschafft.

Die plötzliche Wiederaufhebung des linken Blockes vollzog sich während der Debatte über den von uns angeforderten Gesetzentwurf über die Ermächtigung zur Ausgabe neuer Schatzbons in Höhe von zwei Milliarden Francs zur Deckung der Bedürfnisse der Staatskasse, den die Regierung in der Schlussprüfung der Kammer mit der Bitte um sofortige Verabschiedung einbrachte. Der Gesetzentwurf wurde zur sofortigen Prüfung der Finanzkommission überwiesen, der der Finanzminister bereits in einer Vormittagsitzung die Gründe für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen auseinandergesetzt hatte. Zu gleicher Zeit traten die Kammerfraktionen zusammen, um ihre Haltung zu der Vorlage festzulegen. Vorher hatten bereits Besprechungen zwischen Vertretern der Radikalen, der Sozialisten und der übrigen Fraktionen stattgefunden, aus denen sich eine vollkommene Übereinkunft der Ansichten ergab. Auf Grund dessen beschloß die Radikale Fraktion einstimmig, in Verbindung mit anderen Parlamentsgruppen die Regierung zu bitten, die Verantwortung für die gegenwärtige Finanzlage, für die die Ausgabe neuer Schatzbons notwendig sei, genau festzulegen und ihre Absicht kundzugeben, die weiteren Bedürfnisse der Staatskasse durch eine entschiedene demokratische Finanzpolitik zu befriedigen. Unter dieser Voraussetzung würde die Fraktion für die Vorlage stimmen. Die sozialistische Fraktion sprach sich im gleichen Sinne aus.

Unter dem Eindruck dieser Beschlüsse, die der Regierung mitgeteilt wurden, begann die Debatte im Plenum, nachdem sich die Finanzkommission in einstündiger Beratung für die Annahme des Gesetzentwurfes entschieden hatte. Der Generalberichterstatter der Kommission, Abgeordneter Lamoureaux, legte die Beschlüsse der Kommission und die Gründe auseinander, die die Regierung zur Vorlage des Gesetzentwurfes veranlaßt haben. Die Finanzkommission, so erklärte er, bittet die Kammer, die Vorlage zu genehmigen, unter der Voraussetzung, daß die Regierung die Verpflichtung übernimmt, mit der Einbringung des Budget für das Jahr 1933 ein umfangreiches Finanzsanierungsprogramm vorzulegen. Im Anschluß daran gab Finanzminister Germain Martin die von den Radikalen und Sozialisten erwarteten Erklärungen ab. Er versprach im Namen der Regierung, daß er eine Finanzreform, bei der die kleinen Sparer geschützt werden sollen, ausarbeiten werde und er erklärte, daß für die gegenwärtige Finanzlage, die die Ausbringung neuer Mittel notwendig mache, nicht die jetzige Regierung verantwortlich wäre, sondern daß sie diese Lage als Erbschaft übernommen habe. Diese Erklärung wurde von der gesamten Linken mit ungeheurem Beifall aufgenommen, während die Rechte teils schweig, teils protestierte.

Auf eine Intervention des nationalsozialistischen Abgeordneten Marin, der die Neuausgabe von Schatzbons als eine Inflation bezeichnete und dem Ministerpräsidenten vorwarf, er habe das während der Wahlkampagne gegebene Versprechen, eine Deflation des Budgets vorzunehmen, nicht gehalten, antwortete Herriot unter großem Beifall der Linken mit einer ähnlichen Erklärung wie der Finanzminister sie abgegeben hatte. Die Regierung, sagte er, sei für das Budget 1932 nicht verantwortlich. Für das von ihr aufzustellende Budget für 1933 werde sie, wenn es ein Defizit aufweise, das gegen die Verantwortung voll und ganz übernehmen.

Im Namen der Sozialisten erklärte Abg. Vincent-Auriol, daß die Fraktion mit den Erklärungen Germain-Martins und Herriot zufrieden sei. Sie wolle der Regierung nur den Vorwurf, daß sie nicht gleich bei der Übernahme ihres Amtes die Bilanz der Finanzwirtschaft der früheren Regierungen aufgestellt habe. Im übrigen aber habe in der heutigen Zeit kein Budget ins Gespräch gebracht werden, wenn nicht eine umfangreiche Revision vorgenommen werde. Die sozialistische Fraktion ist nicht bereit, so schloß Vincent-Auriol, an einer neuen nationalen Einigkeit zur Liquidation der Vergangenheit teilzunehmen, dagegen sei sie bereit, an der Einigkeit der Linksparteien teilzunehmen, die durch die Wahlen vom Mai geschaffen worden sei. (Großer Beifall auf der gesamten Linken.)

Die Vorlage wurde schließlich mit 231 Stimmen gegen 50 Stimmen der Kommunisten und einiger Nationalisten angenommen. Die übrigen 200 Abgeordneten der Mittel- und Rechtsparteien enthielten sich der Stimme. Nachdem auch der Senat die Vorlage angenommen hatte, konnten in später Nachtstunden Ministerpräsident Herriot in der Kammer und Finanzminister Renault im Senat das Schlusdekret für die Tagung verlesen.

Eine auswärtige Debatte fand nicht statt, da die Interpellanten auf Wunsch der Regierung auf die Beantwortung ihrer Interpellationen verzichteten.

Festsetzung der deutschen Reparationssumme durch ein Schiedsgericht vorliegt. Ich habe nun noch ein Wort über das Vertrauensabkommen zu sagen. Man muß freundschaftlich beweis zu würdigen wissen, die einer vor kurzem isolierten Nation dargebracht worden sind, und die Anstrengungen, die uns gegenüber gemacht worden sind, mit uns an der europäischen Ordnung zu arbeiten. Wenn Sie die Erklärungen Sir John Simons über den Völkerbund. Ich akzeptiere sie alle, und kann der französischen Kammer sagen, daß dieser Vertrauenspakt im Interesse der Ordnung abgeschlossen worden ist, daß er gegen niemand gerichtet ist und daß ich mich freuen würde, wenn ihm nicht nur die großen, sondern auch die kleineren Mächte beitreten, um Ordnung in Europa und der Welt zu schaffen. (Starker Beifall links, im Zentrum und auf einigen Banken der Rechten.)

Parteibuchwirtschaft der Nazis

Genf, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Sie bitten ihre Parteiführer auf amtlichen Gebäuden. Der hiesige Nazi-Führer Böhmker ist von der alten burschenschaftlichen Nazi-Regierung zum Regierungspräsidenten des Landes ernannt worden. Der neue Parteibuchbeamte hatte zur Feier seines Amtsintritts die SA- und SS-Mitglieder lassen. Am Flaggenmast des Rathauses wurde die Nazi-Flagge gehißt, ebenso am Regierungsgebäude, wo mit dem Herzog-Welser-Platz das Schauspiel der Fahnenhissung wiederholt wurde.

Mit dieser eigenartigen Einführung des neuen Regierungspräsidenten haben die Nazis betriebl. wie die Parteibuchwirtschaft in Wirklichkeit ausgedehnt.

Was dem englisch-irischen Seilkrieg

Sonday, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der Seilkrieg zwischen England und Irland ist kaum noch zu umgehen. Besprechungen, die zwischen Chamberlain und dem irischen Präsidenten De Valera zur Beilegung des Konfliktes stattfanden, haben ergebnislos verlautet.

Alles heraus!

Zur Kundgebung morgen abend 20 Uhr, in der Jahrhunderthalle spricht der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion

Ernst Heilmann

Karten bei den bekannten Verkaufsstellen rechtzeitig sichern!

Waffen müssen abgeliefert werden

Polizeiliche Anordnung für Breslau

Folgende polizeiliche Anordnung ist erlassen worden:

§ 1.
Schusswaffen und Munition, die den Vorschriften des Gesetzes über Schusswaffen und Munition vom 12. 4. 1928 sowie Fieb- und Stoßwaffen, die den Bestimmungen des Gesetzes gegen Waffenmißbrauch vom 28. 3. 1931 unterliegen, sind bis zum 21. Juli 1932 bei den zuständigen Polizeirevierern abzuliefern. Außer diesen Waffen sind ferner abzuliefern:

Schreckschuh, Gas-, Betäubungs- und Schindtodwaffen aller Art.

§ 2.

Von der Ablieferung der im § 1 bezeichneten Waffen sind befreit:

1. Personen, die gemäß den §§ 2 und 5 des Schusswaffengesetzes vom 12. 4. 1928 die behördliche Genehmigung zur gewerbsmäßigen Herstellung usw. und zum gewerbsmäßigen Handel haben.

2. Personen, die auf Grund eines gültigen Waffenscheines (§ 10 des Schusswaffengesetzes) zum Führen einer Waffe berechtigt sind.

3. Inhaber eines Jahresjagdscheines oder eines Jagdscheines eines deutschen Landes (§ 21 des Schusswaffengesetzes) hinsichtlich der zur Ausübung der Jagd gebrauchten Jagdwaffen, falls der Inhaber nicht persönlich von der Ortspolizeibehörde zur Ablieferung aufgefordert wird.

4. diejenigen Personen, die auf Grund des § 23 des Schusswaffengesetzes die behördliche Genehmigung zum Besitz eines Waffen- oder Munitionslagers haben.

§ 3.

Personen, die nach dem 21. Juli ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im hiesigen Ortspolizeibezirk nehmen oder Waffen oder Munition erwerben, haben diejenigen Waffen, die gemäß dem § 1 ff. dieser Verordnung der Ablieferung unterliegen, spätestens bis zum 5. Tage nach ihrem Zuzug oder dem Erwerb der Waffe abzuliefern.

§ 4.

Wer die angeordnete Ablieferung vorsätzlich unterläßt, oder wer im Besitz von Gegenständen betroffen wird, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie der Ablieferung entzogen sind, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft.

Wer die Tat fahrlässig begeht, wird mit Geldstrafe bestraft. Neben den in Abs. 1 und 2 angedrohten Strafen können die Gegenstände eingezogen werden, auch wenn sie nicht dem Täter gehören.

§ 5.

Diese polizeiliche Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Stl. aber wird aufgefordert, sich zu bewaffnen

Während die Behörden bemüht sind, dem Mordterror Einhalt zu gebieten, während der Breslauer Polizeipräsident sogar eine Ablieferung der Waffen ansetzen mußte, wird die Stl. offiziell durch ihre Führer aufgefordert, sich nun erst recht zu bewaffnen. So erklärte u. a. Götz in einer öffentlichen (!) Sportplatz-Kundgebung in Berlin, er „rechne noch mit der Disziplin der Nationalsozialisten“. Er weiß auch, daß ein Befehl existiert, daß kein Stl.-Mann eine Waffe führen dürfe. Ich sage euch: „Nicht ist Schluß!“ (Lang anhaltender Beifall). Wenn in den nächsten Tagen der Führer aus Ostpreußen zurückkehrt, dann werde ich ihn mit anderen Führern der Partei bitten — ich weiß, daß die Bitte erfüllt wird — daß dieser Befehl zurückgenommen wird (erneuter stürmischer Beifall). Dreimal 24 Stunden das Notwehrrecht hergestellt, den Braunhemden Freiheit gegeben und das feige Gefindel vertrieben sich in das letzte Loch. In dreimal 24 Stunden wird die Straße wieder frei sein und es werden geübtere Verhältnisse herrschen.

Aufgrund eines solchen direkten Aufrufes zur Bewaffnung, fordern wir vom Breslauer Polizeipräsidenten, daß mit aller Strenge daraufhin die Stl.-Leute hier in Breslau ähnlich wie in der Sonnaabend nacht nach Waffen durchsucht werden, und erwarten dann aber auch von den aburteilenden Behörden, daß Strafbestimmungen anders angewandt werden, als am Sonnaabend vor dem Zerstückelungsgericht.

Ausnahmezustand bei der Feuerweh

165 Anforderungen beim gestrigen Wolkenbruch

Der gegen 3 Uhr über Breslau herniedergehende wolkenbruchartige Gewitterregen, von dem insbesondere das Ostertor und Scheitniger Vorstadt betroffen wurden, hatte zahlreiche Alarme der Feuerweh zur Folge. Da sich die Anrufe um Hilfeleistung häuften, mußte der Ausnahmezustand angeordnet werden. Sämtliche Alarmfahrzeuge, bis auf zwei, die in Feueralarmbereitschaft blieben, alle Kelerfahrzeuge und Arbeitswagen, zum Teil auch die Krankenwagen, wurden eingesetzt, um den Anforderungen gerecht zu werden. Innerhalb kurzer Zeit liefen 140 mündliche und telefonische Meldungen und 25 Meldungen durch Feuermelder ein. In fast allen Fällen handelte es sich um überflutete Keller, an über hundert Stellen wurden die Keller mittels der Wasserkrähnpumpen ausgepumpt. Erst gegen 21 Uhr konnte der Ausnahmezustand aufgehoben werden. Die letzten Fahrzeugen rückten erst gegen 24 Uhr nachts ein. Es ist damit zu rechnen, daß auch am 18. Juli noch Hilfeleistungen bei Wasserschäden geleistet werden müssen.

Matthiasstraße 187 und Mauritiusstraße 16 hatte der Blitz in die Stredenausshalter der Straßenbahn eingeschlagen und diese zum Teil verschmort. In der Ober in der Nähe des Wappenhofes hatte der Blitz einen Klempnerlehrling getroffen, der unter einem Baume Schutz gesucht hatte. Dem Verunglückten, der Verletzungen am Kopf und an den Beinen davongetragen hatte, wurde die erste Hilfe durch den Oberrettungsdienst — Wache 1 — geleistet; sodann wurde er mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus gebracht. Im Grundstück

Fiedlerstraße 4 hatte das aus einem Kojett bringende Wägelchen eine Gipswand unterpült und zum Einstürzen gebracht. Die Kellerwohnung war gleichfalls vom Wasser überschwemmt worden.

Ing-Zusammenstoß auf dem Hauptbahnhof

Am Sonnaabend um 18.14 Uhr fuhr der an den Bahnhöfen vorziehende leere Personenzug 1332 auf den am Ostende des Bahnhöfes haltenden Leerzug 762 auf, wobei ein Personenwagen entgleiste und beide Lokomotiven sowie einzelne Wagen beschädigt wurden. Reisende haben keinen Schaden erlitten, dagegen sind zwei Beamte leicht verletzt worden. Der Materialschaden ist nicht erheblich. Drei Züge erlitten geringe Verzögerungen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Das Gleis war um 15 Uhr wieder fahrbar.

Mit der Schreckschusspistole verletzt

In der Nacht zu Sonna lag es in einem Lokal der Innenstadt zu einer Schlägerei unter mehreren Gästen, in deren Verlauf einer der Beteiligten einen Schreckschussrevolver zog und den Schneider Otto F. durch einen Schuß am Kopfe verletzte. Als die herbeigerufene Polizei erschien, hatte sich der Schütze inzwischen verflüchtigt.

Karten zur Kundgebung

am Diensta sind im Parteisekretariat zum Preise von 15 Pf. und bei den Gewerkschaften für Erwerbslose zu haben.

Frauenortrupp!

Alle Mitglieder des Frauenortrupps treffen sich am Diensta bereits um 19 Uhr pünktlich im Vorraum der Jahrhunderthalle zu einer wichtigen Vorbereitungsung.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Am Montag hören wir recht kritisch die „Mebericht“ mit dem Feuilletonredakteur der „Schlesischen Zeitung“ Dr. Adler. Am gleichen Tage beginnt um 17.50 Uhr eine Vortragsreihe „Schlesische Urkunden“ die uns absolut nicht interessiert und lediglich wieder einmal von der Eintausendigkeit der Sendeleitung Zeugnis ablegt. Die Hörfolge „Breslauer Jünge anno 1418“ erscheint hörensenswert.

Wasserstand

	16.7.	18.7.	16.7.	18.7.
Kattbör	0.90	1.29	Kantern (Unter-Regel)	1.60
Keife (Stadt)	0.44	0.31	Dyberhurl	0.97
Reißgrund (Unt.-Regel)	1.62	1.74	Abflusmenge (stündlich)	0.91
Brieg (Waffenbrun)	1.62	2.25	Fürtenberg vom 17. 7.	0.65
Treiben	0.98	1.14	Wasserwärme + 23,5	

Familien-Anzeigen

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Einäscherung meines lieben Mannes sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Mietern des Hauses Höfchenstraße 87, sowie allen Kollegen vom Bauergewerksbunde unseren innigsten Dank.

Milze Schöncich, geb. Kilkowski
6519 und Tochter Charlotte.

Danksagung!

Außerstande, jedem einzelnen zu danken für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen unsern Dank. Vor allem der Gemeinde Kleitendorf, den Kameraden vom Reichsbanner, der SPD, SAP und KPD.

Kleitendorf, den 18. Juli 1932
Im Namen der Hinterbliebenen:
Berta Tilke als Gattin

Ehepaar sucht Leierzimmer,

jedoch nicht über 20.— RM. monatlich. Off. mit Preisangabe unter B. 93 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung Furtstraße 4, erbeten. 2192

Heimarbeiter

zum Schnittbohrerabziehen gesucht. Meldung mit Ausweis 8 Uhr. Konjunkturfabrik Becker, Lange Gasse 22

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf. Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Druderei Volkswacht

Modernes, zweifach und leistungsfähiges alle Drucksachen preiswert und bei höchster Geizigkeit
Breslau 2, Furtstraße 4/6.

PLANWIRTSCHAFT

Dr. Kurt Mendelsohn:
Kapitalistisches
Wirtschaftschaos
oder sozialistische
Planwirtschaft
M. 0.75

Dr. Otto Frieder:
Der Weg
zur sozialistischen
Planwirtschaft
M. 0.75

Vorrätig in
Volkswacht - Buchhandlung
Breslau, Flurstraße 4.

PLANWIRTSCHAFT

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lernt die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verstanden wird

Die große Funkillustrierte für das schaffende Volk:

VOLKSFUNK
Reich illustrierter Textteil, mit großem Europaprogramm

VOLKSFUNK
Erscheint wöchentl., 48 Seiten stark, in Kupfertiefdruck

VOLKSFUNK
Einzelnummer 125 Pf./monatl. 96 Pf. einschließl. Bestellgeld

Bestellungen bei den Zeitungsträgern

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

<p>Fleisch- u. Wurstwaren</p> <p>Paul Merettig Matthiasstraße 148 Feinste Fleisch- und Wurstwaren</p> <p>Paul Berndt Weissenburger Straße 4 ff. Fleisch- und Wurstwaren</p> <p>Paul Kursawe Neudorfstr. 28 ff. Fleisch- und Wurstwaren</p>	<p>Fabrikanten und Reparaturen</p> <p>Fahrradhaus Gomolka Sonnenplatz Ecke Telegraphenstraße Fahrräder - Motorräder - Ersatzteile Reparaturwerkstatt</p> <p>Gaststätten u. Gasthöfe</p> <p>Gaststätte Hermann Kipke Familienlokal Frankfurter Straße 174</p>	<p>Metallbetstellen, Matratzen</p> <p>Reier & Olowinsky Furtstraße 10/11</p> <p>Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat Breslau, Flurstraße 4/6</p>	<p>Molkerei-Produkte</p> <p>Central-Dampfmolkerei Bettlern Hermann Walter Stadtgeschäft: Gabitzstraße 39 Dar-Neuerzeit-entsprechende, mustergült. Betriebs-einrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg.</p> <p>Druderei Volkswacht Nachführung aller Drucksachen Breslau 2 Flurstraße 4/6</p>
--	--	---	---

Breslauer Nachrichten

Wir schweigen nicht!

„Er (der Deutsche) hat keine blasse Ahnung, wie man das Volk belügen muß, wenn man Massenanhänger haben will. Das durch kluge Anwendung von Propaganda dem Volk selbst der Himmel vorgemacht werden kann und umgekehrt: das elendeste Leben als Paradies, das verhaßte Deutschland nicht.“

Sittler, „Mein Kampf“, Seite 202.

Diese Worte schrieb in ruhigerer Zeit, in stiller Abgeschlossenheit mit voller Ueberlegung, wie nun einmal ein christlich-tätiger Mensch an seinem grundsätzlichen Lebenswert arbeitet, Adolf Hitler, jener aus den tiefsten Niederungen der deutschen Politik emporgehobene Führer der deutschen Nationalsozialistischen Partei, einer Partei, deren Name bereits eine dreifache bewußte Lüge ist. Wie gesagt, nach reifer Ueberlegung und nicht im Wirbel eines wahnwitzigen Wahlkampfes oder in turbulent erregter Versammlung ist dieser Satz geprägt. Er mußte am Kopfe jeder nationalsozialistischen Zeitung, auf jedem Plakat dieser Partei stehen, er mußte in jeder ihrer Versammlungen auf weißlich sichtbaren Transparenten gezeigt und in jedem Straßen-Distrikklub in die Debatte geworfen werden.

Nach diesem in der gesamten deutschen politischen Geschichte noch heillosen programmatischen Satz würdigen und werten wir den Wahlkampf, wie er von dieser Seite geführt wird. Besonders hier bei uns, wo diese „goldenen“ Worte des obersten Führers besondere Beachtung gefunden zu haben scheinen. Leider, leider haben bei der geistigen Verfassung der Durchschnittsdeutschen Lügen sehr, sehr lange Beine und die Wahrheitschen scheint in diesen heißen Wahlkämpfen wie die Wasserseife abgelöst zu haben. Die tollsten Behauptungen von dieser Seite hingenommen wie Heilsparaphrasen eines Erlösers und so werden wir noch bevor dieser Wahlkampf zu Ende geht, erleben, daß selbst ein Baron von Gopen zum Marxisten und Sozialdemokraten gemacht werden wird.

Die tollsten Lügen und Behauptungen, die nun organisiert und systematisch von der Straßendiskussion bis zur Wahlversammlungsbrede bei den Nazis kolportiert werden, sind bester Beweis, daß man nun alles auf die eine Karte setzt: Ganz gleich wie wir zur Macht kommen und mit welchen Mitteln wir uns anhalten können. Diese Wahlen sind die entscheidendsten, die es in Deutschland geschlagen wurden. Es geht nicht mehr um übliche parlamentarische Kräfteverhältnisse, es geht um eine Entscheidung, wie wir sie in früheren revolutionären Epochen nur außerhalb des Parlaments ausgefochten haben. Sie ist eine Stimmenwahl für oder gegen den Bürgerkrieg.

Diese außerordentliche Situation zwingt uns zu außerordentlichen Anstrengungen. In diesen zwei Wochen wird dieser Wahlkampf noch gigantische Formen annehmen. In sorgfältigster Vorbereitung hat die Partei gerüstet, unsere Funktionäre sind bereits heute auf ihren Posten, die Parteimitgliedschaft ist aktiviert. Aber noch viele gibt es, in unseren Reihen für diesen Kampf zu mobilisieren. Die Partei fordert von jedem, der sich zu ihr bekennt, in diesen schweren Tagen ein Freiheitsopfer. Ein Opfer, das jeder selbst, und sei er noch so arm, bringen kann durch seine Mitarbeit.

Wer in diesen vierzehn Tagen sich passiv verhält, wem Badeleiden und Fensterliegestunden wichtiger sind, als Wahlhilfe, darf sich später einmal nicht beschweren, daß auch sein letztes Stück Freiheit geraubt worden ist. Wer glaubt, daß es auf ihn, auf den Einzelnen nicht ankommt, hat den Sinn des heutigen Kampfes noch nicht verstanden. Wer heute noch nörgelt und in der Vergangenheit Entschuldigung für gegenwärtiges Abseitsgehen sucht, verzichtet sich seine Zukunft. In diesem Kampf, der uns nach langem ermüdenden Stellungskrieg in engen Schützengräben der Politik hinaus zur Offensive ins freie Feldgelände führt, in diesem Kampf darf es keine behagliche Etappe und kein übriges „Heimatland“ geben. Wir treten alle heraus, heraus ins freie Kampfgebiet.

Waffen aller Art müssen abgeliefert werden

Wie aber sieht es mit der Bestrafung aus, wenn Nazis mit Waffen verhaftet werden
Eine sehr bezeichnende Verhandlung vor dem Bereitschaftsgericht
die ein geradezu vortrefflicher Hinweis zur Umgehung der ganzen polizeilichen Anordnung ist

Was einem passieren kann, wenn man SA-Mann ist, und der neuen Waffenablieferungsverordnung keine Folge leistet, ergab eine Verhandlung vor dem Bereitschaftsgericht, vor dem sich am Sonntag mittag jene 6 Nazis zu verantworten hatten, die in der vorhergehenden Nacht durchsucht und festgenommen worden waren.

Auf dem Tisch des Hauses lagen zwei Brownings, mehrere Rahmen dazugehörige Munition, ein Gummiknüppel, ein Gürtel, ein Schulterriemen und ein Fahrradschloß. Davor standen als Angeklagte der Student Lothar Koch, der Student Otto Hermanns, der Student Karl Theodor Bobbert, der Student Siwelking, ein auf den besonders arischen Namen hörender Gerhard Pluszyl und ein gewisser Max Richter. Die Bürschchen wurden vom Vorsitzenden nur als Herren bezeichnet (bei Proleten wird Angeklagte gelagt, während die Vernehmung der sieben als Zeugen geladenen Schutzpolizisten den Eindruck erweckte, als wären sie die Beschuldigten).

Den Beamten, die auf einem Uferwagen die Scheitniger Straße entlang fuhren, war von Straßenspassanten zugerufen worden, daß eine uniformierte SA-Horde im Vorbeigehen mit Schußwaffen gedroht habe. Das Auto der Polizei jagte der Horde nach und holte sie auf der Pfaffenstraße ein. Die Beamten haben schon von weitem, wie einer der Bürschchen mit einem Gummiknüppel herumfuchtelte. Der Führer des Ueberfallkommandos nahm mit seinen Beamten eine Durchsuchung vor, die obiges erbrachte. Da aber zunächst auf der Straße die Personalien nicht festgestellt werden konnten, sondern die ganze Horde auf das Auto verfrachtet wurde, blieb es auf der Wache unklar, welchen der Banditen die Schießwaffen abgenommen worden waren.

Bobbert gestand in der Verhandlung den Schulterriemen an. Er habe ihn in der Hand getragen, damit ihn Angreifer (!!) nicht daran festhalten konnten. Pluszyl gab den Gummiknüppel an. Die anderen beteuerten heldenhaft: „Bei mir ist nichts gefunden worden!“

Der Führer des Ueberfallkommandos hatte dagegen nichts zu sagen. Er wurde angebonnert, warum er die Zivilisten nicht festgestellt habe, die ihm von der bewaffneten drohenden Nazi-Horde Kenntnis gegeben hatten. Ein Richter braucht ja auch nicht zu wissen, wie schnell die Nazis verduftet wären, wenn sich die Polizei mit solchen nebensächlichen Feststellungen beschäftigt hätte. Der gleiche Beamte glaubte auch in dem Angeklagten Richter denjenigen wiederzuerkennen, dem er eine Pistole abgenommen hat. Ein weiterer Beamter sagte sogar mit Bestimmtheit:

Allgemeines Demonstrationsverbot

Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung soeben eine Verordnung erlassen, durch die Demonstrationen unter freiem Himmel allgemein untersagt werden.

Der Aufmarsch zur Kundgebung der Eisernen Front findet wegen des Demonstrationsverbotes nicht statt.

Hitlers Hauptwaffe in diesem Kampf ist nach seinen eigenen Worten die bewußte Lüge. Auf diesen Schelm setzt ein Sozialdemokrat nicht andertshalbe, er steht mit der Wahrheit. Sie brauchen wir nicht zu scheuen. Aber sie muß heraus und an die Wählermassen herangebracht werden. Parteipresse und Versammlungen erreichen nur einen Teil davon. Darum geht alle hinaus, haltet nicht das Maul und geht nicht erhaben lächelnd den Menschen vorbei, die irren reden. Fragt! Antwortet! Diskutiert! Auf der Straße, im Betrieb, an der Stempelstelle, an der Plakatsäule, beim Einkauf, beim Nachbar, bei Verwandten und Bekannten. Verteidigt Euch, stellt die Lügner und Verleumder.

Und vor allen Dingen reizt alle Lauen und Zagen mit euch. Macht ihnen begreiflich, worum es bei diesem Kampf geht. Vor dem 31. Juli kann alles mal getan werden, nach diesem letzten Julitage ist die Entscheidung gefallen. Ueber dich du Prolet, über dich du Arbeitsloser und Schaffender, und über dich Beamter und Kaufmann. Sorge durch deine Mitarbeit dafür, daß du einst nichts zu bereuen hast. Freiheit wird nur sehr, sehr schwer erzungen, sie kann aber über Nacht verloren gehen. Die Freiheitswahlen von 1932 müssen am ersten Augustmorgen ein festes Arbeitervolk vorfinden. Wenn du es mit all deiner Kraft willst. —ig.

heit aus, daß er aus Richters Hoientasche ein volles Magazin herausgeholt hat, was der Bürsche auch zugeben muß. Er weiß aber prompt nicht, wie dieses Patronenmagazin in seine Tasche gekommen ist. Als ein Offizier auf der Wache die Waffen entließ und mit der Pistole, in die Richters Rahmen pochte, nicht gleich fertig wurde, sprang Richter hinzu und klärte ihn gleich auf, wie diese Anarre zu entladen sei.

Dem Staatsanwalt schienen diese Angaben immerhin eindeutig genug, so daß er gegen Richter wegen unerlaubten Waffenbesitzes 50 Mark Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis beantragte und auch Pluszyl zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt wissen wollte. Aber der Richter, der sich damit begnügte, Herrn Richter eine Ehrenvorlesung zu halten, sprach alle diese Bürschchen frei, bis auf den „Germanen“ Pluszyl, den er wegen seines Gummiknüppels zu 5 Mark Geldstrafe verdoanerte.

Die Schloddrigkeit der Verhandlungsführung war grenzenlos. Einer der Beamten, der seinen Eid in nicht religiöser Form ablegte, erhielt von dem Richter prompt die religiöse Schlussformel des Eides vorgesagt und wenn etwa die Aufsichtsbehörde feststellen wollte, welcher Schutzpolizist eigentlich die zweite Waffe aus einer Nazitasche zutage gefördert hat, so wird sie in dem Verhandlungsprotokoll vergebens nach einer diesbezüglichen Feststellung suchen.

Der Referendar Schreiber, der im Auftrage des Rechtsanwaltes Rebihly die Bürschchen verteidigte, durfte ungerührt die Stichworte für den Angeklagten Richter vorlegen, als dieser eine kleine Moralpredigt des Vorsitzenden erhielt.

Aber auch die politische Polizei dürfte an dieser Art der Erledigung nicht ganz unschuldig sein. Bis jetzt galt immer die These, daß vor dem Bereitschaftsgericht nur Straftaten zur Verhandlung kommen, die sofort einwandfrei geklärt sind. Es wäre zweifellos feststellbar gewesen, wenn die Waffen abgenommen worden sind, wenn bestimmte Herren der Abteilung IA nur diese Feststellung hätten treffen wollen. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier aus ganz bestimmten Absichten eine nicht geklärt Sache vor das Bereitschaftsgericht gebracht wurde.

Solange sich die Staatsbehörden, die sich bemühen mit Verfügungen den Waffenbesitz und damit die Notwendigkeit einzuschränken, solche Richter und solche Ermittlungstätigkeit kriminalpolizeilicher Dienststellen gefallen lassen, werden die schönsten Anordnungen wirkungslos bleiben. Das höchste Grinsen der Bürschchen, die trotz ihrer schweren Bewaffnung einen regelrechten Freibrief ausgeübt erhielten, deutete an, wie sehr diese Bürschchen den neuesten Waffenabgabeerlass des Regierungspräsidenten befolgen werden. Der Verteidiger stieß nicht umsonst den Angeklagten Richter freudig mit dem Ellenbogen an, als der Richter den Freispruch verkündete.

Im Zusammenhang mit dieser die „Gerechtigkeit der Justiz“ wieder einmal voll charakterisierenden Verhandlung ist aber noch eine Frage an den Polizeipräsidenten notwendig. Als im März der Arbeiter Günther im Hause Uferstraße 32 niedergeschossen wurde, fand man zunächst keinen Täter und die politische Polizei fabrizierte unseres Wissens nach einem Studenten Max Richter, der als Schütze in Frage kommen sollte. Damals glaubten wir, den polizeilichen Ermittlungen nicht hinderlich sein zu dürfen, weshalb der Name des gesuchten Täters ungenannt blieb, weil die Polizei erklärte, nur durch Schweigen würde der Flüchtige am ehesten wieder zur Rückkehr veranlaßt werden. Nun stand wieder ein Max Richter, der sich allerdings als Ingenieur ausgab, wegen Waffenbesitzes vor den Schranken. Wir fragen an, Herr Polizeipräsident, war der Angeklagte Richter identisch mit dem Max Richter, den die Polizei als Schützen von der Uferstraße gesucht hat? Wenn ja, warum ist dieser Bürsche nun nicht wegen der Bluttat in der Uferstraße in Haft behalten worden, nachdem ihn ein Ueberfallkommando plötzlich so überraschend in der gleichen Scheitniger Gegend auffand, in der auch seinerzeit der Arbeiter Günther niedergeschossen wurde?

Und das für 3 1/3!

Felsfestes Vertrauen zu ihrer Zigarette haben jetzt die 3 1/3-Raucher.

Denn ihrer Sache nimmt sich nun die Bulgaria an. Das ist wahrhaft ein Treuhänder der Qualität, der sich stets bewährt hat.

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pfg.

mit Sport-Photos



Beschwerden gegen die Schleifische Funkstunde

Briefe unserer Leser an unsere Redaktion

Schon immer war ein Teil der an uns in Zuschriften und Briefen gerichteten Beschwerden an die Adresse der „Schleifischen Funkstunde“ gerichtet. Solche Mahnungen und Beschwerden waren für uns mit richtunggebend für die grundsätzliche Kritik, die wir an den Darbietungen der Funkstunde im Laufe der Jahre geübt haben. Noch zu keiner Zeit aber sind wir mit dergleichen Beschwerden überhäuft worden, als gerade jetzt nach der Rede des schleifischen Naziführers. Wir veröffentlichen in folgendem einige der Zuschriften:

Die lotterhafte Art und Weise

Nicht genug damit, daß uns die Leitung der Schleifischen Funkstunde in den letzten Monaten mit nationalsozialistischen Vorträgen überfüllt hat, so sieht sich auch die Redaktion der „Schleifischen Funkstunde“ (amtliches Organ der Breslauer Sende-Gesellschaft) veranlaßt, auch in Schrift und Bild Propaganda zu machen für die von der Naziregierung gehaltenen Stahlfeld- und Kazi-Organisation. Es stellt eine ungeheure Zumutung dar, derartige Bilder, im vorliegenden Fall Stahlfeldführer Selbte, den Arbeiterhörern in der Funkzeit zu zeigen zu erlauben. Auch möchte ich die lotterhafte Art und Weise wie sie bei einigen Anlagern zur Regel geworden ist, monieren. Als einer der Befangeten, der sich nicht an die Geleise des Anstandes hält, dürfte wohl Herr Reintze gelten. Die Intendanz der Schleifischen Funkstunde wird gut tun, dem betreffenden Herrn Anläges „Umgang mit Menschen“ zu empfehlen.

Offizielles Institut für Nazipropaganda

Als Leser unseres Blattes kann ich nicht umhin, an dieser Stelle meinem Ersauern öffentlich Ausdruck zu geben, daß der Rundfunk nun wohl doch ein offizielles Institut für nationalsozialistische Propaganda geworden ist. Zu dieser Auffassung mußte jeder kommen, der die unerschöpflichen Rundfunkredaktionen nationalsozialistischen Souletters Brüdner im Rundfunk zu hören das mehr als zweifelhafte Vergnügen hatte. Wer diese Rede, namentlich gegen ihr Ende hin, wo sie in Beschimpfung der Nazisten ihren Gipfelpunkt erreichte, hören mußte, hat sich gewiß die Frage vorgelegt, ob denn der politische Ueberwachungsanspruch bei unserem Rundfunk nicht schon ausgeschaltet sei. Hat sich aber auch gewiß gefragt, ob die Intendanz des Breslauer Rundfunks jeden Einfluß im eigenen Institut verlor habe. Die Rede Brüdners war eine einseitige Propaganda und beide Einrichtungen, der politische Ueberwachungsanspruch wie auch die Intendanz hätten unter keinen Umständen dieser Rede durch den Rundfunk Verbreitung zugehen dürfen. Die Rundfunkleitung wird sich zu überlegen haben, ob sie in diesem Sinne ihre Regie weiter fortzuführen gedenkt.

Bezahlen so die Arbeiter

größtenteils den Rundfunk

Für den kräftigen Ton, den ihr gegenüber dem Schleifischen Rundfunk endlich in den letzten Tagen angeschlagen habt, sage ich euch — der besten Dank. So war es richtig! Ich verleihe einfach nicht mehr, wie wir es uns noch bieten lassen können, daß der Nationalsozialist Brüdner, dessen hanebüchene Ausdrucksweise ja die Herrschaften vom Rundfunk aus seinen Veranlassungen kennen dürften, vor dem Mikrophon stehen wurde. Schließlich bezahlen ja die Arbeiter. Ich würde größtenteils den Rundfunk und schließlich wird Herr Brüdner und alle seine Leute hauptsächlich von unserer Gelder ausgehalten. Wir müssen härtesten Protest dagegen erheben, daß man sich in den letzten Wochen so unheimlich nationalsozialistisch gebärdet. Schon der musikalische Teil des Rundfunks zeigt diesen eindeutigen faschistischen Charakter. Jetzt scheint es überhaupt nur noch Militärmärsche und Choräle zu geben. Ein Arbeiterkind habe ich bis heute im Rundfunk überhaupt noch nicht gehört. Mit dem Sport ist das auch so eine Sache. Der Arbeiterpart steht an letzter Stelle, während neulich ein Herr vom Stahlhelm vom sogenannten Wehrsport, eine Angelegenheit, die sich offensichtlich gegen uns Arbeiter richtet, sprechen durfte.

Die Ohlauer Vorgänge waren die Antwort

Als alter Parteigenosse und Funktionär, als der ich Ihnen ja bekannt sein dürfte, muß ich Ihnen gegenüber einmal meinen Ärger über die Unerschöpflichkeiten des Nazi-Brüdners, der vorgestern, Sonnabend-Nachmittag, im Rundfunk sprach, zum Ausdruck bringen. Die Ohlauer Vorgänge am Sonntag darauf waren die Antwort auf die Bürgerkriegsbegeisterung des Nazi-Brüdners. Es ist ein Skandal, daß der Rundfunk es wagt, öffentlich jetzt die nationalsozialistischen braunen Horzen auf uns Arbeiter aufzuführen zu lassen. Denn wenn man uns Arbeiter und unsere Führer „Volkverderber“ nennt, dann ist für dieses Unternehmen das Signal gegeben: mit Knütteln und Revolvern gegen uns vorzugehen. Ich wäre dafür, daß alle schleifischen Rundfunkhörer, die dem Arbeiterhande angehören, geschlossen der Post am nächsten Morgen die Zeitung perweigern, wenn nicht endlich darauf gedrückt wird, daß solche Bürgerkriegsbegeisterung wie Brüdners das Sendehaus nicht mehr betreten dürfen.

meine Empörung über die Nazifreudigkeit

Als Ränderiger Hörer des Breslauer Rundfunks möchte ich Ihnen doch einmal meine Empörung über die Nazifreudigkeit zum Ausdruck bringen, die sich unter dem Schutze der Überredung die Hörer zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiterhande erlauben dürfen. Früher hat die „Volkswacht“ manchmal den Schleifischen Rundfunk als fortgeschritten und arbeitserfreundlich gekennzeichnet. Ich kann nur hoffen, daß alle die einmaligen Redaktionen im Rundfunk hatten, jetzt endlich dessen kuriert sind. Können die Nazifreudigkeit ihre Köpfe gegen unsere Genossen abschlagen können, ohne daß ihnen die Staatsgewalt dabei in den Arm fiel, hat sich die Breslauer Rundfunkleitung in widerlicher Form den Herren vom dritten Reich mit Haut und Haaren verschrieben. Die feinen Herren in Hartlieb sollen aber wissen, daß wir nicht nur Resolutionen gegen den Rundfunk annehmen, sondern auch tatsächlich anderen Rundfunk Lindigen können, denn wir wollen uns nicht weiter beschimpfen lassen und können unsere Ränder nicht der systematischen Verhetzung, Verbannung und Verhinderung ausliefern. Darum: Freiheit!

nicht im Interesse des Staates

Als aufmerksame Leserin ihres Blattes habe ich das Bedürfnis, Ihnen heute folgendes zu schreiben: Ich gebore keine Partei an, bin eine alte, blühende Frau und habe bisher in meinen Ruhejahren mit großem Genusse die Sendungen des Breslauer Rundfunks aufgenommen. Einen großen Reiz in meine Aufnahmefähigkeit brachte jedoch die Rede über Nationalsozialismus, Herrn Brüdner, der in das Unheimliche, das andere Volksteile verführte. Ich möchte hier, um meine Reden zu bringen, daß solche Sendungen sicher nicht im Interesse des Staates liegen und geeignet sind, die Freiheit des Staates zu gefährden.

bruch zu tun. Sollte die Rundfunkleitung beabsichtigen, Dinge dieser Art weiter anzulassen, dann würde auch ich mit Überlegen, ob ich weiter Hörerin des Rundfunks bleibe. Ich bitte Sie sehr, diese meine Meinung der Breslauer Rundfunkleitung auf einem ihnen genehmen Wege zur Kenntnis zu bringen.

wie wollen nicht solche häßliche Schimpferien

Als freigewerkschaftlich organisierter Angestellter gestatte ich mir, Ihnen meine Zustimmung auszudrücken für Ihre energische Stellungnahme gegenüber den Uebergriffen der Sendeleitung der Schleifischen Funkstunde. Ich bin zwar regelmäßiger Leser der „Volkswacht“ und, wie schon gesagt, freigewerkschaftlich organisiert, habe aber bisher aus bestimmten Gründen mich noch nicht dazu entschließen können, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten. Trotzdem möchte ich einmal aus meiner Zurückgezogenheit heraustreten und Ihnen einmal meine Meinung zum Rundfunk kundtun. Mit schweren Opfern ist es uns Angekommen, die wir ja ganz besonders unter der Krise zu leiden haben, nur noch möglich, den Rundfunk zu bezahlen. Wir wollen Entspannung vom Kampf ums tägliche Brot und nebenbei musikalischen Veranstaltungen auch einmal etwas belehrendes hören. Wir wollen aber nicht solche häßliche Schimpferien, wie sie der nationalsozialistische Gauleiter Brüdner am Sonnabend gegen uns alle, die wir nicht seiner Meinung sind, erhoben hat, dargeboten erhalten. Ich wäre Ihnen zu großem Dank verpflichtet, wenn Sie in diesem Sinne Ihren Einfluß bei den Herren des Schleifischen Rundfunks geltend machen könnten.

heut geradezu zum Krieg mit Polen

Ich stelle neulich in meinem Schrebergarten den Rundfunkapparat an und glaube, irgend eine musikalische Darbietung empfangen zu können. Sieh da: eine rauhe Stimme heult geradezu zum Kriege mit Polen. Ich höre weiter zu und vernehme Angriffe gegen die Genossen, die bei uns in Preußen die Regierung führen und daneben die üblichen gemeinen nationalsozialistischen Frechheiten gegen unsere Führer. Das war aber noch gar nichts gegen Kazi-Brüdner: Ihr hättet noch viel härter gegen solche Unflätigkeiten Stellung nehmen sollen. Wenn ich mich auf die Straße stelle und andere Leute „Volksergötter“ nenne, dann kommt der Schupo und steckt mich wegen Aufreizung zum Klassenhass ein. Aber Herr Brüdner, der darf vor dem Mikrophon so etwas tun. So eine Unverschämtheit müssen wir uns bieten lassen, und keiner von den Herren im Rundfunk denkt daran, auf die Arbeiterhand, die — organisiert — eine gewaltige Waffe im Kampf um die Republik ist, Rücksicht zu nehmen.

muß mich als Vaterlandsverräter beschimpfen lassen

Eben lese ich in der „Volkswacht“ einen Ausruf unseres verehrten Genossen Severing, der zur Besonnenheit mahnt. Die ersten Sätze lauten: „Von Tag zu Tag werden die politischen Leidenschaften wilder aufgeheizt. Immer härter übermühen Verhetzung und wilder Fah die Besonnenheit und Vernunft und lassen vergehen, daß auch der politische Gegner Volksgenosse und gleichberechtigter Staatsbürger ist.“ Das ist uns Arbeitern direkt aus der Seele gesprochen. Severing hat, wie immer, das richtige getroffen. Aber was soll schließlich unser Genosse Severing machen, wenn die amtlichen Stellen im Lande in der Weise gegen den Geist solcher Mahnreden verstoßen, wie es der Rundfunk am vergangenen Sonnabend getan hat. Der Gauleiter der Nationalsozialisten, der allen Arbeitern latjam bekannte Brüdner, durfte in überster Weise uns ungeprüft beschimpfen. Ich habe von 1914 bis 1918 im Felde gestanden und bin zweimal verwundet worden und muß mir nun von einem Kerl, wie diesem Brüdner, sagen lassen, daß ich als Nazi nicht national empfinden kann, und muß mich geradezu als Vaterlandsverräter beschimpfen lassen. Wenn so etwas in der deutschen Republik geschieht und amtliche Stellen den Rundfunk so solchen Gemeinheiten freispielen, dann ist das zum Himmel! Wir aber werden den Herren aus Kriestern schon zeigen, was sie sind, wenn wir einfach einmal auf den Gedanken kommen, den Rundfunk abzubestellen.

Ausstellung im Schleifischen Museum der bildende Künste

Im Jahre 1913 hat Oskar Kokoschka die erschütternde Lithographienfolge, benannt nach der Wachtel, „O Ewigkeit“ und „Donnerstag“ erscheinen lassen, die augenblicklich vollständig im Museum zu sehen ist. Die Blätter sind heute so neu wie ehedem. Das Aufwühlende, das Wunder des kosmischen Erlebnisses, die menschliche Einmaligkeit des Menschen in der Welt, Rätsel und Schmerz des Ist-Seins und des Da-Seins hat gewaltig in diesen Bildern zu einer Gestaltung gefunden, die nichts zu tun hat mit einer üblichen Erläuterung des Wahlichen Wertes. Schwebende Gestaltungen, die aus der eigenen malerischen Vision des Künstlers hervorgehen. Das auch sonst dem Künstler aus dem Munde ein ganz anderer Sinn empfindet als der gemeint, zeigen die Stihos zu Karl Kraus' „Chinesische Mauer“. Auch hier freie Variationen, Klänge. Es ist etwas wie die innere Geste eine Wortreihe, einer Gedankenfolge, eines Empfindungsangeschlusses, die Kokoschka anspielt, der selbst auch dichterisch vom Bewußtsein der inneren Gehalte Zeugnis ablegt. Dabei begleitet er seine eigenen Sprachgestaltungen mit ebenso freischwebenden Illustrationen. Das Museum zeigt von seinen Rundveröffentlichungen die Dichtungen „Die träumenden Knaben“ und „Der gestiefelte Kolumbus“. Hofft bedenklich hat Kokoschka Platte, das heißt von 1908, frisch restauriert und geteilt, andere in anstrahlender farbiger Strichführung. Scheinbar improvisierend hingeworfen. Sie zeigen von der malerischen Fülle, die dieser große Künstler in der herrlichen Folge seinem Gemälde überaus offenkundig. Einen Hauptbestandteil in Kokoschkas graphischem Werk bilden die ganz farbige lithographierten Vorträge nur eine bestimmte Farbe ist dann jeweils angewandt. Hell, nichtig erfüllt der Künstler den Menschen in seiner geistigen Substanz, gibt metaphorische Deutung. Die Worte dieser schöpferischen Grundhaltung wird man nicht zum Nachdenken machen dürfen für die Leistungen anderer, die in dem Künstlerlichen Werden zu ihm in Beziehung treten. Neulich Karl Groß und Hans Meyboden waren in Dresden keine Schüler, Kokoschka lehrte 1920-1921 an der dortigen Akademie. Von beiden zeigt das Museum Arbeiten, vornehmlich aus den letzten Jahren. Groß, der jetzt in Kiel lebt, hat Sampson illustriert. In den Holzschnitten zu Hans-Jans Land-

Sozialdemokratische Partei
 Geschäftsstelle: Dörschke 107-170
 Telefon Nummern 500 60-50 64
 Offener auch Sonnabend von 8-1 und 4-5 Uhr

- Abteilung 1 (Hühnersh.) Dienstag, 19.30 Uhr, müssen alle Distrikts- und Stützpunktleiter im Vorraum der Jahrhunderthalle sein.
- Abteilung 2 (Schelling). Am Mittwoch, 20. Juli, 10.30 Uhr, findet bei Frau Gutierrez eine Frauenaugen- und Herberbeziehung statt.
- Abteilung 3 (Bismarck). Am Donnerstag, 21. Juli, 10.30 Uhr, findet bei Frau Gutierrez eine Frauenaugen- und Herberbeziehung statt.
- Abteilung 4 (Schilling). Am Freitag, 22. Juli, 10.30 Uhr, findet bei Frau Gutierrez eine Frauenaugen- und Herberbeziehung statt.
- Abteilung 5 (Gröbchen). Am Samstag, 23. Juli, 10.30 Uhr, findet bei Frau Gutierrez eine Frauenaugen- und Herberbeziehung statt.
- Abteilung 6 (Strehlener Tor). Am Sonntag, 24. Juli, 10.30 Uhr, findet bei Frau Gutierrez eine Frauenaugen- und Herberbeziehung statt.

Sozialistische Arbeiterjugend
 Sitzung, alle Mitglieder! Dienstag, 19.30 Uhr, im Garten des Gewerkschaftshauses. Thema: „Die Jugendbewegung in der Jahrhunderthalle.“

Freigewerkschaftlicher Jugendklub
 Sämtliche Jugendgruppen der Gewerkschaften betreffen sich morgen abends im Jahrmarkt der „Jungen Front“ zur Kundgebung der Eltern. Beginn um 18.30 Uhr. In der Halle der Jahrhunderthalle. Eintritt frei. Der Gewinnung des uns nach fernstehenden arbeitenden Jugend in Richtung.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslauer
 Abteilungen (Schelling). Montag, 20. Juli, 10.30 Uhr, müssen alle Mitglieder im Vorraum der Jahrhunderthalle sein. Thema: „Die Jugendbewegung in der Jahrhunderthalle.“

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
 Sitzung, alle Mitglieder! Dienstag, 19.30 Uhr, im Garten des Gewerkschaftshauses. Thema: „Die Jugendbewegung in der Jahrhunderthalle.“

Freiereichern erscheint er am kräftigsten, ohne den dekorativen Phantasien Einschlag anderer, insbesondere der farbigen Arbeiten. Auch das Raffel „Sackbrüde“ greift Wirkliches auf. In einer Monotonie ist die Form am bestimmtesten mit moderner Realität im Einklang. Meybodens Graphit enthält Stimmungen, die an Münch, auch an Nolde denken lassen. Im Inhalt spielt Davos hinein. Eine gewisse skeptische Weltanfang wird spürbar. Unter den Landschaften fällt eine Landschaftsbildung besonders auf, überzeugend in der herben Einfachheit des Erlebens. Sie kennzeichnet mit ihrer Behaltlichkeit, fast Fremdbheit, einen entscheidenden Zug im Wesen des Künstlers, der auch aus einigen anderen Schweizer Landschaften und vor allem aus den Radierungen mit ihren symbolischen und Bildnis-Motiven spricht. Im Farblich seiner Pastelle und Aquarelle zeigt sich bei Meyboden die Berührung mit Kokoschka, er braucht die Farbe aber gebämpfter, schwerer. Mehr erregt ihn Kokoschkas Farbige Zeit ist auch was, wie schon gesagt wurde, bis zu dekorativer Phantastik hin, während Meyboden dem Meister in denklicher Vertiefung selbständig nachsteuert.

Silberhochzeit feiert heute der Genosse Ernst Rindler, Berliner Straße 74 und seine Ehefrau Emma, geb. Stricker. R. ist langjähriges Parteimitglied und Gewerkschaftsmitglied und langjähriger Leser der „Volkswacht“. Wir gratulieren!

In den beiden Kaminen der Herberbrüder werden zurzeit Plaster- und Glasarbeiten ausgeführt. Am die engültige Befestigung der Strohdecks herbeigeführt. Beim Bau der Herberbrüder mußte feinstgerichtet der bloße Zementverputz des Grobplasters an den beiden Herberbrüder der Länge nach unterbrochen, weil hier wegen der unermesslichen Schwingen der Hinterfüllung der Herberbrüder der Jugendverputz in kurzer Zeit zerbröckelt worden wäre. Das Grobplaster ist daher hier unterbrochen eingebaut worden. Nachdem die Schwingen, die im ganzen eine Tiefe von 20 Zentimeter erreicht hatten, im wesentlichen zur Ruhe gekommen sind, werden der engültigen Herstellung des Plasters jetzt keine Bedenken entgegen.

Dhlau-Prozess kommt nicht vor Schnellgericht

Wie die Justizpressestelle mitteilt, wird das Verfahren wegen der Dhlauer Vorgänge nicht vor dem Schnellgericht, sondern vor der Brieger Großen Staffammer verhandelt werden, da das nach der neuesten Notverordnung für Schnellgerichtsverfahren allein in Frage kommende einfache Schöffengericht für einzelne zur Anklage kommende Straftaten nicht zuständig sei. Durch Beistellung von Hilfskräften bei der Staatsanwaltschaft und beim Landgericht in Brieg soll das Verfahren trotzdem nach Möglichkeit beschleunigt werden. Anklage wird nach einer Meldung des Wollfischen Landesdienstes etwa gegen 30 bis 35 Personen erhoben werden.

Die „Schlesische Zeitung“ führt sich am Sonnabend aus Anlaß dieser Meldung wiederum bemüht, ihre Dhlau-Heke in bewährter Form weiterzutreiben, wobei sie sich natürlich über alles aufregt, was nicht in ihr Konzept vom Roten Terror paßt.

Ganz besonders böse ist sie über den Bericht des „Berliner Tageblatts“, verschweigt dabei jedoch sorgsam, daß der Sonderkorrespondent dieses wohlgerichtet bürgerlichen Blattes in Dhlau auf Nazi-Denunziationen in unqualifizierbarer Weise in seiner Arbeit gehindert wurde. Obwohl Herr Wolf, der Chefredakteur der „Schlesischen“, seit Tagen gegen unsere angeblich unsachliche Berichterstattung zetzt, bringt er es fertig, von „angeblich irgendwann getöteten Reichsbannerleuten“ zu schreiben, die auf dem Platz der Eisernen Front bildlich dargestellt wurden. Für die „Schlesische“ sind tote Proletarier eben nur „angeblich“ tot; beklagenswert sind nur die Naziofizer der Bürgerkriegsperiode, die mit der Wiederzulassung der Hitlerischen Privatarmee eingeleitet hat. Ein Kommentar zu verärgertem Gefühlszustand erübrigt sich; zumal das gleiche Blatt sich im gleichen Zusammenhang noch auf die Seite der bekannten ekelhaften Schlafzimmervorleumdungen des „Angriff“ stellt.

Waffen anmelden!

Eine Verordnung des Regierungspräsidenten

Der Regierungspräsident in Breslau hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund des § 1, Abs. 1, Kap. 1 Achter Teil der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 in Verbindung mit § 58 des Polizeiverordnungsgesetzes vom 1. Juni 1931 wird für den Bereich des Regierungsbezirks Breslau folgende polizeiliche Anordnung erlassen:

- § 1. Schusswaffen und Munition, die den Vorschriften des Gesetzes über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 sowie Hand- und Stoßwaffen, die den Bestimmungen des Gesetzes gegen Waffennachdruck vom 28. März 1931 unterliegen, sind bis zum 21. d. M. bei der Ortspolizeibehörde anzumelden.
 - § 2. Wer die angeordnete Anmeldung vorsätzlich unterläßt, oder wer im Besitz von Gegenständen betroffen wird, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie der Anmeldung entzogen sind, wird nach Maßgabe des § 1, Absatz 3, Kap. 1 des Achten Teiles der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.
- Wer die Tat fahrlässig begeht, wird nach der angegebenen Gesetzesvorschrift mit Geldstrafe bestraft. Neben der Strafe können die Gegenstände eingezogen werden, auch wenn sie nicht dem Täter gehören.

losen aus unmittelbarer Nähe mehrere Schüsse ab. Der Führer des Nazikraftwagens wurde von der Polizei ermittelt.

Vollziehungsbeamter mißhandelt

Als der Kreisvollziehungsbeamte P. in Wollsdorf, Kreis Goldberg, rückständige Gemeindefeuern eintreiben wollte, wurde er von verschiedenen Seiten bedroht, verfolgt und mit Steinen beworfen. Dabei stürzte er über einen Drahtzaun, worauf ihn der Gutsbesitzer L. einholte und mit Faustschlägen bearbeitete. Die Vorfälle beschäftigen bereits die Staatsanwaltschaft.

Der nasse Tod

In Naumburg am Biber ertrank beim Baden der Polizeibeamte Langer im Biber. Obwohl man den Untervorgeschrittenen Wiederbelebungsvorkehrungen erfolglos, Herzschwäche vorgenommenen Wiederbelebungsvorkehrungen erfolglos, Herzschwäche hatte den Tod des 36jährigen verheirateten Beamten herbeigeführt.

Lebensmüde Jugend

In Hartelangen vorwerk, Kr. Löwenberg, erschog sich der 16jährige Kupala mit einem Revolver. Nach einem bei ihm gefundenen Zettel hat er die Tat verübt, weil ihn seine Mutter in das Elisabethstift in Zannowitz eingeliefert hatte.

Fallenberg. Bei der Überaktion eines Kohlenstoffs sollte der Arbeiter Zandroschel auf dem Halle des Tieres knien. Das Kohlenstück überdeckte ihn aber plötzlich weg und Z. fiel so unglücklich gegen einen Eisenposten, daß er besinnungslos liegen blieb. Mit einem lebensgefährlichen Schädelbruch wurde er in das Krankenhaus gebracht.

Katibor. Wilderer gegen Förster. Die wegen Totschlags an dem Förster Biolla in Gregorsdorf verhafteten Arbeiter Grocholl und Wochnik haben nunmehr eingestanden, den Förster, als er sie beim Wildern ertappte, im Streit erschlagen zu haben.

Erwerbslose protestieren gegen die Hungerdiktatur

Bereits am 24. Juli werden die aus dem Bündnis Hitlers mit der aufgebelebten Reichsregierung Papen-Schleicher entstandenen Maßnahmen gegen die Erwerbslosen — d. h. die erheblichen Kürzungen der bisher schon niedrigen Unterstützungssätze in Kraft treten. Der in sämtlichen Gemeinden anläßliche Erwerbslose war, vergleichsweise genommen, obwohl zu gleichen Leistungen gegenüber der Versicherung herangezogen, bisher schon schlechter gestellt. Die SPD. hatte daher dieser Tage die Erwerbslosen der Kreise Breslau und Neumarkt zusammengerufen, um sie über die neuen Maßnahmen der Regierung aufzuklären.

In Breslau

Überaus zahlreich folgten die Erwerbslosen des Landkreises Breslau dem Ruf und fanden sich am Donnerstag vormittag im großen Saal des Breslauer Gewerkschaftshauses ein. In dieser Versammlung informierte in knapper sachlicher Art Genosse Schiffer die Erwerbslosen über die unsozialen Möglichkeiten, die sich in den sachlich beeinflussten Landgemeinden gegenüber den Erwerbslosen ergeben. Zuerst bis zu 50 Prozent des bisherigen Unterstützungsbetrags gehende Kürzung. Dann der Wegfall der Hauszinssteuerermäßigung, die von vornherein mit größtem Mißtrauen aufzunehmende Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung und vor allem, Neueinführung der recht fragwürdigen Formel von der Leistungsfähigkeit der Gemeinden, welche in jedem Fall, und da die meisten Gemeindevorsteher und Vertretungen mehr oder weniger vom Hitlergeist bezieht, eine nochmalige Herabsetzung der notwendigen Unterstützungssätze bedeuten. Genosse Schiffer konnte seine Ausführungen mit der Feststellung beenden: Derartige soziale Brutaltaten gegen die hungernden Volksmassen waren in jener Zeit unmöglich, als noch Sozialdemokraten Mitglieder der Reichsregierung waren.

In Neumarkt

Am Freitag eine ebenfalls von der SPD. einberufene Versammlung der Erwerbslosen statt und auch diese sehr stark besuchte Versammlung stand unter der gleichen Parole: „Kampf der Hitler-Hunger-Regierung.“

Auch hier fand Genosse Schiffer mit seiner treffenden Zeichnung des kommenden, von Hitler über die Barone diktierten Hungers höchsten Beifall. Zugleich wurde aber diese Versammlung eine Abrechnung mit den Nazilligen über die Vorfälle in Radküh und Kantz, wozu bemerkenswerterweise die Druderschwärze der Neumarkter Zeitung herhalten mußte.

In beiden Versammlungen wurde in voller Einmütigkeit folgende Entschlieung angenommen:

Die am 14. und 15. Juli versammelten Erwerbslosen der Landkreise Breslau und Neumarkt protestieren auf das Entschiedenste gegen den ungeheuren Abbau aller Sozialleistungen, insbesondere der Arbeitslosenunterstützungen.

Die davon Betroffenen werden zu einer Verleumdung geführt, die alles bisher Dagewesene übersteigt. Insbesondere herrscht ungeheure Empörung über die Hitlerpartei, die diese Zustände in erster Linie herbeigeführt hat und jetzt dafür die Arbeiter mit „blauen Wohnen“ füttert.

Die Blutschuld der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiterpartei“ schreit zum Himmel. Die Versammelten geloben, unermüdet zu kämpfen an der Niedertrügung der braunen Mordpest, für ein freies Deutschland, für die Rechte der Arbeiterklasse.

In Kantz

werden nur Arbeiter verhaftet

Eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet die Kantzer Polizei seit dem 10. Juli, dem Tage des feigen Nazi-Mordfalls auf demonstrierenden Arbeiter. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht ahnungslos und zum Teil an den Vorfällen völlig unbeteiligte Proletarier von der Straße weg festgenommen werden. In der Kantzer Bevölkerung fällt dabei allgemein auf, daß die bisher Verhafteten alles Leute sind, die sich gelegentlich einmal bei der Polizei unbeliebt gemacht haben. Den meisten Drohungen der Nazis, „die roten“, das heißt die einzelnen Funktionäre der SPD. und der KPD., aus den Betten zu holen“, schenkt man, obwohl derartige Verjüngere bereits erfolgt sind, seltener Weise keine Beachtung.

Aus dem Schnellzug gestürzt

Am Sonnabend abend stürzte bei Brzdau des 15. Jahres alte Fräulein Goll aus Cofel D.S. aus dem Doppelten Schnellzug. Sie wurde von dem Zug eine Strecke mitgerissen und erlitt schwere Verletzungen, die ihren Tod auf der Stelle herbeiführten.

Nach Angaben von Augenzeugen hat Fräulein Goll an der Gengtür eines D-Zugwagens gestand. Infolge des Scheiterns

in der Kurve an der Brodauer Eisenbahnbrücke drückte sie mit dem Ellbogen durch das Fenster und griff dann im Schreck nach einem Stützpunkt suchend an die Türkante, so daß die Wagentür aufging und Fräulein Goll aus dem Wagen stürzte. In der bei der Leiche aufgefundenen Handtasche befand sich ein größerer Geldbetrag und eine Fahrkarte von Katibor nach Górlitz.

Nippren. Auf dem Viehtransport der Stieblungs-gesellschaft von Ninklau nach Nippren ging ein Bulle verloren. Er wurde am nächste Tage von einem jungen Manne eingefangen und abgeteiert.

Ins. Verloren. Zwischen Ins und Böhmitz a. S. M. am Sonnabend zwischen 11 und 12 Uhr eine blaue Strickjacke verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Jacke auf der Redaktion der „Volkswacht“ abzugeben.

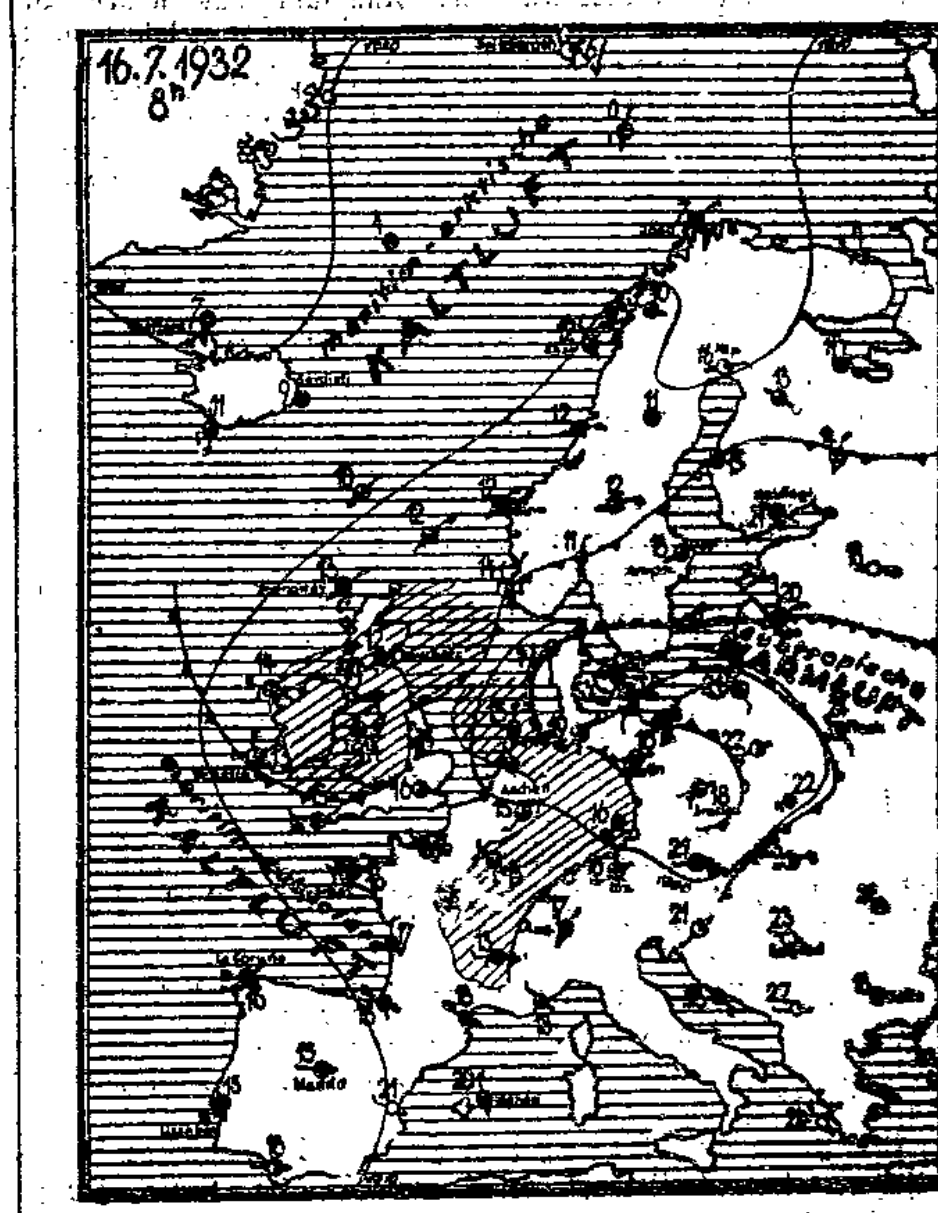
Kranzig. Erfolgreiche Versammlung. Von der Ortsgruppe Klein Heibau wurde hier in der vergangenen Woche eine Mitgliederversammlung der SPD. einberufen, die auch von auswärtigen Parteigenossen gut besucht war. Nach einem beifälligen aufgenommenen Referat des Genossen Schiffer wurde die Veranstaltung mit einem kräftigen „Freiheit“ geschlossen.

Sozialdemokratische Partei
 Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
 Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenbau (Neubau), Zimmer 176-177
 Telefon 49066, 49061
 Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-12 u. 14-18 Uhr

Ernst Heilmann
 und ein Opfer des Kantzer Fahstistenüberfalls
 werden am Dienstag in der großen Kundgebung in der Jahshunderthalle zu den Massen sprechen. Ein Fernandeter, Opfer der fahstistischen Mörderhand, wird den Feuerüberfall in Kantz schildern. Wir bitten daher die republikanische Bevölkerung des Landkreises Breslau, zahlreich an der Kundgebung teilzunehmen.
 Unterbezirkssekretariat.

- Beranstellungen der Eisernen Front**
- Kantz. Dienstag, den 19. Juli, 20 Uhr, im Lokal „Zur Provinz“. Öffentliche Kundgebung der Eisernen Front. Redner: Dr. Stammer.
 - Saabor. Dienstag, den 19. Juli, bei Pöhl in Groß-Saabor. Öffentliche Kundgebung. Redner: Genosse Dr. A. Sz. n. Steine.
 - Katibor. Mittwoch, den 20. Juli, Treffpunkt 19 Uhr am Jugendheim zur Aufsahrt Reppine-Tschaukelwitz.
 - Leipe-Petersdorf. Mittwoch, den 20. Juli, 20 Uhr, im Lokal Treelod. Öffentliche Kundgebung der Eisernen Front. Redner: Reichstagskandidat Genosse Dr. Stammer.
 - Schositz. Mittwoch, den 20. Juli, bei Zeltich. Öffentliche Kundgebung der Eisernen Front. Redner: Genosse Fränkel.

Achtung! Quartalsabrechnung!
 Bisher fehlen noch eine ganze Reihe von Ortsgruppen in den drei Kreisen Breslau-Neumarkt-Nimptsch, die die Quartalsabrechnungen noch nicht eingeleistet haben. Wir ersuchen dringend, dieselben unverzüglich nach dem Sekretariat zu bringen.



Antifler Wetterdienst
 des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kristern
 (Nachdruck und alle Quotensangaben verboten)

In den vergangenen 24 Stunden ist es in Schölen zu verhältnismäßigem Gemitteln mit zum Teil wolkenbruchartigen Regenfällen gekommen. Die sehr unabhängige, bis weiter langsam abkühlende Witterung dauert fort, da nurmehr lokale Luftmassen in breitem Strom aus England und West-Skandinavien in Mitteleuropa einzuweichen beginnen.

Wichtiges für die öffentliche Fischerei und Fischzucht:
 Bei westlichen Winden nachfolde, meist stärkere Bewölkung, Regen und Gewittergefahr, weitere Abkühlung.

Wichtiges für die öffentliche Fischerei:
 Bei auffrischenden westlichen Winden vorwiegend neblig-trübendes Wetter, Regen und Gewittergefahr, weiterer Temperaturrückgang.

Sonnenaufgang: 3.58 Uhr, Sonnenuntergang: 20.13 Uhr.

Geschäftliches

Die Mechanische Weberei G. m. b. H. in Breslau hat seit dem 1. Juli eine neue Weberei in Breslau, Hauptstraße 7, eine Niederlage eröffnet. In aufsehenswerter Weise bringt diese Firma Waren eigener Weberei direkt an den Verbraucher. sowie Waren fremder Herstellung durch Großhandel zu sehr günstigen Preisen. Auf Wunsch sind die Waren ausgeliefert. Das Verkaufsprogramm der Firma enthält eine vollständige Beschreibung der Weberei. Jeder ist es für sich selbst, nach Einkauf, von Textilwaren herzustellen, was diese Firma bietet.

! Vergesst nicht, für eure Partei und für eure Presse zu werden !

Blüten des privatkapitalistischen Systems

Hitlers Leibanwälte verteidigen Konzernspekulanten

Von Kurt Heintz

Sie haben alle wie die Maden im Speck gelebt — die heute vor dem Staatsanwalt stehen oder nächstens sich vor ihm verantworten, müssen.

Da sind die beiden Generaldirektoren der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, die Herren Dr. Fischer und Dr. Krone. Sie stehen jetzt vor der Strafkammer in Dortmund.

Sie hatten jeder 24 000 Mark Gehalt, dazu vom Bruttogewinn 105 000 und 131 000 RM. Lantieme. Sie liquidierten für eine Amerikareise 43 000 RM., sie bauten sich auf Kosten ihres Unternehmens Häuser ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten. Dr. Krone's Hausbaukosten betrug zuletzt 952 000 RM.!

Die angeklagten Generaldirektoren verteidigen sich damit, daß es in der deutschen Industrie allgemein üblich sei, daß die Direktoren zu Lasten der von ihnen geleiteten Betriebe solche persönliche Konten hätten...

Der Herr Direktor Seiffert von der Bank für Handel und Grundbesitz (Mittelstandsbank) Berlin, brachte 36 000 Berliner Mittelständler, Gastwirte, Bäcker- und Schlächtermeister, kleine Hausbesitzer um ihr Geld.

Als das Unternehmen zusammenbrach, hatte es 75 Millionen Reichsmark Schulden, 46 Millionen RM. sind verloren. Angeblich war Herr Seiffert mit dem Revolver in den Grundwald gegangen. Jetzt hat sich herausgestellt, daß er auch eine wohlgefüllte Briefstafel mitgenommen und in Prag fröhlich weiter gelebt hat.

Das Reich mußte bei der Mittelstandsbank helfend eingreifen, damit den Kunden und Kreditnehmern wenigstens etwas von ihrem Geld bliebe. Herr Seiffert erklärte bei seiner in diesen Tagen erfolgten Verhaftung, er sei das Opfer politischer Intrigen geworden. Das ist die Politik als Ausrede!

Der Staatsanwalt in Berlin hat gestern gegen den früheren Direktor Emil Fischer von der zusammengebrochenen Deutschen Kraftfahrzeug-Versicherung - V.G. die Anklage wegen handelsrechtlicher Untreue, Bilanzverschleierung und Abgabe falscher Erklärungen gegenüber dem Handelsregister erhoben.

Demnächst werden in Bremen die Großspekulanten Lahusen vor dem Staatsanwalt stehen.

Sie haben die „Nordwolle“ in Grund und Boden gewirtschaftet. Der Zusammenbruch dieses übergründeten, privatkapitalistisch errichteten Textilkonzerns war mit einer wesentlichen Ursache zum Bankrott vom 13. Juli 1931, der das Reich gezwungen hat, mit rund 1,1 Milliarden RM. baren Geldes, verlorenen Zuschüssen, Bürgschaften und Zwischenkrediten einzuspringen. Verteidigungsvollmacht für Herrn Karl Lahusen haben zwei Leibanwälte Hitlers, der Fememörder-Verteidiger Luettgebrune und der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Frank H. München, erhalten.

Diese nationalsozialistischen Führer werden also das privatkapitalistische System der Lahusen verteidigen.

Sie werden, da sie doch nicht nur aus Profitgier handeln, und für einen politischen Gegner keine Verteidigung übernehmen würden, aus Gefinnungsgemeinschaft sich mit ihren juristischen Kenntnissen schühend vor Lahusen stellen.

Mit Herrn von Stauff von Herrenklub präsierten die Reichsführer, im „Reichsbot“ wird geworben, im Hamburger Industrieclub und in Düsseldorf vor den Industriellen werden Vorträge gehalten. In den Reichstag und in die Landtage schickte man Adelige, Offiziere und Großgrundbesitzer, außerdem selbstverständlich Bauern — Gauleiter, Stundrentenbesitzer und Sturmführer —, aber nach außen hin martiniert man die Nationalsozialistische Arbeiterpartei.

Der Nationalsozialismus ist die letzte Stütze des privatkapitalistischen Systems. Ihre Führer und ihre Geldgeber meinen wohl, für die SA genügen neue Notverordnungen. Ueber den Uniformkater, Schanzeln, Rädern und Zerkeln sollen die Reichsführer und Mitglieder vergessen, daß sie um ihr Erbgutrecht der demokratischen Selbstbestimmung gebracht werden sollen. Halten Sie fest! Der Nationalsozialismus ist Volksbetrug.

Die „Internationale Konferenz für soziale Arbeit“

Die „Internationale Konferenz für soziale Arbeit“, die diese Woche in Frankfurt a. M. gelang hat, behandelte in der Hauptsache zwei zur Zeit durch die Arbeitslosigkeit dringend gewordene sozialpolitische Fragen: Sozialversicherung und Familie und Arbeitslosenfürsorge. Zum Thema „Sozialversicherung“ kam auf der Tagung neben manchen verkehrten Ansichten auch manch erfreuliches Material zur Verteidigung der Sozialversicherung zum Ausdruck. Kaum ein Teilnehmer hat sich gegen die Sozialversicherung als unmoralische Unterdrückung der Arbeiter durch die Kapitalisten ausgesprochen.

„Die Sozialversicherung“, so erklärte Pastor Steinweg vom Zentralausschuß für Innere Mission der evangelischen Kirche, hat sicherlich auch Schattenseiten, aber das kann uns niemals hindern, auszusprechen, daß wir nicht im entferntesten daran denken, die Sozialversicherung antauchen zu lassen. Gerade in einer Zeit sozialer Reaktion muß man das aussprechen. Schon in der bloßen Tatsache des Bestehens einer Sozialversicherung liegt ein unendlicher Vorteil für den Bestand der Familie.“ Von sozialistischer wie von nichtsozialistischer Seite wurde, was schon vor Jahren gegenüber den Horneffer-Phrasen betont werden mußte, von neuem darauf aufmerksam gemacht, daß die Familie eher durch eine zu starke Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfe zerstört werde, als durch die Entlastung der Familienkasse durch die Sozialversicherung.

In der Arbeitslosenfrage machte Professor Polig die Konferenz mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß in Deutschland nunmehr die letzten Grenzen möglicher Belastung sowohl der Erwerbstätigen als auch der Erwerbslosen erreicht seien. Nach der letzten Notverordnung wurden durchschnittlich zwei Arbeitslose mit 42,20 Mark im Monat auskommen. Die Hauptsache der Notfrage die Frau und Mutter; ihr Verdienst sei es, wenn Zustände der Verwahrlosung noch auf einem überraschenden Mindestmaß beschränkt geblieben seien, und wenn die Not äußerlich in Deutschland zu einem guten Teil unsichtbar gemacht worden sei. Die letzten Reserven seien jetzt herangeholt. Mit sozialpolitischen Mitteln sei eine Lösung der Arbeitslosenfrage nicht mehr möglich. Nur wirtschaftspolitische Maßnahmen, vor allem internationaler Art, könnten helfen, und sie sollten wieder eine Lösung der internationalen politischen Probleme voraus. Die Lösung dieser Dinge sei unaufschiebbar; denn die deutschen Hilfsquellen seien alle so bis zum Äußersten ausgeschöpft worden, daß es trügerisch wäre, zu glauben, dieser Zustand könne noch lange andauern.

Das gibt es in der Brauerei zum Ausbaum?

Kein Verständnis für die Not der Arbeitslosen

Uns wird geschrieben: Schon seit längerer Zeit hat der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ein Parazitätsabkommen mit der Tarifgemeinschaft sozialistischer Brauereien getroffen. Diesem hat sich die Brauerei „zum Ausbaum“ angeschlossen. Durch dieses Arbeitszeitabkommen konnten wir weitere Ausstellungen von Arbeitskräften verhindern und hatten auch die Gelegenheit, bei wärmerer Jahreszeit einen Teil Erwerbslose in den Brauereien unterzubringen. Das Abkommen sieht vor, daß nur 40 Stunden in der Woche gearbeitet werden und an einem Tag, und zwar am Mittwoch jeder Woche, die Betriebe ruhen. Am vergangenen Mittwoch, den 13. Juli, fand eine allgemeine Brauereiarbeiter-Verammlung statt, die zu einer Kündigung des Lohn- und Manteltarifvertrages Stellung nehmen sollte. Es wurde uns mitgeteilt, daß die Brauerei „zum Ausbaum“ an diesem Mittwoch und auch für die Folgezeit Mittwoch arbeiten lassen wollte.

Nach einem telefonischen Anruf teilte Proturist Mertens, der sich allem Anschein nach als neugeborener Brauereileiter die Sporen in Breslau verdienen will, mit, „iawohl, wir arbeiten am Mittwoch.“ Der Hinweis, daß dies ein Durchbruch tariflicher Vereinbarungen ist und daß dieses Abkommen ja jederzeit mit nichtwöchentlichem Kündigungsfrist von Monat zu Monat kündbar ist, genügt nicht, auch änderte Herr Mertens seine Stellungnahme

nicht, als wir auf die wichtige Brauereiarbeiter-Verammlung hinwiesen, sondern erklärte, „wir müssen Doppelbier ausfahren und unsere Kundenschaft bedienen, sonst wird in von den Kressmereien bedient.“ Unfimt! Wenn auch die Gastwirte in Anbetracht der Krise nicht mehr die Geschäfte machen als früher, behaupten wir nach wie vor, daß sie sich ¼ oder ½ Tonne Bier heute noch vorrätig hinlegen und auch bezahlen können. Herr Mertens behauptet das Gegenteil. Wie recht wir hatten, beweist folgendes: Nach dem Telefonatgespräch mit Herrn Mertens wurde der Betriebsratsvorsitzende vorgeschickt, und teilte mit, daß die Bierfabrik nicht ausfahren, sondern der innere Betrieb arbeiten muß, weil nicht genügend Gebinde und Flaschen zur Bedienung der Kundenschaft hergerichtet sind. Das ist der beste Beweis dafür, daß ein Mangel von Arbeitskräften ganz besonders an Brauereiarbeitern vorhanden ist. Im ganzen Betrieb sind zwei Brauer und drei Lehrknechte, außer den Ungelernten und dem Jahrgangspersonal, beschäftigt.

Wenn man nur einige Arbeiter einstellt und in zwei Schichten nicht fertig wird, so muß eben in drei Schichten gearbeitet und noch etliche Arbeitslose eingestellt werden und nicht, daß der Brauereileiter G. o. m. o. I. früh um 4 Uhr mit seinen Lieblingen anstatt um 6 Uhr anfängt und je nachdem, wie es der Betrieb verlangt, bis 18 Uhr abends und darüber arbeiten läßt. Dadurch ist zu verstehen, daß Arbeiter in 2 Wochen 56 Ueberstunden und die Lehrknechte in einer Woche 20 bis 30 Ueberstunden leisten.

Wenn der Expedient John sich am Streiktag heimlich Leute bestellt, verwarnt wird und darauf die Erklärung abgibt, „für mich gibt es keinen Streiktag“, so sind Zustände eingetreten, gegen die die Organisation im Interesse der Erwerbslosen mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen muß.

Wenn Bierfabrik bei 10 Selbstkosten gemischter Ladung keinen Mitfahrer bekommen, wie es der Tarif vorsieht, sich einen irgendwo suchen und aus ihrer Tasche bezahlen müssen, so kann man wohl sagen, daß tarifliche Bestimmungen für die Brauerei zum Ausbaum als i. a. n. u. sind.

Wenn ein Brauereileiter in der Hochsaison das Subhaus streichen läßt, was in allen Brauereien bei langem Geschäftsgang gemacht wird und sich durch diese und verschiedene andere Arbeiten die oben genannten Ueberstunden nötig machen, so hat ein solcher Angestellter seinen Beruf verfehlt oder es macht ihm besondere Freude, bei langem Geschäftsgang so schnell als möglich wieder Arbeiter auf die Straße zu setzen.

Hier kann man wohl an die Herren Brauereileiter G. o. m. o. I. und Expedient John die Frage richten: Würden Sie auch so handeln, wenn Sie das Los eines Arbeitslosen einmal 2 bis 3 Jahre gelöst hätten?

Wir geben der Öffentlichkeit diese Zustände bekannt, und warnen nochmals die Brauerei zum Ausbaum vor weiterer Uebertragung der tariflichen Bestimmungen. Wir lassen uns durch einen Brauereiarbeiter in Breslau die tariflichen Bestimmungen nicht durchbrechen, noch weniger unsere Organisation zerbrechen.

Der Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauingenieure über den deutschen Maschinenexport im ersten Halbjahr 1932 ist eine einzige Anklage gegen die Autarkie und den Zollprotektionismus. Gegenüber dem zweiten Halbjahr 1931 liegen die Inlandsauftragsgänge um mehr als 20 Prozent zurück, während die Auslandsauftragsgänge um rund 40 Prozent gestiegen sind. Der Beschäftigungsgrad ist unter Einfluß dieser Entwicklung bis Ende Juni 1932 auf 29,7 Prozent der Sollbeschäftigung gefallen.

Faschistenstaat wird der Gasbahn abgedreht

Rundgebung des Einheitsverbandes für die Wahl der Liste 1

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelten sich gestern vormittag Arbeiter und Beamte zu einer Rundgebung, die der Einheitsverband der Eisenbahner einberufen hatte. Unter den Klängen eines Reichsbanner-Spielmannszuges marschierte die Hammerschaft des Einheitsverbandes mit hehrenden Freiheitsfahnen auf, der von einer Frauenabordnung unter kühnem Beifall der Versammlung eine neue Sturmflagge überreicht wurde.

Als Redner war Kollege Jahn-Berlin vom Verbandsvorstande erschienen, dessen Rede ein einziger wichtiger Appell an die Eisenbahner war. Er wies eindringend darauf hin, daß die Experimente des Dritten Reiches erstmalig bei den Eisenbahnern

ausprobiert werden sollen. Die Reichsbahnhauptverwaltung ist von der Regierung der Hitlerbarone angewiesen worden, den Betrieb nach rein kapitalistischen Methoden zu organisieren. In glänzenden Ausführungen, die oft von stürmischem Beifall unterbrochen wurden, hielt Genosse Jahn mit dem Flugblattverteiler der Reaktion, dem Kesselhütlengermanen Adolf Hitler, Abrechnung und hob hervor,

wie zutreffend es auch heute noch ist, daß die Eisenbahner die Faust an der Gurgel des Staates haben. Die Eisenbahner würden gegenüber einem faschistischen Staat in der Front besser stehen, die ihm den Gasbahn abdreht.

In längeren Ausführungen beschäftigte sich der Redner anschließend mit dem Niedergange der kapitalistischen Wirtschaft, kennzeichnete den Krieg und seine Folgen als Ursachen der heutigen Verhältnisse und ging schließlich auf die Zerschmetterung der Arbeiterbewegung ein, die den Faschisten erst ihren Auftrieb geben konnte. Auch die kapitalistischen Korruptionskandale unterzog er einer eingehenden Betrachtung, deren Sanierung durch den Staat eindeutig aufgezeigt habe, wo die „Rentenempfänger des Wohlfahrtsstaates“ sitzen.

Einen Fehler werde die Arbeiterbewegung nie mehr begehen, und zwar den der übertriebenen Humanität. Es werde dafür gesorgt werden, daß es nach einem Siege der Arbeiterklasse keine blauen Brillen gäbe.

Eindeutig hat sich jetzt alles in die eiserne Einheitsfront eingeleitert, was nicht zu verrättern an der Seite der Arbeiterklasse gestempelt werden will, und ebenso eindeutig hat sich die gesamte Front für einen Sieg der Liste 1 einzuleiten.

Die begeisterten Ausführungen klangen aus in einen Appell an die Hammerschaften:

„Schlag zu, du Hammer, bis die Knechtschaft kracht!“

Kollege Fuhrmeister schloß die glänzende Rundgebung nach einem Schlusswort mit dem Freiheitsgruß, in den die Versammelten begeistert einstimmten.

Hammerschaften

treten morgen mit ihren Fahnen um 19.30 Uhr im Rundgang (Nord) der Jahrhunderthalle an.

Hammerschaften im Gesamtverband

Dienstag, den 19. Juli: Jahrhunderthalle (Nord-eingang). Selbsttägliches Auftreten ist Pflicht.

Hammerschaft der Metallarbeiter

Teilnahme der sich zur Eisernen Front bekennenden Verbandskollegen an der Dienstag-Rundgebung in der Jahrhunderthalle ist Pflicht.

Auftreten möglichst in Arbeitskleid um 19.30 Uhr an der Garderobe im nördlichen Rundgang der Halle.

Bergewerksbund, Maurer und Bauarbeiter

Wir kommen hiermit einem Wunsch vieler Kollegen nach und teilen mit, daß wir die Jubiläumswahl ausfallen lassen, um den Kollegen dadurch die Gelegenheit zur reiflichen Beteiligung an den Beratungen der Eisernen Front zu erleichtern. Die Ortsverwaltung.

Arabische Maschinenstürmer

Das schwarze Gold quillt — Der Kampf um die Erdölleitung von Mosul zum Mittelmeer Der Wirtschaftskrieg in der Wüste

Die im Bau befindliche Petroleumleitung von Mosul nach dem Mittelmeer wurde von Beduinen zerstört und zugesichert, 60 Arbeiter wurden als Gefangene fortgeführt.

Die Welt des Islams bringt uns Europäern immer neue Überraschungen. Auf allen Gebieten des sozialen und kulturellen Lebens, in der Politik und Wirtschaft versuchen die Mohammedaner mit fanatischem Eifer sich jedem Aufbruchversuch zu widersetzen. Seit Vorderasien, Ägypten und Indien Brennpunkte der imperialistischen Politik geworden sind, hat es an Unruhen, Aufständen und großen wirtschaftlichen Kämpfen nicht gefehlt. Voran geht das Mutterland des großen Propheten: Arabien. In den letzten zwei Jahrhunderten hat es sich fast ununterbrochen in Kämpfe befunden und jeden Versuch der Machteinigung arabischer Stämme durch wirtschaftliche Expansionen und kulturelle Annäherung den heftigsten Widerstand entgegengebracht. Noch ist die Erinnerung der große Feldzug der Mahabiten, der fanatischen und religiös unauflösbaren Seite des Islams. Unter Ibn Saud haben sie nicht nur die Einheit der verschiedenen Stämme Arabiens betriebe, sondern sich auch eine Machtposition im vorderen Orient erkämpft, wie sie im letzten Jahrhundert noch keiner dieser wandernden Beduinenstämme besessen hat.

Seit 1840 im Norden der arabischen Halbinsel, dort, wo die große Landbrücke nach Persien hinüberführt, wo sich das sagenhafte Zweistromland des alten Testaments befindet, eine neue Bewegung auf, deren politische Bedeutung noch nicht abgeschätzt werden kann, die aber für die kulturelle Einstellung dieser strenggläubigen Mohammedaner charakteristisch ist. In der großen Euphratebene, die der Euphrat von der syrischen Wüste trennt, liegen die bedeutendsten Petroleumfelder der alten Welt. Bei Mosul quillt das schwarze Gold in ergiebiger Weise zu Tage. Um diesen Wüstenboden in Mesopotamien geht seit dem Anfang unseres Jahrhunderts der große Interessentkampf europäischer Großmächte. Hier die dort umherstreifenden und teilweise sogar sesshaften Beduinen, denen ursprünglich das Land gehörte, bedeutet die Entdeckung des Ölorkommens nicht nur die Vertreibung von den fruchtbarer Scholle, sie brachte vielmehr tiefe kulturelle Einschnitte in ihre bisherige Lebensweise. Diese Veränderungen und Auswirkungen waren es, die in den ersten Jahrzehnten das Land kaum zur Ruhe kommen ließen.

Dann schien aber durch die Niederwerfung des großen Sabisch-Aufstandes endlich eine Befriedung des Landes eingetreten zu sein, bis jetzt, ganz plötzlich und unerwartet, da an eine rationellere und intensivere Ausbeutung der Erdölorkommen Mosuls gedacht wurde, die seit einem Jahrzehnt latent gebliebenen Gegensätze aufs neue aufzubrechen scheinen. Beduinen aus dem Gebiete des Tartarstufes, wandten sich gegen den Bau der großen Erdölleitungen von Mosul zum Mittelmeer. Diese Delleitung stellt eine gewaltige technische Leistung dar, nicht weniger als sechshundert Kilometer Rohrleitungen sind zur Fertigstellung erforderlich. Die Delleitung ist nicht nur länger, sondern auch komplizierter als jenes große System kommunizierender Röhren, das vom Kalpischen Meer das Öl direkt in die Tankschiffe der Schwarzen Meerflotte pumpt. Die neue Mosul-Delleitung soll kanalarartig in den mesopotamischen Sand eingegraben werden und ist erst vor wenigen Monaten richtig Angriff genommen worden. Sie hat nun die Beduinen des arabischen Landes zum Widerstand gereizt. Die Beduinen zogen gegen den Kanalbau beschleunigten Arbeiter zu Hilfe, überfielen die Nacht und führten alle schätzbar Mann in die Gefangenschaft. Dann gingen sie daran, die Leitung und den Kanal zu zerstören und zuzusichern. Nach vollbrachten Verleuten sie und bis heute ist von den Arbeitern keine Spur mehr aufzufinden gewesen.

Die Zerstörung hat ihre Ursachen in dem Widerstande, den die Beduinen jedem weiteren Vordringen der Europäer in Mesopotamien entgegen setzen. Die Tat ist als Ausfluß jener fatalen Stimmung zu werten, die nur der richtig ermessen kann, der im Orient länger unter Mohammedanern gelebt hat. Der Fatalismus hält diese Stämme in einer jahrhundertalten Rückständigkeit. Im Zweistromlande kommt dazu noch der Glaube, daß durch die Verlegung der Rohrleitung der Felsbergtrag gemindert und durch den ständigen Wackdienst die Fruchtbarkeit der umherstreifenden Nomaden eingeengt wird. Aus diesen Gründen versuchen die Beduinen den Leitungsbau aufzuhalten und mit barbarischen Mitteln zu bekämpfen.

Es scheint sich an diesen Beduinen dasselbe Schicksal zu vollziehen, das im vorigen Jahrhundert den Maschinenstürmern zu teil ward. Die neue Wirtschaftsepoch, eingeleitet durch den technischen Fortschritt, ging einfach über sie hinweg. Ihre Ideen veralten so spurlos wie das Zeitalter der Manufaktur im imperialistischen Kapitalismus. Den Maschinenstürmern des vorderen Orients wird es kaum besser ergehen. Die barbarische Wirtschaft des alten mohammedanischer Autokratien ist durch die wirtschaftliche Entwicklung der Erde und durch die Erschließung der Bodenschätze Arabiens überhüllt und zum Untergang bestimmt, und noch kein so heroisch durchgeführter Aufstandsversuch kann sie vor dem Untergange retten.

Reichensneider hatte zur Unterstützung seines wiederholt vom Hauptversorgungsamt abgewiesenen Rentenanspruchs an Frau Arbeitsminister Stegerwald geschrieben, daß „in Berlin etwas passieren werde“, und daß er einige Leute umbringen würde, wenn Frau Stegerwald nicht ihren Mann dazu veranlasse, daß er eine Rente erhalte. Nazi-Reichensneider stützt seine Ansprüche auf eine Geschlechtskrankheit mit nachfolgender Rückenmarksdorre, die er sich während des Krieges zugezogen hatte. Gegenüber seinen Rentenmissionären, daß er im Felde „die Brust hingehalten“ habe, stellte das Gericht fest, daß der Angeklagte ausschließlich einem Pferd abgesehen angehört und meistens in der Stuppe war. Daß dieser Mann in seinen Reden den Staat einen Sauhaß nannte, paßt zum Gesamtbild des Angeklagten, der als Typus eines psychopathischen Verbrechens vortrefflich in das Nazi-Milieu gehört.

Amerika kehrt zum Mittelalter zurück



In dem amerikanischen Staat Ohio ist die Prügelstrafe für gewisse Vergehen wieder ins Gebrauch aufgenommen worden. Unsere Aufnahme zeigt das Aussehen eines Diebes — ein barbarischer Vorgang, der an das tiefste Mittelalter erinnert.

Schwere Unwetterschäden in Südbien

Gemitter von unerhörter Heftigkeit, die von schweren Plazregen begleitet waren, haben im oberen Barchantale, besonders in den Weinbergen, gewaltige Verwüstungen angerichtet. Das Wasser drang in mehr als fünfshundert Häuser ein, von denen mehrere einstürzten. Eine Anzahl von Einwohnern wurde unter den Trümmern begraben.

Moderne Schatzgräber



Der amerikanische Oberst Ledie (rechts) und Kapitän Whidden (links) haben auf einer Expedition nach der Kolosinfel auf der Höhe von Costa Rica einen Goldschatz im Werte von 240 Millionen Mark entdeckt. Das Gold soll von einem früheren englischen Geopffizier, Kapitän Graham, stammen, der als Seeräuber und Anführer einer Piratenbande unermessliche Schätze gesammelt und sie heimlich vergraben hatte.

Zwei Frauen in der Erwerbslosenversammlung getötet

In Langenselbold, Kreis Hanau, kam es nach Auflösung einer Erwerbslosenversammlung zu tätlichen Angriffen gegen die im Saale anwesenden Polizeibeamten, die mit Stöcken und Biergläsern mißhandelt wurden. Ein Polizeibeamter erhielt Schläge auf den Hinterkopf und die Nase, während die anderen Polizeibeamten schwere Verletzungen davontrugen. Darauf machten die herbeigerufenen Polizeikräfte von der Schußwaffe Gebrauch. Die Tochter des kommunistischen Abgeordneten Dreher sowie eine verheiratete Frau wurden getötet.

Übermals Felssturz im Moseltal

In der Nähe des Wolfer Klosters bei dem Moseltort Groes stürzte, wie erit jetzt bekannt wird, Freitag abend wiederum ein Felsblock, diesmal von etwa 1000 Kubikmeter Inhalt, zu Tal. Die Bruchstelle war bereits seit einigen Wochen in Bewegung. Es hat sich jetzt ein Spalt von 80 Zentimeter Breite und 90 Meter Länge gebildet, so daß weitere Felsstürze zu erwarten sind. Der Absturz kündete sich bereits vormittags durch verächtliches Knacken im Berge an: Die beim Absturz entstandene Staubwolke hüllte das Moseltal längere Zeit in einer gelblichen Schimmer. Die Gefahrenstelle steht nunmehr unter ständiger Bewachung.

Ein Dampfauto!

Die Firma Hentschel & Sohn A.G. in Kassel, hat einen Dampfwagen konstruiert, bei dem der autoübliche Explosionsmotor durch eine regelrechte Dampfmaschine mit 120 Atmosphären Druck ersetzt wird. Des neue Auto mit Röhrenhitzeheizkörper wird mit Benzin oder Schweröl geheizt. Der Personenwagen des Dampfautos ist mit einer Vier-Zylinder-Helldampf-Verbundmaschine ausgestattet; der Omnibustyp mit einer entsprechenden zweizylinderigen Maschine. Es sollen sehr gute Geschwindigkeiten erzielt worden sein.

Seo Sklaref nimmt an

Leo Sklaref hat die Revision gegen sein auf vier Jahre lautendes Zuchthaus-Urteil zurückgezogen. Gleich seinem Bruder Will hat er sich hierzu entschlossen, weil das Reichsgericht kaum vor ein bis anderthalb Jahren über den Revisionsantrag entschieden hätte.

Siebentes Sperberopfer

Die Kesselexplosion auf dem Berliner Vergnügungsdampfer „Sperber“ forderte ein siebentes Todesopfer; eine 32jährige Frau erlag den erlittenen Brandwunden. Die übrigen Verletzten befinden sich außer Lebensgefahr.

Saftentlassung

Der in Berlin unter dem Verdacht der Devisenschlebung verhaftete Naziprinz Zienburg wurde gegen eine Sicherheitsleistung von 10 000 Mark auf freien Fuß gesetzt.

Spinale Kinderlähmung in Magdeburg

In der Magdeburger städtischen Klinik sind bisher insgesamt 24 an spinaler Kinderlähmung erkrankte Kinder eingeliefert worden. Drei Kinder sind der Krankheit inzwischen erlegen.

Autounfall Dr. Edeners

Wie berichtet wird, erlitt Dr. Edener bei einer Autofahrt einen Unfall. Dr. Edener, der sich in Begleitung seiner Frau und seiner Tochter befand, steuerte selbst seinen schweren Maybach-Wagen. Bei dem Dorje Miffen in der Nähe von Rempten wollte er in rascher Fahrt einen anderen Kraftwagen überholen. Edeners Auto geriet dabei mit dem Vorderrad über die Straßenhöhe, wurde seitwärts gerissen und mit solcher Wucht an einen Baum geschleudert, daß dieser glatt umgebogen wurde. Dr. Edener wurde mit Frau und Tochter aus dem Wagen geschleudert. Wie durch ein Wunder kam die ganze Familie mit leichten Hautabschürfungen und Prellungen davon. Das schwerbeschädigte Auto mußte abgeschleppt werden. Dr. Edener begab sich mit seinen Angehörigen nach Miffen.

Prométhée nicht zu heben

Das französische Marineministerium hat am Freitagabend eine lange Mitteilung veröffentlicht, in der die Gründe auseinandergesetzt werden, die den englischen Ingenieur Cox veranlaßt haben, die Hebung des U-Bootes „Prométhée“ abzulehnen. Nach der Ansicht des englischen Ingenieurs sind die Schwierigkeiten derart, daß ein Hebungversuch aussichtslos ist. Das Marineministerium will nun noch einen ehemaligen Chefingenieur der Marine zu Rate ziehen, der bereits die Hebung von zwei U-Booten durchgeführt hat, rechnet jedoch damit, daß auch dieser zu derselben Schlussfolgerung kommt wie Cox.

Schießunglück auf einem italienischen Kreuzer

3 Tote, 13 Verletzte
Während einer Schießübung mit Flugabwehrgeschützen auf dem Kreuzer „Triefke“ explodierte eine Granate vorzeitig kurz nach dem Verlassen des Geschüßes. Drei Artilleristen wurden getötet und dreizehn Mann der Besatzung verletzt, darunter drei schwer.

Ein Musternazi

Der wegen Diebstahl und Betrug vorbestrafte Pferdeburche und nationalsozialistischer Wanderredner Reichensneider erhielt vom Frankfurter Schwurgericht drei Monate Gefängnis wegen versuchter Beamtenentführung.

Mit dem Flügelblatt in der Hand



Das ist Herr Adolf Kindermann, Der-Politik nicht leiden kann.

Nee, Mann, das gibt ja doch nur Krack!
"Hier lies' doch mal - das macht Dich wack!"

Und Kindersmann ist so beliebt!
Daß er Zwei Freiheitsopfer klabt!

Sport des Sonntags

Herrprottsch — Südost unentschieden — Schlesien schlägt 1928 — Blauweiß schlägt Rotweiß — Stern siegte gegen Peterswaldau

Herrprottsch I — Südost I 0:0. Südost hatte die kampfesfreudige Mannschaft von Herrprottsch unterschätzt und mußten sich mit obigem Resultat zufrieden geben. Fast fünf-hundert Zuschauer waren Zeugen des verbenden Spieles.

Herold I — Bernstadt I 4:1. Vom Ansturm an machte sich die Ueberlegenheit Herolds stark bemerkbar. Nach der Pause wollte Bernstadt das Resultat etwas verbessern, was wohl einmal gelingt. Das waren scheinbar die letzten Kräfte. Bernstadt mußte sich alsdann länger geschlagen bekennen.

FSB I — Eintracht I 7:3. Konnte Eintracht bis zur Pause das Resultat 2:3 halten, so mußten sie sich zum Schluß die hohe Niederlage gefallen lassen.

Diana I — Oswig I 0:3. Die junge Diana-Mannschaft konnte gegen Oswig nicht ankommen.

Blauweiß — Rotweiß 4:2. Ein hohes Spiel zeigten beide Mannschaften. Rotweiß konnte bis Schluß nicht durchhalten und mußten die besseren Spielerleistungen von Blauweiß anerkennen.

Stern I — Peterswaldau I 5:1. Beide Mannschaften zeigten ein verbendes Spiel. Die abgecampfte Mannschaft von Peterswaldau konnte gegen die wuchtige Sternmannschaft nicht bestehen.

1928 I — Schlesien I 2:4. Zeigte auch 1928 bis zur Pause ein fast gleichwertiges Spiel, so mußten sie sich zum Schluß mit 4:2 geschlagen bekennen.

Schwacher Spielbetrieb im Handball

Das schlechte Wetter des gestrigen Sonntags ließ trotz des wenigen Spielbetriebs noch einige Spiele ausfallen.

Silezia-Ritters I — 6. Abteilung I 6:4 (4:2). Die schlechten Verhältnisse ließen kein gutes Spiel zu. Schon nach wenigen Minuten kann der Linksaußen der Vereinten in Führung gehen. Doch schon kurze Zeit später ist es derselbe Spieler der 6. Abteilung, der den Ausgleich bringt. Abermals gelingt es den Vereinten durch einen Einzeldurchbruch die Führung zu erlangen. Doch schon vom Einwurf weg kehrt die Partie 2:2. Durch zwei unerhoffte Weitschüsse gelangt es den Vereinten, bis zum Wechsel 4:2 zu führen. Nach der Pause ist die 6. Abteilung tonangebend. Doch können sie anfangs nichts erzielen. Es gelingt sogar den Vereinten, noch ein weiteres Tor zu erzielen. Der Bezirksmeister kämpft jetzt mit aller Macht, um das Resultat besser zu gestalten. Durch zwei gut eingeleitete Angriffe gelangt es der 6. Abteilung auf 5:4 aufzuholen. Doch kurz vor Schluß sind es wieder die Vereinten, die mit einem weiteren Erzielen des Sieges sicherstellen.

1897 I — 1925 II 8:5 (5:3). Auf der Lohewiese lieferten sich beide Mannschaften ein hohes Spiel, in welchem die Vereinten leicht überlegen waren. Nach Halbzeit drückte 1925 sehr stark, konnte aber den Vorsprung nicht mehr aufholen.

Kreis schwimmfest in Waldenburg

Trot zeitweise unglückigem Wetter, schöner Verlauf

Unter zahlreicher Beteiligung aus Breslau, Liegnitz, Schweidnitz, Freiburg und Waldenburg veranstaltete die Schwimmstaffe des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund am gestrigen Sonntag im Waldenburger Stadion das 7. Kreisschwimmfest. Schon der Vormittag brachte fünf Wasserball-Auscheidungsspiele. Nach der Mittagspause marschierten 250 schlesische Arbeiter schwimmend unter Vorantritt des Breslauer Lambourtor durch die Straßen Waldenburgs nach dem Schwimmstadion. Tausend Zuschauer hatten sich dort eingefunden. Als das Fest beginnen sollte, öffnete Jupiter pluvius seine Schützen zu einem kurzen Gemitterregen. Trotzdem wurde das Fest in gewohnter exakter Weise abgewickelt. Neben den Wettschwimmen, die zu spannenden Kämpfen führten, wurden Rettungsvorführungen, Springen und Turmspringen besonders beachtet. Das Hingucken der Breslauer Frauen fand reichen Beifall. Den Abschluß des Festes bildeten zwei Wasserballspiele. Als beste aus den Vor-mittags-Auscheidungsspielen waren hervorgegangen bei der Jugend Breslau Nord I und Nord II, bei den Männern Breslau Nord I und Liegnitz I. Im Jugendspiel siegte erwartungsgemäß Nord I; im Männerpiel um die Kreismeisterschaft siegte Breslau Nord I. Die Mannschaft wird den 14. Kreis bei den Verbandsmeisterschaften in Nordhausen vertreten.

Gemessen an den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, kann das Fest, trotzdem eine Anzahl Vereine nicht erschienen war, als Erfolg gewertet werden.

Nachstehend die Resultate:

Resultate vom 7. Kreisschwimmfest

- 1. Männer-Panzerkette 4x100 Meter:** 1. Freie Schwimmer Breslau Nord 5:47,6; 2. Freie Schwimmer Liegnitz 6:3,5; 3. Freie Schwimmer Waldenburg 6:10.
- 2. Frauen-Brustschwimmen 100 Meter:** 1. Anstoege, Freie Schwimmer Breslau 1:50; 2. Roga, Waldenburg 1:57,5; 3. Wagner, Waldenburg 2:01,4.
- 3. Sirentenschwimmen, a) Männer:** 1. Köhler, Freie Schwimmer Breslau West 47,5 Meter, 32,5 Sekunden; 2. Rotbar, Waldenburg 36 Meter, 32,5 Sekunden; 3. Höpner, Schweidnitz 33 Meter, 33,3 Sekunden; b) Jugend: 1. Steiner, Freiburg 50 Meter, 44 Sekunden; 2. Hoffmann, Schweidnitz 20,5 Meter, 11,3 Sekunden.
- 4. Kinder schwimmen 50 Meter beliebige, a) Knaben:** 1. Köhler, Breslau-Nord 46 Sekunden; 2. Helm, Waldenburg 52 Sekunden; 3. Gottar, Freiburg 57,2 Sekunden; b) Mädchen: 1. Arlt, Waldenburg 55,4 Sekunden; 2. Mül, Waldenburg 57,2 Sekunden; 3. Blümel, Waldenburg 59,3 Sekunden.
- 5. Jugend-Kraulschwimmen 100 Meter, a) 14-16 Jahre:** 1. Jung, Breslau-Süd 1:21; 2. Friisch, Breslau-Nord 1:28,4; 3. Gottschalk, Liegnitz 1:30.
- 6. Jugend-Kraulschwimmen, 100 Meter, b) 16-18 Jahre:** 1. Fabian, Breslau-Nord 1:12,2; 2. Rabitzke, Breslau-Nord 1:17,1; 3. Sidol, Waldenburg 1:20.
- 7. Spritzen- u. Hüpfknoten, 2 Hüpfknoten:** 1. Herlich, Schweidnitz 31 1/2 Punkte; 2. Kotalla, Breslau-Süd 31 Punkte; 3. Mandel, Liegnitz 29 1/2 Punkte; 4. Reube, Waldenburg 28 1/2 Punkte. Jugend: Jung, Breslau 41 1/2 Punkte.
- 8. Männer-Brustschwimmen, 100 Meter, a) A-Klasse:** 1. Werner, Breslau-Nord 1:07,2; 2. Linke, Liegnitz 1:18,6; b) B-Klasse: 1. Maidorn, Waldenburg 1:12,2; 2. Köhler, Breslau-West 1:16; 3. Gemie, Breslau-Nord 1:21.
- 9. Männer-Schuldschwimmen, 100 Meter:** 1. Sarant, Breslau-Nord 1:21; 2. Grottel, Liegnitz 1:28; 3. Gräff, Schweidnitz 1:41,2.
- 10. Rettungsschwimmen, keine Zeitnahme.**
- 11. Schwimmen für Wasserballspieler 50 Meter, a) 24-36 Jahre:** 1. Sarant, Breslau-Nord 34,2; 2. Kiesel, Liegnitz 36,2; 3. Reube, Waldenburg 45 Sekunden.
- 12. Schwimmen für Wasserballspieler 50 Meter, b) über 36 Jahre:** 1. Reube, Waldenburg 44; 2. Wagner, Breslau-Süd 41,2; 3. Martin, Breslau-Nord 41,5 Sekunden.
- 13. Frauen-Kraulschwimmen, 50 Meter:** 1. Kreißner, Breslau-Nord 39; 2. Klingberger, Breslau-Nord 45,7; 3. Rimes, Breslau-Nord 47,2 Sekunden.

12. Jugend-Brustkette 4x100 Meter: 1. Breslau-Nord 6:29,2; 2. Schweidnitz 7:19,6; 3. Freiburg 7:25,6.
13. Männer-Brustschwimmen, 200 Meter, A-Klasse: 1. Gemie, Breslau-Nord 3:18; 2. Falkenhain, Breslau-Nord 3:18,8; 3. Ehrlich, Breslau-Nord 3:30,1.
14. Frauen-Brustschwimmen, 100 Meter: 1. Maidorn, Waldenburg 1:22,5; 2. Frei, Breslau-Nord 1:24,2; 3. Müller, Liegnitz 1:36,2.
15. a) Männer-Kraulschwimmen, 100 Meter: 1. Anstoege, Breslau-Süd 1:57,1; 2. Roga, Waldenburg 2:06,6; 3. Bendler, Waldenburg 2:14.
15. b) Frauen-Kraulschwimmen, 100 Meter: 1. Kreißner, Breslau-Nord 1:33; 2. Wagner, Breslau-West 1:46,6; 3. Triock, Breslau 1:58,4.
16. 100 Meter beliebige für weibliche Jugend: 1. Kreißner, Breslau-Nord 1:33; 2. Wagner, Breslau-West 1:46,6; 3. Triock, Breslau 1:58,4.

Wasserballspiele: Die beiden Sieger aus den Jugendspielen am Vormittag: Jugendspiel Nord I — Nord II 5:1 (1:1). Spiel um die Kreismeisterschaft: Breslau I gegen Liegnitz 15:4 (10:1).

Dienstag marschiert die Eisene Front in der Jahrhunderthalle auf! Wir Arbeiterportler marschieren mit! Untreten in Sportkleidung, 19,45 Uhr, im Nordring der Jahrhunderthalle

Werbefahrt nach Döhrenfurth

Entsprechend den angezeigten Werbefahrten kam am gestrigen Sonntag die Werbefahrt auf der Strecke bis Döhrenfurth zur Durchführung. In den einzelnen Orten trugen verschiedene Breslauer Mannschaften Werbefahrt aus. In Döhrenfurth trennten sich Maßelwitz und Vorwärts 1:1. In Wohlau spielten Wohlau II — Döhrenfurth I, die sich gleichfalls unentschieden 2:2 trennten. Das Hauptspiel in Wohlau bestritten der VfB-Wohlau und Herta-Breslau. Ueberraschenderweise mußte Herta hier eine unerwartete 5:2-Niederlage einstecken. In Grotzen warben Rapid und Sturm. Auch dieses Spiel endete mit einer Ueberraschung, da sich Sturm von Rapid mit 4:2 schlagen lassen mußte.

1921 — Peterswaldau 1:2. Ein Spiel der verpöchtigten Gelegenheiten konnte man hier mit Recht sagen. 1921 hatte zum Rückspiel den Meister des 6. Bezirks. Gegen 500 Zuschauer erlebten, daß Peterswaldau infolge einer etwas besseren Gesamtleistung einen knappen, aber verdienten Sieg errangen.

Tödlicher Unfall eines Fußballers

Nach dem am gestrigen Sonntag in Wohlau ausgetragenen Werbefahrt ereignete sich ein bedauernder Unglücksfall. Der Genosse Bogt-Wohlau, der unmittelbar nach dem Spiel ein Bad nahm, verschwand plötzlich vor den Augen der anwesenden Sportgenossen. Da der Berunglückte sofort abgetrieben wurde, konnte er erst nach längerer Zeit geborgen werden. Die Todesurkunde wurde in einem Herzschlag ermittelt. Genosse Bogt, der nur ein Alter von 20 Jahren erreichte, war einer der rührigsten Genossen des VfB-Wohlau. Die Arbeiterportler Wohlaus haben einen ihrer tätigsten und kampffreudigsten Genossen verloren. Für alle ergibt sich aber wiederum die Mahnung, erst nach vorgenommener Abkühlung ein Bad zu nehmen. Die Arbeiterportler Breslaus und Schlesiens sprechen den Angehörigen des verunglückten Genossen ihr herzlichstes Beileid aus.

Ereignisse aus dem Kreisgebiet

Aus dem 7. Bezirk wird gemeldet: Neurode feierte sein zehnjähriges Bestehen. Der ganze Bezirk nahm starken Anteil an diesem Fest. Im Festzuge waren über 1000 Teilnehmer. Die ganze Bevölkerung stand im Zeichen der Zehnjährfeier. Männer- und Frauen-Freilübungen sowie leichtathletische Wettkämpfe umrahmten das Programm. Als Abschluß stand ein Handballspiel Seitenberg (Bezirksmeister des 7. Bezirks) gegen Nieder-Hermsdorf (4. Bezirk). Nach abwechslungsreichem Kampf siegte Nieder-Hermsdorf mit 8:7 (5:3).

Im 19. Bezirk kamen folgende Spiele zum Austrag: Freie Turner Petersdorf gegen Falke-Goldberg 6:4 (3:3). Freie Turner Straupitz schlagen den Turnverein Reitwalddau 4:1 (3:0). In Marklissa fand die Zwanzigjahrfeier statt. Circa 500 Teilnehmer. Auch waren mehrere hundert Zu-

Arbeiterportler!

Die Stunde der Entscheidung — faktischer oder demokratischer Staat — ist in greifbare Nähe gerückt. Noch nie wurde in einem Wahlkampf so erbittert gekämpft, als wie in dem gegenwärtigen, noch nie ward ein Wahlkampf so mit Blut geschrieben als jetzt, wo Angehörige der Eisernen Front von dem Nazibanditentum als vogelfrei erklärt werden.

Eine bewundernswerte Geschlossenheit — ein Kampfeswille nie gekannter Art, bewegt die Arbeiterportler; wir stürmen voran — wir drängen vorwärts. Die Älten mit dem Elan des Geistes, die Jugend mit dem Freiheitsbanner der Gegenwart, sie alle tragen sichtbar die Zeichen der Freiheit. Arbeiterportler wollen dabei nicht zurückbleiben. Ihr Angriff ist von gleichem Opfermut getragen, denn die kommenden Tage erfordern den ganzen Menschen. Jugendheime und Herbergen, Turnhallen und Schwimmbäder haben zu gedient, Körper und Geist zu kühlen. Nun aber gehören diese Eigenschaften dem Proletariat, das seine Freiheit zu verteidigen hat.

Seid, ihr Arbeiterportler, recht euch ein in die Eisene Front, kämpft mit uns für ein freies, gerechtes Deutschland, das siegen oder untergehen wird. Wir werden siegen, denn wir einzig sind.

Darum Arbeiterportler in der Eisernen Front voran! Provinzial-Sportrat Nieder-Schlesien.

schauer anwesend. Folgende Spiele wurden ausgetragen: Faustball: Freie Turner Hirschberg — Marklissa 50:55. Freie Turner Hirschberg sind damit Bezirksmeister im Faustball des 10. Bezirks geworden. Das Handballspiel Marklissa gegen Hirschberg I endete mit einem knappen 8:7 (6:4). Siegfür Marklissa. Als Abschluß der Veranstaltung wurde ein Handballspiel Auswahlmannschaft des 10. Bezirks gegen VfB, Görlitz ausgetragen. Das Spiel endete ganz unerwartet mit einer knappen Niederlage von 9:8 (6:3) von Görlitz.

Werbewoche des VfB. Stern

Einer der ältesten Arbeiterportvereine Breslaus führte in der vergangenen Woche eine gut gelungene Werbewoche durch. Aus dem umfangreichen Spielbetrieb ragten besonders die Spiele Stern I — VfB. I und Stern I — Peterswaldau I hervor. Den Bericht über das Spiel gegen Peterswaldau siehe unter Sonntagsport. Im Spiel gegen VfB. war Stern von Beginn an leicht überlegen. Immerhin vergingen 17 Minuten, ehe Stern zum 1:0 kommt. Der Druck VfBs nach dem Ausgleich scheitert ständig an der Hintermannschaft des Gegners. 7 Minuten vor Halbzeit erhöht der Mittelstürmer auf 2:0, so daß es mit diesem Resultat, VfB. konnte 3 Minuten vor Halbzeit einen Handfmeteter nicht verwandeln, in die Pause ging. Wiederum zeigte nach Beginn beide Mannschaften ein hohes Spiel, wobei es VfB. gelang, ein Tor aufzuheben. Nicht lange, und Sterns Linksaußen hat durch ein 3. Tor das alte Verhältnis wieder hergestellt. Kurz vor Schluß verfehlt VfB. einen Handfmeteter, der jedoch nicht mehr ausgeführt werden kann, da es VfB. vorzieht, in unportlicher Manier vom Platz zu gehen.

Länderspiel Deutschland-Norwegen

Nur noch 3 Wochen trennen uns von dem größten fußballsportlichen Ereignis im Arbeiterport. Nach den Vorbereitungen, welche die beiden Verbände für dieses Spiel treffen, ist mit einem in der Breslauer Sportgeschichte bisher noch nicht erlebtem Kampf zu rechnen. Norwegen, die Ende Juni mit einer Landesmannschaft, in welcher noch 3 I. die besten Kräfte fehlten, gegen Schweden spielte und dabei 11:0 siegreich blieb, trug am 8. Juli in der für Deutschland vorgesehene Aufstellung ein Länderspiel gegen den Olympiameister Österreich aus. Nach einem überaus spannendem Kampf blieb Norwegen glatt 4:2 Sieger. Österreich spielte bekanntlich vorher zwei Spiele in Deutschland, von denen eins 5:2 gewonnen wurde, das zweite 5:4 verloren ging. Da der deutsche Arbeiter-Turn- und Sportbund auf Grund der Erfahrungen dieser Spieler die deutsche Landesmannschaft zum Spiel gegen Norwegen aufstellt, dürfte tatsächlich am 6. August auf dem Polizeisportplatz am Bürgerwerder, eines der besten Spiele zum Austrag kommen, die Breslau noch nie gesehen hat. Der Vorverkauf wird in den allernächsten Tagen eröffnet. Es kann nur gesagt werden, daß sich die Interessenten des Fußballsportes halbmöglichst in den Besitz der Vorverkaufstickets halten. Alles Nähere beachte man in den kommenden Tagen in der Presse.

Werbewoche in Neukirch

Anläßlich der „Rast“ findet in Breslau-Neukirch vom 24. bis 30. Juli eine Werbewoche statt. Am Sonntag, dem 24. Juli, kommen als Auftakt Aufführungen von turnerischen und leichtathletischen Wettkämpfen zur Durchführung. Außerdem findet Fuß- sowie Handballspiele statt. Programm am Sonntag: Handball: Neukirch Schüler — 1925 Schüler, Falke Jgd. — Rotweiß Jugend, Falke a. H. — Südost a. H., Falke I — Südost I. Am Mittwoch spielt: Falke III — VfB. III. Am Donnerstag wird ein großer Werbelauf veranstaltet, an dem sich sämtliche Sportler und Sportlerinnen beteiligen. Als Abschluß am Sonnabend steigen noch zwei Fußballspiele: Falke II — VfB. II und Falke I gegen VfB. I. Alles in allem: Neukirch gibt sich die größte Mühe, den Reichsarbeiterporttag und Woche würde durchzuführen und schon aus diesem Grunde wünschen wir der Werbewoche den besten Erfolg für die Arbeiter-Sportbewegung!

Notizen

Freie Turnerschaft Breslau

Für Mittwoch, den 19. und Donnerstag, den 20. Juli, ist der Zeit von 18 Uhr ab können sich noch Genossen zur sportärztlichen Untersuchung melden, und zwar im Stadion, sportärztliche Abteilung.

5. Männer-Abteilung. Dienstag, 19. Juli, fällt das Turnfest aus. Freitag wieder Musikturnen.

8. Männer-Abteilung. Dienstag, 19. Juli, 20 Uhr, im Wechselraum auf der Helmutwiese, wichtige Abteilungs-Funktionsversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Louristen-Verein „Die Naturfreunde“

Alle Helfer zur zweiten Ferienwanderung treffen sich am Mittwoch, dem 20. Juli, früh 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tennisport

Tennisport. Im Rahmen des diesjährigen Reichs-Arbeiter-Sporttag wurde auf den Tennisplätzen im Stadion ein Mannschaftskampf zwischen der Tennis-Abteilung der FTB. und dem ZfM. durchgeführt, den der ZfM. knapp mit 5:4 gewann. Die diesmal zahlreicher erschienenen Zuschauer sahen spannende und abwechslungsreiche Kämpfe.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer

20. Juli, 20 Uhr: Vierteljahresversammlung der Ortsgruppe im Zentralballsaal, Westendstraße 50/52. — Photoaufnahmen vom Radfestzug sind im Fahrradhaus, Friedrich-Wilhelm-Str. 36, einzuliefern. Bestellungen werden dalebft entgegengenommen. — Bundesmitglied, welche an der Gauwanderfahrt teilnehmen, müssen sich bis 1. August bei den Abteilungs-fahrtwarten wegen Nachquartier melden.

Abteilung Ohlauzer-Tor. 19. Juli: Abteilungsabend bei Eichs, Klotterstraße 125. 21. Juli: Ausfahrt. Start 19,30 Uhr am Vereinslokal.

Abteilung Gräbichen. 22. Juli: Ausfahrt nach dem Loh-Sportplatz. Start 16 Uhr am Vereinslokal.

Abteilung Rifolator. 21. Juli: Ausfahrt. Start 18 Uhr am Striegauer Platz.

Abteilung Stadimitte. 21. Juli: Abteilungsabend bei Wende, Herrenstraße 7a.

Abteilung Odertor. 21. Juli: Ausfahrt. Start 15 Uhr am Trebnitzer Platz.

Abteilung Scheitnia. 21. Juli: Ausfahrt. Start 18 Uhr an der Hühnengasse.

Abteilung Dürraon. 19. Juli: Abteilungsabend bei Hoffmann, Schenkstraße 21. 23. Juli: Ausfahrt. Start 19,30 Uhr am Vereinslokal.

Abteilung Rosenthal. 22. Juli: Abteilungsabend bei Omieks, Trautenberg-Str. 21. Juli: Abteilungsabend im Zentralballsaal, Westendstraße 50/52.

Abteilung Kraftfahrer. 21. Juli: Abteilungsabend im Zentralballsaal, Westendstraße 50/52.

Jugendabteilung. 18. Juli: Feiern im Jugendheim, Friedrich-Wilhelm-Str. 45. 22. Juli: Jugendvollversammlung im Jugendheim, Mehlgasse 22.